

Preussische Allgemeine



75 Jahre

Nr. 14 · 4. April 2025

Zeitung für Deutschland · Das Ostpreußenblatt

Einzelverkaufspreis: 4,40 €



Republik am Kipp-Punkt

Düstere Aussichten für eine einst blühende Nation – es mangelt zunehmend an Glaubwürdigkeit **Seiten 1, 2 und 3**



Haushalt Wenn Migranten statt maroder Schulen finanziert werden **Seite 5**



Vorpommern Die illustre Geschichte von Schloss Karlsburg **Seite 19**

BILDER: PICTURE ALLIANCE / PHOTOTHEK | THOMAS TRAUTSCHHEL; imago/roff zöllner; SCHMIDT-WALTHER

VON HANS HECKEL

REGIERUNGSBILDUNG

Die politische Mitte stürzt ins Leere

In den Koalitionsverhandlungen mit der SPD enthüllt die CDU ihre weltanschauliche Orientierungslosigkeit

Die dunkle Andeutung des bekannten Historikers Andreas Rödder sollte die CDU-Führung um Friedrich Merz auf Höchste alarmieren. Bringt sie doch die Wut und die Fassungslosigkeit in weiten Teilen der Unionsbasis beispielhaft auf den Punkt. CDU-Mitglied Rödder ist einer der führenden (und wenigen) Intellektuellen in seiner Partei und leitete zeitweise sogar die Grundwertekommission der CDU. Gegenüber der „Welt“ gab er zu, er habe „ein Problem“ mit seiner Partei. Auf die Frage, „welche Konsequenzen“ er daraus ziehe, antwortete Rödder vielsagend: „Darüber denke ich gerade nach.“

Zieht er bereits seinen Parteiaustritt in Erwägung? Er wäre bei Weitem nicht der erste, der diesen Schritt in den vergangenen Wochen getan hat. In jedem Fall spiegelt sich in Rödders Zitat jene maßlose Enttäuschung wider, welche Millionen von Unionswählern, Mitgliedern und sogar zahlreiche Parteifunktionäre erfasst hat. Für die CDU baut sich eine existenzielle Krise auf.

Mit fast jeder neuen Nachricht vom Stand der Koalitionsverhandlungen verfestigt sich das Bild einer weltanschaulich entleerten, nur noch auf Postengewinn fixierten Führung um Kanzlerkandidat Merz. Dabei geht es nicht allein um Bereiche wie Migration und Finanzen. Selbst elementare Grundlagen bürgerlicher Freiheit im demokratischen Rechtsstaat scheinen nicht mehr garantiert. Im Vorschlagspapier der schwarz-roten Verhandlungsgruppe „Kultur und Medien“ steht der Satz: „Die bewusste Verbreitung falscher Tatsachenbehauptungen ist durch die Meinungsfreiheit nicht gedeckt.“ Gegen „Informationsmanipulation sowie Hass und Hetze“ solle die Medienaufsicht entschieden vorgehen.

Es stellt sich sofort die Frage: Was sind „falsche“, was sind „richtige“ Tatsachenbehauptungen? Wer hat das Privileg, zwei-

schen harter, auch polemischer, aber eben von der Meinungsfreiheit gedeckter Kritik auf der einen und „Hass und Hetze“ auf der anderen Seite zu unterscheiden? Es ist der grundlegende Konsens aller Demokraten in der Tradition der Aufklärung, dass es keinem Staat zukommt, diese Unterscheidung von oben zu befehlen, dass es ein „Wahrheitsministerium“ in einer freiheitlichen Ordnung nicht geben darf. „Hass“ ist hässlich, aber nicht strafbar, ebenso wenig wie Neid oder Eifersucht.

Was hier von linker Seite versucht wird, ist der Einstieg in den linken Gesinnungsstaat, der mit ideologischer Einseitigkeit herrschen will, indem er oppositionelle Positionen mit dem Damoklesschwert willkürlicher, weil schwammiger Verdikte bedroht.

Wenn sie solche Anschläge auf die freiheitlich-demokratische Ordnung nicht mit aller gebotenen Schärfe zurückweist, räumt die Union die politische Mitte – mit weitreichenden Folgen für das politische Gefüge der Republik. Die politische Mitte wird damit entleert, zwischen der AfD als Oppositionspartei rechts jener Mitte und dem immer stärker ins Autoritäre abgleitenden linken Lager tut sich eine riesige, gähnende Lücke auf, in der Millionen von Wählern nicht mehr repräsentiert werden.

Was dazu kommt: Mehr und mehr sollen die Bürger in Schach gehalten werden von linken bis linksradikalen „NGOs“.

Vor der Wahl hatte sich die Union noch mit ihren 551 Fragen zu deren staatlicher Finanzierung und deren Tätigkeit hervorgetan. Die Fragen hat Merz nicht nur praktisch kassiert. In den Koalitionsverhandlungen zeichnet sich sogar ab, dass sowohl die Finanzierung als auch der Aktionsradius jener linken Gruppen noch ausgeweitet werden soll. Hier erscheint die Union nicht allein als Täuscher ihrer eigenen Wähler, sondern nachgerade als Verbündeter von deren linksautoritären Gegnern.

Im „eisernen Käfig“ gefangen

Die Entleerung der CDU ist auch an einem anderen, bislang sehr wichtigen Punkt zu greifen: Als jahrzehntelanger Kernbestand hat die Union ihr Verhältnis zu den USA gefeiert. Doch nun stimmt man ein in die undifferenzierte Polemik der traditionellen linken USA-Gegner, statt in eigener Tradition zumindest nach Wegen zu suchen, um das transatlantische Verhältnis über die derzeitigen Irritationen hinweg langfristig zu retten. Ironischerweise war der angebliche Antiamerikanismus der AfD bislang einer der vorgebrachten Gründe für die „Brandmauer“. Jetzt wird den Blauen vorgehalten, zu US-freundlich zu sein.

Die „Brandmauer“ scheint das einzige zu sein, worauf bei Merz und Co. noch Verlass ist. Dabei ist längst offensichtlich, dass dieser „eisernen Käfig“ (Rödder) die

Union in die Katastrophe führt. Die Mauer und die offenkundig gewordene weltanschauliche Leere hat die Christdemokraten zu wahllosen Geiseln des linken Lagers degradiert. Ihnen fehlt jede Alternative zur SPD, was diese – assistiert von Grünen, Linkspartei, „NGOs“ und geneigten Medien – hemmungslos ausnutzt.

Die Umfragewerte der Union geraten bereits ins Rutschen, eine Austrittswelle aus der Partei nimmt Fahrt auf. Beides jedoch dürfte erst im Anfangsstadium stecken. Es braucht eine Weile, bis das Entsetzen der (bisherigen) Anhänger und Mitglieder in Wut übergeht, die schließlich in die rabiate Abkehr von der bislang unterstützten Partei mündet. Die FDP kann die Enttäuschten kaum locken, solange sie noch im Selbstfindungsprozess verharrt. Die AfD wird sich ins Zeug legen, um abgewanderte Unionsanhänger künftig an sich zu binden. Sicher mit einigem Erfolg, dennoch dürfte der Großteil der verflochtenen CDU-Wähler zunächst in die Heimatlosigkeit fallen.

Dieses Vakuum könnten die linken Kräfte nutzen, um ihren Kurs in Richtung des autoritären Gesinnungsstaates forciert voranzutreiben. Rödder sieht in der Gefahr für die Union daher auch eine Gefahr für die Demokratie an sich. Doch selbst ihm fehlt offenbar die Phantasie sich vorzustellen, wer die CDU jetzt noch aus dieser Gefahr befreien könnte. Friedrich Merz dürfte eher nicht sein.

IN DIESER AUSGABE

Politik
Schluss mit Wende – Großbanken ziehen sich aus Klima-Bündnis zurück **Seite 7**

Kultur
Eine neue Film-Doku schildert die vielen Rollen der Hildegard Knef **Seite 9**

Das Ostpreußenblatt
Litauer und Russen streiten über das Weltkulturerbe Kurische Nehrung **Seite 13**

Lebensstil
Jubiläumssendung ohne eine Skandalerwähnung: Die ARD wird 75 **Seite 21**



Lesen Sie die PAZ auch auf unserer Webseite paz.de



4 191814 304401 14
ZKZ 05524 – PVST. Gebühr bezahlt

EIN JUDAS-DRAMA ERSTER GÜTE

Rhetorisch geschliffene Demagogie

Um Alexander Gauland zu verhindern, kürten die Parteien lieber den letzten SED-Chef Gregor Gysi zum Alterspräsidenten

VON VERA LENGSELD

Wenn der Bock zum Gärtner gemacht wird und der Täter sich als Opferlamm inszeniert, spätestens dann sollte es jeder merken: Hier stimmt etwas nicht! Anders kann und darf man die groteske Situation nicht bewerten, dass ausgerechnet der letzte gewählte kommunistische SED-Parteichef einer untergehenden DDR als Alterspräsident im demokratisch neu gewählten Bundestag die Sitzung leitet und mit moralisch-mahnenden Worten die Stimme erhebt. Ein schlechter Witz, eine Groteske, eine bizarre Absurdität.

Gregor Gysi, der am 9. Dezember 1989 mit einem typisch sozialistischen Ergebnis von 95 Prozent zum letzten SED-Parteichef aufstieg. Der Rechtsanwalt, der im ewigen Verdacht steht, Mandanten verraten zu haben, dem ein grenzenlos dunkler, langer Schatten einer undurchsichtigen Stasi-Mitarbeit anhängt. Finstere Machenschaften, die zwar bisher aufgrund dubioser Aktenvernichtung und unauffindbaren Unterlagen nicht final nachweisbar sind, aber dennoch einen extrem bitteren Beigeschmack besitzen. So wurde deutlich sichtbar, als der neue Bundestag zusammentrat, welche linke Schlagseite die Demokratie im vereinten West- und Mitteldeutschland inzwischen hat. Hervorgehoben durch die selbst ernannten Retter der Demokratie im Hohen Haus und ihre willigen Helfer in den mit Steuergeld gemästeten NGOs.

Ausgerechnet der Gysi, von dem der Ausschuss für Wahlprüfung, Immunität und Geschäftsordnung in der Wahlperiode 1994 bis 1998 festgestellt hat, dass „eine Mitarbeit des Abgeordneten Dr. Gysi für die Staatssicherheit erwiesen sei“, eröffnete nun als Alterspräsident den Bundestag. Doch dass es zu dieser peinlichen Kuriosität und realen Absurdität überhaupt kommen konnte, liegt an zwei wesentlichen Regelbrüchen im Parlament der Bundesrepublik.

Der zwölfte Bundestag hatte noch lediglich zwei Vizepräsidenten. Einen von der Opposition, einen von der Koalition. Mit dem Wiedereinzug der Grünen in den Bundestag 1994 wollte Wolfgang Schäuble unbedingt Antje Vollmer von den Grünen zur Vizepräsidentin machen, was auch gelang. Die SPD intervenierte, und der Kompromiss war, dass fortan jede Fraktion einen Vizepräsidenten bekommen sollte – selbst die Mauerschützenpartei SED, die damals frisch umgetauft mit neuem Namensetikett versehen als PDS firmierte. Alterspräsident war immer (!) der älteste Abgeordnete. Das galt über Dekaden hinweg, bis mit Wilhelm von Gottberg, ein Mitglied der AfD, der älteste Abgeordnete war. Da wurde flugs die Geschäftsordnung geändert, und nun eröffnete das dienstälteste Mitglied, in dem Fall Wolfgang Schäuble (CDU), in der konstituierenden Sitzung den Bundestag als Alterspräsident. Das Beugen und Brechen von Regeln hat sich langsam wie ein Krebsgeschwür ausgebreitet und zersetzt heute das Regelwerk der Demokratie.

Gysi wäre nicht Gysi, hätte er diese Chance zur Demagogie nicht genutzt

In beinahe unnachahmlicher Öde las Gysi seine vergiftete Rede vom Blatt ab. Ein klares Zeichen, dass der als blendender Rhetoriker geltende Links-Politiker in diesem Moment nichts Gutes im Sinn hat. Er beginnt mit einem Selbstlob: „Die Bürgerinnen und Bürger der alten Bundesrepublik Deutschland konnten schon seit August 1949 zu den Wahlen antreten, ich erst seit Ende 1990. Alle aus den alten Ländern zu überholen, war nicht einfach, aber ich habe es geschafft.“ Was für ein Irrtum – oder doch eher eine infame Lüge? Denn nicht er hat es geschafft, sondern die klammheimlichen Regeländerungen, die er mit keinem Wort erwähnt. Was dann folgt,



Alterspräsident Gregor Gysi von den Linken: Diabolisches Grinsen zu verführerisch süßlichen Moralapostel-Worten

sind peinlich-abwegige ideologische Verrenkungen. Alle müssten sich einig sein, dass in der Ukraine ein völkerrechtswidriger Krieg geführt werde. Aber Russland muss zur neuen Sicherheitsarchitektur Europas gehören.

Die Mehrheit des Bundestages ginge davon aus, dass man durch die Bundeswehr und deren Waffen ein hohes Abschreckungspotential benötigt, sodass kein Land sich wage, uns anzugreifen. Sie meine, dass nur auf dieser Basis auf Augenhöhe Verhandlungen geführt werden könnten. Diejenigen, die das anders sehen, zum Beispiel ich, dürfen diejenigen, die diesen Standpunkt vertreten, nicht als Kriegstreiber bezeichnen.

Die Minderheit im Bundestag setzte dagegen auf Deeskalation, Interessenausgleich, viel mehr Diplomatie, gegenseitige Abrüstung und die strikte Wahrung des Völkerrechts durch alle Seiten. Die sollten nicht Putin-Knechte genannt werden.

Er fordert Verständlichkeit, aber im Verborgenen

Dann der nächste Paukenschlag, als er die Wähler geschickt verpackt zwischen den Zeilen für unterbenutzt erklärt. „Unsere Sprache muss auch allgemein verständlich werden. Die Bürgerinnen und Bürger müssen verstehen, worüber wir diskutieren ... Man muss die wahren politischen Beweggründe für Entscheidungen angeben und nicht falsche, von denen man meint, dass sie eine Mehrheit trägt.“ Oha, Herr Alterspräsident, die Bevölkerung versteht nur zu genau, was die Politiker treiben. Vor allem durchschauen sie die Kartellbildung, die unsere „demokratischen Parteien“ betrieben haben. Weil Gysi das aber genau weiß, macht er gleich einige undemokratische Vorschläge:

So möchte er „gerne überparteiliche Gremien für den Bundestag vorschlagen, in denen wir offen, ehrlich und ohne Öffentlichkeit bestimmte Fragen erörtern und im Falle von Ergebnissen diese dann der Öffentlichkeit vorstellen“. Heißt im Klartext: Die Bevölkerung soll den Politikern nicht mehr auf die Finger schauen. In diesen Gremien soll über die brennenden Probleme der Rente, der Steuergerechtigkeit und der Krankenkassenbeiträge gesprochen werden – im Parlament, aber im Geheimen. Damit würde ein passant

die Transparenz, mit der in Demokratien Entscheidungen getroffen werden, ad acta gelegt. Das ist DDR-Stil pur. Bezeichnenderweise ist von den meinungsmachenden Medien dieser vergiftete Vorschlag nicht erwähnt worden. Doch damit nicht genug.

Zudem bittet Gysi in geradezu devoter Tonlage den Bundespräsidenten, ein viertes Gremium einzusetzen, das sich mit der Frage der Sicherung von Demokratie, Freiheit und Rechtsstaatlichkeit auseinandersetzt. In dieses Gremium könnte „eine Auswahl von demokratischen Vertreterinnen und Vertretern zum Beispiel aus dem Europaparlament, dem Bundestag, den Landes- und Kommunalparlamenten und ebenso aus den Gewerkschaften, den Unternehmerverbänden, den christlichen Kirchen und anderen Religionsgemeinschaften, aus der Justiz, den Medien, der Kunst und Kultur, der Wissenschaft und Forschung“ berufen werden. „Es muss uns gelingen, trotz des genannten gewaltigen Drucks im Interesse der Bürgerinnen und Bürger unseres Landes die Grundfesten unseres Grundgesetzes für alle Zeiten zu sichern.“

Solch ein Gremium würde das genaue Gegenteil bewirken. Nicht die Herrschaft nicht gewählter Eliten retten die Demokratie. Das Grundgesetz müsste eingehalten, nicht laufend nach Gusto verändert werden. Die Grundfesten des Grundgesetzes sind von den Politikern erschüttert worden. Es gibt nur einen Weg: Es müssten nur von allen, besonders den Politikern, die demokratischen Grundregeln eingehalten werden. Das aber hat Gysi bis heute nicht begriffen.

Wie tief will die Union eigentlich noch sinken?

Doch fast noch schlimmer als Gysis kommunistischer Agitatoren-Auftritt als Alterspräsident war das Verhalten der Union. Auf der gefühlten Peinlichkeitskala, die von mikro (1) bis extrem groß (9) reicht und als Platz zehn die Katastrophe zählt, das alles zerstört, hat sich die aktuelle Merz-Partei immer weiter mit Konsequenz nach unten vorgearbeitet. Auf Stufe 9, auf dem die Peinlichkeiten extrem groß sind, ist sie bereits angelangt. Und zwar als Merz der Selbstermächtigung von Annalena Baerbock zur Präsidentin der UN-Generalversammlung mit dem Argu-

„Wir sollten in überparteilichen Gremien offen, ehrlich und ohne Öffentlichkeit bestimmte Fragen erörtern und im Falle von Ergebnissen diese dann der Öffentlichkeit vorstellen ...“

Gregor Gysi,
Alterspräsident der Linken,
wird künftig heimlich à la
DDR ohne Transparenz
wieder Politik machen

ment zustimmte, „ein politisches Schwergewicht könne Deutschlands Position bei der UNO stärken“. Schwergewichtig waren bei Baerbock nur die Peinlichkeiten, die sie sich als Außenministerin leistete. Doch an dem Tag, an dem der letzte SED-Vorsitzende dank zigfacher Regeländerung durch die Union den Deutschen Bundestag als Alterspräsident eröffnen konnte, hat die Union diese Peinlichkeit weiter unterboten.

Hatte es doch im Vorfeld Debatten gegeben, ob nicht Alexander Gauland von der AfD der eigentliche Alterspräsident hätte sein müssen, also wurde die Personalie Gysi auch im Plenum diskutiert. Für die CDU trat Thorsten Frei, Erster Parlamentarischer Geschäftsführer der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, ans Pult. Frei, der als Wahlkampfleiter der CDU-Baden-Württemberg bei der Landtagswahl 2016 erheblich für die Niederlage der Union verantwortlich war, weswegen auf seiner persönlichen Online-Seite auch davon nirgends die Rede ist, scheint jetzt damit beschäftigt zu sein, die Niederlage von Merz maßgeblich mitzugestalten.

CDU-Geschäftsführer Frei sang eine peinliche Hymne auf Gysi

Vor Kurzem erst hat er die CDU-Wähler wissen lassen, dass sie den hemmungslosen Bruch der CDU-Wahlversprechen im Grunde zu verantworten hätten, denn sie hätten ja die Union bei der Wahl nicht mit einer absoluten Mehrheit ausgestattet. Und nun ergriff er auch noch in unfassbarer Art und Weise Partei für Gysi. Er sei „einer von uns“. Deshalb glaube er, es sei richtig, „dass wir einen Alterspräsidenten, der Erfahrung und Souveränität auf Grund der Dauer der Mitgliedschaft im Deutschen Bundestag mitbringt“. Es entstehe etwas Neues, sagt Frei. Neu ist, dass sich die Kartellbildung der „demokratischen Parteien“ von CDU/CSU bis SED-Linke noch nie so offen gezeigt hat.

Frei ist erst seit 2013 im Bundestag, aber er hätte sich informieren können, was Gysi als Abgeordneter getrieben hat. In der ersten Wahlperiode nach der Vereinigung hat unter dem Fraktionsvorsitzenden Gysi die SED-PDS hauptsächlich Anträge zugunsten der SED-Täter eingebracht, wie man bei Christian von Ditfurths Buch „Ostalgie oder linke Alternative. Meine Reise durch die PDS“ (Kiepenheuer und Witsch, Köln 1998) nachlesen kann. In der Legislaturperiode 1994 bis 1998 haben Gysi und Genossen vor dem Untersuchungsausschuss „Verschwundenes DDR-Vermögen“ mit gleichlautenden Erklärungen alle Aussagen verweigert. Friedrich Merz war da immerhin schon im Bundestag und hätte sich erinnern können, ja sogar müssen. Wo der Mammutanteil des unter der politischen Verantwortung des SED-Vorsitzenden Gysi verschwundenen Vermögens, wir sprechen hier von 24 Milliarden D-Mark, also etwa gut zwölf Milliarden Euro geblieben ist, danach wird heute nicht mehr gefragt.

Gysi erscheint bei Frei und in den staatsnahen Medien vielmehr wie ein frisch aus dem Ei geschlüpfter Linken-Politiker ohne jegliche Vergangenheit. Die Aufarbeitung der zweiten deutschen Diktatur ist gescheitert. Was der junge Abgeordnete Sepp Müller aus Dessau-Wittenberg, der während der Rede von Gysi das Buch von Hubertus Knabe: „Die Täter sind unter uns“ gelesen hat, dachte, als er dem Unions-Fraktionschef Frei zuhören musste, ist unklar. Aber nach Zustimmung sah es keinesfalls aus.

Die Union hat sich jedenfalls in das linke Parteienkartell eingereiht, in dem auch bereits die Täterpartei SED inkludiert ist. Dieses Kartell wird uns das Leben in den kommenden Jahren schwer machen. Den Anfängen können wir nicht mehr erwehren, denn wir sind wahrscheinlich schon mittendrin auf dem Weg in die drohende antidemokratische Zukunft.

BILD: PICTURE ALLIANCE/SZ PHOTO/JOSE GIRIBAS

Mitte im permanenten Ausnahmezustand

Über den gefährlichen Trend der etablierten gesellschaftlichen Kräfte, zur Lösung von Herausforderungen nicht mehr auf Argumente zu setzen, sondern auf eine Notfallrhetorik, gegen die Widerspruch nicht mehr geduldet wird

VON KLAUS-RÜDIGER MAI

Die Machtspiele der deutschen *classe politique* funktionieren nur noch über die Veräußerlichung innerer Widersprüche in der Figur des Feindes. Um es an einem Beispiel zu verdeutlichen. Von der Ampel erarbeitet liegt ein Haushalt für das Jahr 2025 vor, den auch die Haushälter der Union sehr gut kennen. Doch anstatt den Haushalt paradigmatisch durchzugehen, Einsparpotentiale auszumachen, um dann zu wissen, ob und wie viel Schulden gerechtfertigt wären, also Priorisierungen vorzunehmen, tut man so, als existierte kein Haushalt und beschließt in einem äußerst fragwürdigen Verfahren eine Verschuldung von mindestens 900 Milliarden Euro, eine Summe, die man weder mit Bedarfen, noch mit einem Ausgabenplan unterlegen kann. Hessens Ministerpräsident Boris Rhein (CDU) forderte nach dem Verschuldungsbeschluss des alten Bundestages: „Wir dürfen das Geld nicht mit vollen Händen zum Fenster hinauswerfen. Dafür müssen wir Prioritäten setzen. Ansonsten werden wir das viele Geld nicht zurückzahlen können. Deshalb brauchen wir einen klaren Investitions- und Tilgungsplan.“

Hätten Investitions- und Tilgungsplan sowie die Klärung der Prioritäten nicht vor der Einberufung des alten Bundestages stehen müssen? Selbstverständlich. Das wissen auch die schwarz-roten Koalitionäre. Dass sie – im Verbund mit den Grünen – dennoch ihren fragwürdigen Weg gegangen sind, liegt an einem immer häufiger zu beobachtenden Trend: angesichts der Unfähigkeit, die Probleme der Zeit zu lösen, die eigene Politik für „alternativlos“ zu erklären und dafür innere und äußere Feinde zu beschwören. Im konkreten Fall wurden die neuen Rekordschulden für Verteidigung und Infrastruktur mit der Bedrohung durch Russland sowie damit begründet, dass die Parteien der Mitte nicht in eine Abhängigkeit von der AfD geraten dürften.

Doch wie schon Carl Schmitt wusste, ist der Feind die eigene Frage als Gestalt. Als politische Propagandafigur vergrößert sich der Feind in dem Maß, in dem die Fähigkeit der Eliten zur Problemlösung abnimmt. Interne Probleme werden externalisiert.

Verdrängung des freien Diskurses

Im Grunde schon 2011, spätestens 2015 wurde der politische, aber auch der philosophische, der intellektuelle Gegner zum Feind erklärt, weil er es nicht unterlassen kann, auf die Wirklichkeit hinzuweisen. Unter entscheidender Beteiligung von Angela Merkel wurde der gesellschaftliche Diskurs nach links verschoben und postmoderne, im Wesentlichen rot-grüne Positionen kanonisiert. Wer diesen Weg nicht mitgehen wollte, wurde gnadenlos marginalisiert. Unter Merkel verschob sich die Demokratie in die Postdemokratie, worunter die allmähliche Auflösung der Gewaltenteilung und die Beherrschung der Legislative durch die Exekutive verstanden wird. Die sogenannte Spaltung der Gesellschaft besteht in Wahrheit darin, dass sich die dysfunktionalen Eliten von den deutschen Bürgern und ihren Interessen verabschiedet haben, diese nicht einmal mehr kennen und abgehoben im Berliner Betrieb agieren.

Wichtig zum Erhalt der Macht sind zwei Aspekte: die Möglichkeit zur Verteilung und die Verteidigung der Deutungshoheit, die den freien Diskurs verdrängt hat, also die Besänftigung der Gefolgsleute und die Verdrängung der Wirklichkeit. Die simple Logik lautet: Wer nicht für mich ist, ist gegen mich, und wer gegen mich ist, ist nicht der Gegner, den es im Disput zu besiegen gilt, sondern der Feind, der zu ächten und zu marginalisieren ist. Wenn die Eliten unserer Tage überhaupt ein Konzept besitzen, leitet es sich aus den Uto-



Argumentation mit dem Ausnahmezustand: CDU-Chef Friedrich Merz und EU-Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen

pien der Vergangenheit her. Aufgrund dieses Anachronismus führt ihre Herrschaft zunehmend zu Verfall, zu Verteilungskämpfen, konkret zur De-Industrialisierung und dem Auseinanderbrechen der inneren Sicherheit, des Gesundheitswesens und der Sozialsysteme.

Das beste Beispiel dafür, wie tatsächliche oder erfundene Krisen zu Apokalypsen hochstilisiert und für die eigenen Interessen genutzt werden, ist die Umdeutung des allgemeinen Klimawandels zur „Klimakrise“. Nach der Weltfinanzkrise von 2009 entdeckte die internationale Finanzindustrie im „Klimaschutz“ dank üppiger staatlicher Subventionen ausgezeichnete Investmentmöglichkeiten. Mit aller Macht und großen finanziellen Möglichkeiten wurde die Klimaapokalypse zum Transformationsriemen für eine der größten Umverteilungen in der Geschichte.

Auch die Politik wusste die ausgerufenen Krise für sich zu nutzen. Besonders interessant und lehrreich ist in diesem Zusammenhang das Vorgehen von EU-Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen. Während in Deutschland Kanzlerin Merkel die sogenannte Energiewende auf den Weg brachte, legte von der Leyen in Brüssel unter dem irreführenden Namen „Green New Deal“ ein billionenschweres Programm auf, das vorgeblich den ökologischen Umbau des Wirtschaftssystems fördern soll, tatsächlich jedoch einen enormen Machtzuwachs für die EU-Bürokratie generiert.

Die Dominanz eines Zeitgeistes

Unterdessen gelang es den Grünen in Deutschland, die beherrschende gesellschaftspolitische Stellung einzunehmen. „Grüne“ Politik ist praktisch nicht mehr hinterfragbar. So konnte Bundesklimaminister Habeck in den drei Jahren seiner Amtszeit 170 Prozent mehr an Subventionen für den „Klimaschutz“ auszahlen als seine Vorgänger, insgesamt 71,8 Milliarden Euro. Doch obwohl Habeck damit zum Teil Unsummen verschleuderte – wie etwa die 600 Millionen Euro für Northvolt, der Firma, die in Habecks Heimatbundesland Schleswig-Holstein eine Batteriefabrik errichten wollte und sich nun in Insolvenz befindet – und obwohl der Minister mit seiner Wirtschaftspolitik die Pleite und Abwanderung zahlreicher Unternehmer zu verantworten hat (Kritiker sprechen längst von der „Habeck-Rezession“), muss sich kei-

neswegs Habeck für seinen wirtschaftspolitischen Irrsinn rechtfertigen, sondern vielmehr all jene, die die Abwicklung einer einst erfolgreichen Volkswirtschaft kritisieren.

Für die sogenannte Klimapolitik existiert kein rationales Argument, nur mathematische Modelle zum Zwecke der Angstkommunikation, zum Schüren von Ängsten und Hysterien. Was in der Klimapropaganda ausprobiert wurde, perfektionierten von der Leyen, Merkel zusammen mit ihren Freunden in der SPD und vor allem bei den Grünen auch auf anderen Politikfeldern. Kritiker und Andersdenkende werden als Verschwörer, als durch und durch schlechte Menschen, ja mitunter sogar als Feinde der Demokratie und der Menschheit hingestellt, denen man unter keinen Umständen Gehör schenken oder Publikationsmöglichkeiten einräumen dürfe.

Politik mit dem Notfall

So verkündete Merkel am 18. März 2020 nach dem Erscheinen eines neuartigen Coronavirus faktisch den Ausnahmezustand: „Keine Veranstaltungen mehr, keine Messen, keine Konzerte und vorerst auch keine Schule mehr, keine Universität, kein Kindergarten, kein Spiel auf einem Spielplatz ... Es sind Einschränkungen, wie es sie in der Bundesrepublik noch nie gab.“

Und der Jurist Thomas Schomerus stellte den Zusammenhang zwischen der diktatorischen Klima- und der noch diktatorischeren Pandemiepolitik her, als er auf dem „Verfassungsblog“ schrieb: „Der Kampf gegen das Virus kann eine Vorbildwirkung für die Bekämpfung der globalen Erwärmung haben.“ Und: „Im Angesicht der tödlichen Gefahr nimmt die Bevölkerung in einem beispiellosen Akt der Solidarität massivste Grundrechtseinschränkungen in Kauf. [...] Warum geht in der Coronakrise, was in der Klimakrise versagt bleibt?“ Ja, warum nicht vom Corona-Lockdown zum Klima-Lockdown?

Das Propagandasystem der „Parteien der demokratischen Mitte“ hat der Soziologe Heinz Bude begeistert als Angstkommunikation zum Zwecke der Herstellung von Folgebereitschaft definiert. Während einer Diskussion an der Universität Graz 2024 gab Bude im Rückblick auf die Coronapandemie zu: „Wir haben gesagt ... wir müssen ein Modell finden, um Folgebereitschaft herzustellen, das so ein bisschen wissenschaftsähnlich ist.“

Und das war diese Formel ‚Flatten the curve‘, ... Man sagt, ‚wenn ihr, wenn ihr schön diszipliniert seid, könnt ihr die Kurve verändern‘. ... Das haben wir geklaut von einem Wissenschaftsjournalisten, haben wir nicht selber erfunden. Aber wir fanden das irgendwie toll ... dass man so ein quasi Wissenschaftsargument hat.“ Sie fanden es also „irgendwie toll“, den Leuten Angst einzujagen, um ihnen Grundrechte zu entziehen und Kadavergehorsam herzustellen. Bude wurde grundsätzlich: „Und man wird Zwang ausüben müssen auf Leute, die sagen, ich habe aber andere Informationen ... Können wir das überhaupt in einer modernen liberalen Gesellschaft? Geht das eigentlich?“ Und da das aus elementarem Grund nicht geht, wird die Demokratie, die Freiheit und die Liberalität eingeschränkt mittels Angstkommunikation.

Aufhebung des rationalen Diskurses

Um in der Lage zu sein, Hysterien zu verbreiten, um massenhaft Angst zu erzeugen, muss der rationale Diskurs suspendiert werden, indem die Größe der Bedrohung, die Übermacht des Feindes beschworen wird. Es bedarf des „Klimateufels“, des „Pandemietufels“, des „Kriegsteufels“. Die propagierte Außergewöhnlichkeit einer Situation soll außergewöhnliche Mittel erlauben, den Ausnahmezustand als Norm zu definieren. In der Klimaapokalypse wurde das CO₂ als übermächtiger Feind beschrieben, in der Pandemie das Coronavirus – und nun?

Sowohl in Brüssel als auch in Berlin benötigt man zur Begründung der Schuldenpolitik zur eigenen Machtsicherung, zur Möglichkeit, zu verteilen zu können, wieder einen übermächtigen Feind. Und das ist Putin. Und da Putin nicht mehr genügt, muss auch Donald Trump inzwischen als Feind beschworen werden. Auch von der Leyen steht schon wieder bereit und initiiert wie schon im Klimakampf, wie schon im Pandemiekampf wieder ein riesiges Schuldenprogramm für die EU – diesmal zur „Verteidigung“ – von 800 Milliarden Euro. Die unbegrenzte Schuldenaufnahme für die „Verteidigung“ in Deutschland und in der EU hat man indes in Anführungszeichen zu setzen, weil ihr ein erweiterter Verteidigungsbegriff zugrunde liegt. Die Finanzierung bestimmter NGOs, die Durchsetzung von Zensur, denn für manchen Zeitgenossen verbirgt sich Putin längst hinter jeder kritischen oder spöttischen Zeile, die Aufrüstung der Ukraine, all das und vieles mehr kann nun zur Verteidigung gehören.

Das Gefährliche daran: Zerstörte die Klima-Scharade „nur“ die Wirtschaft, so ist die Kriegsrhetorik lebensgefährlich. Ein Blick auf die Julikrise von 1914 zeigt, dass die dysfunktionalen Eliten Europas aus Arroganz und Unfähigkeit in den großen Krieg von 1914 bis 1918 hineinschlitterten. Auch heute wird mit der Ausweitung der Kriegsrhetorik die Möglichkeit eines Krieges immer normaler und realer – und somit zu einer Angelegenheit, die man vielleicht auch einmal ausprobieren könnte. Es wird zu viel vom Krieg und zu wenig vom Frieden gesprochen.

Ein weiteres Problem: Zur Politik mit dem Ausnahmezustand gehört nicht nur, diesen auszurufen, sondern auch, wieder aus ihm herauszufinden. Letzteres beherrscht man in Brüssel und in Berlin nicht. Ein Anfang bestünde darin, zur rationalen Debatte zurückzufinden, die Verunglimpfung des Gegners als Feind aufzugeben und die Wirklichkeit anstelle von Ideologien wieder zum Ausgangspunkt der eigenen Politik zu wählen.

● Dr. Klaus-Rüdiger Mai ist freier Publizist. Zuletzt erschienen seine Biographien „Die Kommunistin. Sahra Wagenknecht. Eine Frau zwischen Interessen und Mythen“ und „Angela Merkel. Zwischen Legende und Wirklichkeit“ (beide Europa Verlag 2024). www.europa-verlag.com

● MELDUNGEN

432 Hasstaten gegen Deutsche

Berlin – Im vergangenen Jahr und dem ersten Monat dieses Jahres sind vorläufigen Angaben des Bundesinnenministeriums zufolge deutschlandweit 432 Straftaten erfasst worden, die phänomenübergreifend dem Unterthemenfeld „Deutschfeindlich“ des Oberthemenfeldes „Hasskriminalität“ zugeordnet werden konnten. Abgefragt hatten die Zahl der deutschfeindlichen Straftaten Abgeordnete der AfD-Bundestagsfraktion. Wie die Bundesregierung in ihrer Antwort weiter ausführte, sind die deutschfeindlichen Straftaten häufig zugleich auch anderen Themenfeldern wie Fremdenfeindlichkeit oder Antisemitismus zuzuordnen. Aus einer Aufstellung des Bundesinnenministeriums, die der Antwort beigelegt ist, wird tatsächlich ersichtlich, dass sich in vielen Fällen Beleidigungen und Bedrohungen gegen Deutsche oder den deutschen Staat richten, die Täter aber gleichzeitig auch gegen Israel oder jüdische Bürger hetzen. H.M.

Millionen für Blockadeopfer

Berlin – Wie aus einer Antwort auf eine frühere Anfrage der mittlerweile aus dem Bundestag ausgeschiedenen Gruppe BSW hervorgeht, fördert die Bundesregierung die Modernisierung eines Krankenhauses für Kriegsveteranen und Blockadeopfer in St. Petersburg. Nach Angaben des St. Petersburg Komitees für Soziales leben derzeit noch zirka 48.000 Menschen, die Opfer der Blockade während des Zweiten Weltkriegs waren. Deutschland verpflichtet sich, insgesamt zwölf Millionen Euro für das Projekt zur Verfügung zu stellen. Gefördert werden sollen mit dem Geld auch Begegnungen mit Blockadeopfern. In der Antwort auf die parlamentarische Anfrage erklärte die Bundesregierung zudem: „Die rechtliche Bewertung der Bundesregierung, dass die Blockade von Leningrad durch die deutschen Besatzungstruppen und ihre verbündeten Hilfstruppen in den Jahren 1941 bis 1944 ein Kriegsverbrechen darstellt, gilt unverändert fort.“ H.M.

Digitalisierung: Ämter versagen

München – Das ifo-Institut mahnt eine schnellere Digitalisierung der Verwaltung an. Ursprünglich hatte die 2017 regierende schwarz-rote Bundesregierung mit dem Onlinezugangsgesetz angestrebt, dass bis Ende 2022 ein Großteil der Verwaltungsdienste im Internet verfügbar ist. Tatsächlich bietet Anfang 2025 nur rund ein Drittel der Verwaltung von Bund, Ländern und Kommunen die Möglichkeit, Behördengänge online zu erledigen. Laut der ifo-Forscher hat die mangelhafte Digitalisierung der Verwaltung dazu geführt, dass im öffentlichen Dienst neue Stellen geschaffen wurden. Dies hat der Privatwirtschaft Arbeitskräfte entzogen. Die Privatwirtschaft konnte dank der Digitalisierung die Arbeitsproduktivität erhöhen, was zu einem Lohnanstieg geführt hat, den auch der öffentliche Sektor mitgegangen ist. Diese Entwicklung überfordert aus Sicht des Ifo-Instituts auf Dauer die Steuerzahler. H.M.



BILD: SHUTTERSTOCK

Zukunft eines deutsch-russischen Projekts: Mit der „America First“-Strategie könnte bald wieder Gas durch Nord Stream 2 strömen

PIPELINE-STREIT

Gerüchte um Nord Stream 2

Russisches Gas für Deutschland bald über amerikanische Zwischenhändler?

VON MANUELA ROSENTHAL-KAPPI

Wenn es nach den Vorstellungen von amerikanischen und russischen Unterhändlern geht, könnte ein US-Investor bei der beschädigten Pipeline Nord Stream 2 (NS 2) einsteigen. Die Reparatur der Röhren würde laut Experten mit geschätzten 600 Millionen Euro relativ gering ausfallen. Eine Wiederbelebung könnte sich für die bisherigen Kontrahenten Washington und Moskau als Win-Win-Situation erweisen. Russland erhalte nach einem Friedensschluss mit der Ukraine und dem Wegfall der Sanktionen wieder Zugang zum immer noch wichtigen EU-Markt, die USA würden die Kontrolle über Gaslieferungen nach Deutschland und Europa erhalten und obendrein über US-Investoren noch mit daran verdienen.

Laut den zwischen Moskau und Washington laufenden Gesprächen könnte russisches Gas über einen amerikanischen Zwischenhändler in Europa vertrieben werden. Es wäre damit kein russi-

sches Gas mehr, sondern amerikanisches und fiel nicht unter die Sanktionen der EU. Deutschland könnte künftig wieder günstige Energie aus Russland beziehen, das sich immerhin fast fünf Jahrzehnte als zuverlässiger Lieferant erwiesen hatte. Für die Wiederbelebung der deutschen Industrie wäre günstiges Gas auch dringend notwendig, um wieder konkurrenzfähig zu werden.

Schon länger ist der Milliardär Stephen P. Lynch als Käufer von NS 2 im Gespräch, doch bestätigt wurde dies bislang nicht. Das Recherchebüro „Correctiv“ hat berichtet, dass auch die Ö raffinerie Schwedt, an der Russlands Ölkonzern Rosneft beteiligt ist, auf dem Verhandlungstisch liege.

Der russische Außenminister Sergej Lawrow unkte, es werde interessant sein zu sehen, „ob die Amerikaner ihren Einfluss auf Europa nutzen und es zwingen, russisches Gas nicht weiter abzulehnen“. In den Jahren 2017 und 2018 hatten sich westliche Firmen, die am Bau von NS 2 beteiligt waren, den Sanktionsandrohungen aus dem Weißen Haus gebeugt, was

schließlich 2018 zu einem Baustopp führte. Bei der Abkehr vom Nord-Stream-Projekt wurden 3,9 Milliarden Investitionen allein aus Deutschland aufgegeben. Wie die letzten Jahre gezeigt haben, ist es aber auch Russland gelungen, die beim Nord-Stream-Projekt verlorenen Milliarden-Investitionen durch Gasverkäufe nach Asien zu kompensieren.

Deutsche Politiker uneins

Obwohl es noch keine konkreten Informationen zu Wiederbelegungsplänen von NS 2 gibt, gab es bereits zustimmende Äußerungen von CDU-Mitgliedern. Der baden-württembergische Politiker Thomas Bareiß, seit 20 Jahren für die CDU im Bundestag, sagte: „Natürlich kann dann auch wieder Gas fließen, vielleicht diesmal dann in einer Pipeline unter US-amerikanischer Kontrolle.“ Der nordrhein-westfälische CDU-Vize Jan Heinisch sprang Bareiß zur Seite, indem er sagte, dass nach einem sicheren Frieden auch wieder über den Kauf russischen Gases gesprochen werden dürfe. Dies seien le-

diglich Einzelmeinungen, heißt es dagegen aus der Union. Friedrich Merz hat sich bislang nicht dazu geäußert, der CDU-Außenpolitiker Ruprecht Polenz meint, dass man Putin nicht trauen dürfe. Auch in der SPD gibt es konträre Ansichten. Manuela Schwesig, SPD-Ministerpräsidentin von Mecklenburg-Vorpommern, kritisiert den Zickzack-Kurs der Union und lehnt eine Wiederaufnahme ab, während ihr Parteikollege, Brandenburgs Ministerpräsident Dietmar Woidke, sich dagegen dafür aussprach, nach einem Friedensschluss die Handelsbeziehungen mit Russland wieder zu normalisieren.

Wie nicht anders zu erwarten, regierten die Grünen empört auf Wiederbelegungspläne von NS 2. Anton Hofreiter hält es für skandalös, überhaupt darüber nachzudenken. Michael Kellner (Grüne), Staatssekretär beim Bundesminister für Wirtschaft und Klimaschutz warnt, „solche Infrastruktur weder in amerikanische noch in russische Hände fallen zu lassen, womit er nicht ganz unrecht hat.“

Die noch amtierende Bundesregierung betont, dass sie nicht an einer Wiederbelebung von NS 2 interessiert sei. Wie die neue sich im Falle der Umsetzung der amerikanisch-russischen Pläne verhalten wird, bleibt abzuwarten. Vonseiten der EU hieß es lediglich, Brüssel sei nicht involviert, und die Sanktionen gegenüber Russland blieben in Kraft.

Kontrolle in Trumps Interesse

Drängte Donald Trump während seiner ersten Amtszeit als US-Präsident wie später Joe Biden auf die Beendigung des Pipeline-Projekts, so vollführt er nun die Kehrtwende. Das Argument Washingtons lautete stets, dass die EU zu sehr von Russlands Gaslieferungen abhängig sei, dabei machte der russische Anteil nur 40 Prozent aus und konnte leicht ersetzt werden. Allzu offensichtlich schien damals, dass die USA ihr eigenes Flüssiggas LNG auf dem lukrativen europäischen Markt absetzen wollten.

Nach den jüngsten Plänen würden nicht nur US-Investoren finanziell profitieren, sondern auch einen regulatorischen Einfluss auf Gaslieferungen nach Europa nehmen. Offiziell soll damit die Versorgung der EU gesichert werden, doch es scheint offensichtlich, dass Trumps „America-First“-Strategie im Vordergrund steht. Mit der Wiederbelebung von NS 2 könnte Trump seinem Ziel, Russland stärker an sich zu binden und von China zu lösen, einen Schritt näherrücken.

Da der Staatskonzern Gazprom, dem NS 2 gehört, für das Jahr 2024 Verluste in Höhe von 11,5 Milliarden Euro vermeldet hatte, hat Putin ebenfalls ein Interesse am Betrieb der Pipeline, da Gazprom von höheren Exporten profitieren würde.

MIGRATIONSKRISE

„Domino-Effekt anstoßen“

Kommunen fordern Abweisungen an den Grenzen

Fragen, die mit der Migration nach Deutschland zu tun haben, gehören zu den besonders schwierigen Punkten bei den Koalitionsverhandlungen von Union und SPD. CDU-Chef Friedrich Merz hat im Wahlkampf eine Migrationswende angekündigt, von Teilen der SPD kommen dagegen immer wieder Forderungen, den alten Kurs fortzusetzen und sogar noch weiter zu liberalisieren.

Der Deutsche Städte- und Gemeindebund hat Union und SPD unterdessen zur Zurückweisung von Asylbewerbern an den Grenzen aufgerufen: „Würden wir diesen Menschen den Zutritt verweigern, wäre dies das entscheidende Signal an unsere Nachbarländer und könnte einen umgekehrten Domino-Effekt anstoßen“, erklärte der Hauptgeschäftsführer des Deutschen Städte- und Gemeindebundes

gegenüber der „Neuen Osnabrücker Zeitung“. André Berghegger ergänzte: „Die EU-Außengrenze würde zur entscheidenden Grenze, und es würden sich bei Weitem nicht mehr so viele Menschen ohne Bleibeperspektive auf den Weg machen.“ Seine Begründung: Die Asylbewerberzahlen seien zu hoch und müssten „deutlich“ runter. Die Kommunen seien schon seit Jahren an der Belastungsgrenze und teils darüber hinaus.

Berghegger sprach sich zudem dafür aus, dass der Bund alle Abschiebungen zentral übernimmt. „Wer hat Kontakte zu den Herkunftsländern, zu internationalen Organisationen? Nicht die Städte und Gemeinden, nicht die Bundesländer, sondern die Regierung und die Ministerien in Berlin“, so der Geschäftsführer des Deutschen Städte- und Gemeindebundes.

Für die SPD kann die Forderung der Kommunen zur Zerreißprobe werden. Linke Sozialdemokraten wollen verhindern, dass die von CDU-Chef Merz versprochene Migrationswende in den Koalitionsvertrag kommt. Zu diesem Lager gehört etwa Aziz Bozkurt, in Berlin Staatssekretär unter Cansel Kiziltepe (SPD), der Sozialsenatorin für Arbeit, Soziales, Gleichstellung und Integration. Der 43-Jährige mit türkischen Wurzeln ist zugleich Vorsitzender der Arbeitsgemeinschaft Migration und Vielfalt in der SPD. Diese hat parallel zu den Koalitionsverhandlungen ein Migrationspapier vorgelegt, in dem auch die Schaffung einer „allgemeinen Aufenthaltserlaubnis für vollziehbar ausreisepflichtige Personen“ gefordert wird. Ausnahmen sollen demnach nur für Täter schwerster Vergehen gelten.

Auf der anderen Seite stehen die SPD-Parteichefs Lars Klingbeil und Saskia Esken aber auch unter Druck von sozialdemokratischen Kommunalpolitikern, die auf einen Kurswechsel bei der Zuwanderung drängen. Für Matthias Jendricke, SPD-Landrat im thüringischen Kreis Nordhausen, ist es etwa Grundkonsens der SPD, dass Straftäter abgeschoben werden müssen: „Der Staat muss wehrhaft bleiben“, so der Landrat mit SPD-Parteibuch. Gernot Schmidt (SPD), Landrat im brandenburgischen Kreis Märkisch-Oderland, hatte bereits vor der Bundestagswahl die Frage gestellt, ob „die Dinge nicht in eine grundsätzlich falsche Richtung gehen“. Dabei hatte er auf 22 als islamistische Gefährder eingestufte Flüchtlinge in Unterkünten allein seines Landkreises hingewiesen. H.M.

HAUSHALT

Was jetzt alles „Infrastruktur“ sein soll

Berliner Senat will sogar Migrationskosten über die neuen Schuldenmöglichkeiten finanzieren

VON HERMANN MÜLLER

Das noch vom alten Bundestag am 18. März beschlossene „Sondervermögen“ in Höhe von einer halben Billion Euro soll zusätzliche Investitionen in die Infrastruktur ermöglichen. Im Mega-Schuldenpaket sind zudem 100 Milliarden Euro für den sogenannten Klimaschutz und 100 Milliarden für die Bundesländer und die Kommunen vorgesehen. Der Bundestag hat am 18. März nicht nur für den Bund die Schuldenbremse gelockert. Auch die Bundesländer dürfen künftig pro Jahr neue Schulden „in Höhe von 0,35 Prozent des nominalen Bruttoinlandsprodukts“ aufnehmen.

Laut einem Bericht der „Berliner Zeitung“ prüft Berlins schwarz-roter Senat nach dem Bundestagsbeschluss zum „Sondervermögen“ und der Lockerung der Schuldenbremse nun, welche Auswirkungen die Finanzspritze und die neue Verschuldungsmöglichkeit für den Berliner Haushalt haben. Dabei geht es insbesondere um die Frage, wie eng oder wie weit im Zusammenhang mit dem „Sondervermögen“ der Begriff „Infrastruktur“ aufzufassen ist.

Aufhorchen lassen Äußerungen von Berlins Sozialsenatorin Cansel Kiziltepe, die in der Landesregierung für die Unterbringung von Asylsuchern zuständig ist. Mit Blick auf das „Sondervermögen“ sagte die Sozialdemokratin: „Es geht um Investitionen in die Zukunft. In Schulen, Straßen, bezahlbare Wohnungen, Digitalisierung. Aber ebenso wichtig, gerade für Berlin, ist die soziale Infrastruktur. Unsere Stadt lebt von Vielfalt, Kultur, Kreativität und von sozialem Zusammenhalt. Das hat auch enorme wirtschaftliche Bedeutung. Deshalb werde ich genau darauf achten, dass wir Zukunftsinvestitionen nicht verkürzt diskutieren.“ Kiziltepe erklärte zudem: „Wir brauchen soziale Infrastruktur.“ Berlins Wirtschaftsministerin Franziska Giffey (SPD) hat wiederum stark die Hochschulsanierung im Blick.

Das Spiel mit der „Notlage“

Bis geklärt ist, welche Investitionen sich über die Sonderschulden des Bundes finanzieren lassen, liegt ein Plan der Berliner Landesregierung zu einem Notlagenkredit zur Finanzierung von sogenannten



Verrottet trotz Milliardenschulden und Länderfinanzausgleich: Viele Berliner Schulen sind völlig marode Bild: imago/Rolf Zöllner

Flüchtlingskosten offenbar erst einmal auf Eis. Schon seit Monaten hat sich der schwarz-rote Senat mit der Idee beschäftigt, einen Notlagenkredit aufzunehmen. Der Plan war bereits so weit gediehen, dass der Senat im Laufe des Aprils einen Gesetzentwurf im Landesparlament einbringen wollte.

Nachdem das Abgeordnetenhaus wegen des Ukrainekriegs eine Notlage erklärt hatte, wäre es trotz Schuldenbremse möglich gewesen, zumindest für die Kosten der Ukraineflüchtlinge neue Kredite aufzunehmen. Ein Gutachten, das die Finanzverwaltung in Auftrag gegeben hatte, war zu dem Ergebnis gekommen, dass Berlin jährlich bis zu einer Milliarde Euro an Krediten aufnehmen kann, wenn diese zweckgebunden für die Ukraineflüchtlinge verwendet werden. Die Juristen gaben daher Schwarz-Rot den Rat, die Begründung der Notlage im Parlament an den Ukrainekrieg zu koppeln. Außerdem emp-

fahlen die Gutachter, der Gesetzgeber solle sehr detailliert darlegen, welche Ausgaben für welchen Zweck unumgänglich seien und nur über zusätzliche Kredite finanziert werden könnten.

Über Jahrzehnte auf Pump gelebt

Ob Schwarz-Rot diesen Weg zum Schuldenmachen über eine Notlageerklärung tatsächlich beschreiten wird beziehungsweise muss, ist mittlerweile wieder eine offene Frage. Kann beispielsweise auch die Erweiterung der großen Asylunterkünfte auf den ehemaligen Flughäfen Tegel und Tempelhof als Investition in die Infrastruktur der Stadt gezählt werden, dann eröffnet dies dem Senat neue Spielräume. Statt aus dem regulären Haushalt ließe sich dann für solche Vorhaben Geld aus dem sogenannten „Sondervermögen“ nehmen.

Fest steht in jedem Fall, dass Berlins Geldbedarf extrem hoch ist. Erst vor Kur-

zem wurde bekannt, dass allein für die Sanierung der Berliner Feuerwehrröten 413 Millionen Euro benötigt werden. Bei der Schulsanierung fehlen 711 Millionen Euro. Gleichzeitig fallen für die Unterbringung von Asylsuchern fortlaufend immense Kosten an. Die Großunterkunft auf dem ehemaligen Flughafen Tegel hat nach Senatsangaben im Jahr 2023 mit fast 300 Millionen Euro zu Buche geschlagen.

Der immense Investitionsbedarf Berlins bei Schulen, Feuerwachen, Brücken und anderer Infrastruktur kann mit Blick auf das vom Bundestag beschlossene „Sondervermögen“ als Warnsignal gesehen werden: Berlin hat mit einem auf über 65 Milliarden Euro angewachsenen Schuldenberg über Jahrzehnte auf Pump gelebt und war nebenbei auch regelmäßig größter Empfänger im Landesfinanzausgleich. Trotzdem ist die Infrastruktur der Stadt lange Zeit auf Verschleiß gefahren worden.

BILDUNG UND FORSCHUNG

Berlin hofft auf enttäuschte US-Wissenschaftler

Opfer der Trump-Kürzungen im Visier: Aber kommen Spitzenforscher oder „Gender“-Expertinnen?

Nachdem die US-Regierung unter Donald Trump die staatliche Finanzierung von zahlreichen Projekten in Frage gestellt hat, macht sich der Berliner Senat offenbar Hoffnungen, Wissenschaftler aus den USA zum Umzug in die deutsche Hauptstadt bewegen zu können. Wie der Berliner „Tagesspiegel“ berichtet, plant die Senatsverwaltung für Wissenschaft einen Fonds einzurichten, um Spitzenforscher aus den USA anwerben zu können.

Auf der Plattform Instagram teilte die Senatsverwaltung mit, der Fonds solle dabei helfen, „Forschenden aus den USA einen neuen Ort zu geben, an dem sie frei in einem weltweit einzigartigen Umfeld forschen können“. Weiter heißt es, dass bereits zahlreiche Förderprogramme der Einstein-Stiftung Berlin vorhanden seien, welche die Rekrutierung von Spitzenwis-

senschaftlern aus der ganzen Welt fördern. Tatsächlich kann der Forschungsstandort Berlin mit drei Universitäten punkten. Die Berliner Charité ist zudem Europas größtes Universitätsklinikum.

Mit dem Technologie-Park Adlershof ist der Hauptstadt obendrein ein großer Wurf gelungen. Dort haben sich mittlerweile mehr als 1300 Unternehmen, zu meist aus dem Hochtechnologie-Bereich, und 18 wissenschaftliche Einrichtungen angesiedelt. Allerdings bleibt abzuwarten, ob die Trump-Politik tatsächlich in großer Zahl Spitzenforscher im naturwissenschaftlichen Bereich oder etwa der Medizin zum Weggang aus den USA veranlassen wird. Naheliegender ist vielmehr, dass von der Streichung von Fördergeldern durch die neue Regierung eher die Sozialwissenschaften betroffen sind. Statt KI-

Experten und Spitzenmedizinerinnen könnten dann vor allem Genderforscherinnen und Verfechter der Critical-Race-Theorie eine Zukunft an den Universitäten Berlins und anderer deutscher Städte sehen.

Thema auch auf Bundesebene

Tatsächlich hat nicht nur Berlin, sondern bereits auch Baden-Württemberg angekündigt, gezielt um Fachkräfte aus der US-amerikanischen Wissenschaft und Forschung werben zu wollen. Dies geht aus einer Antwort des Wissenschaftsministeriums auf eine Anfrage der SPD-Landtagsfraktion hervor. Das Thema USA wird zudem Anfang April bei der Gemeinsamen Wissenschaftskonferenz von Bund und Ländern am 4. April auf der Tagesordnung stehen. Das Bundesministerium für Forschung klärt bereits Fragen, die

Visa und Aufenthaltsrecht von Wissenschaftlern aus den USA betreffen.

Die Geschäftsführerin des Deutschen Hochschulverbands (DHV), Yvonne Dorf, mahnt laut der April-Ausgabe von „Forschung & Lehre“ angesichts der angelauten Diskussion um US-Wissenschaftler allerdings „langfristige Zukunftsinvestitionen“ an, wenn „Deutschland Zielland für herausragende Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler werden will“.

Sparmeldungen, wie etwa aus Berlin, sind aus Sicht der ChefIn des Hochschulverbands dagegen nicht das richtige Signal. Vielmehr müssten Bund und Länder „durch gemeinsam messbare Taten“ die Wissenschaft verlässlich attraktiv machen: „Ansonsten werden kluge Köpfe um das Land der Dichter und Denker eher einen Bogen machen“, so Dorf. H.M.

KOLUMNE

Alles dicht

VON THEO MAASS

Nach der Autobahn A 100, dem Stadtring zwischen Kurfürstendamm und Westend, ist nun auch noch Berlins Ringbahn (S-Bahn) mit dem wichtigen Umsteigebahnhof Westend wegen angeblich maroder Brücken gesperrt. Die Autobahnbrücke soll komplett abgerissen und neu gebaut werden. Erstaunlich ist die Hektik, mit der das Ganze nun durchgezogen wird. Wenn die aus dem Jahre 1962 stammende Autobahnbrücke so gefährdet war, müssen Abriss und Sperrung doch schon viel länger absehbar gewesen sein. Dann hätten rechtzeitig provisorische Ausweichwege gebaut werden können, um die Brücke mehr oder weniger im laufenden Verkehr zu erneuern.

Nun wird auch die S-Bahn-Brücke gesperrt, die in dem Bereich die Autobahn überquert. Ob auch diese Brücke abgerissen werden muss, ist noch ungewiss. Offensichtlich ist nur, dass der CDU-geführte Senat vor den Herausforderungen des Auto- und Bahnverkehrs hilflos kapituliert und im Zweifelsfall lieber alles sperrt, als den Verkehr rollen zu lassen. So wurde die Autobahn A 104 an der Überbauung Schlangensbader Straße in den letzten Amtstagen der grünen Verkehrsministerin Bettina Jarasch wegen Brandgefahr vor zwei Jahren gesperrt. Die kleinen Mängel haben die beiden nachfolgenden CDU-Verkehrsministerinnen bis heute nicht beheben können.

Inzwischen zanken sich die Politiker darum, wie lange wohl der Neubau der Brücke im Bereich des Stadtrings dauern werde. Zwei Jahre hofft der Senat, vier Jahre glaubt der zuständige grüne Bezirksstadtrat Oliver Schroufenegger. Und das Geld für den Neubau? Die Senatspolitik setzt andere Schwerpunkte. Berlin wurde 2024 mit 2,1 Milliarden Euro für Asylsucher belastet. Das entsprach stolzen fünf Prozent des öffentlichen Haushalts. Ob der Verkehr rollt und der produktive Teil der Bevölkerung zur Arbeit kommt, ist offenbar nicht so wichtig.

MELDUNG

Woidke will mehr Härte

Potsdam – Auf einer Konferenz von Landräten und brandenburgischer Landesregierung hat sich Ministerpräsident Dietmar Woidke für schnellere Abschiebungen von Ausländern ohne Bleiberecht und Gefährdungen ausgesprochen. In einer gemeinsamen Erklärung von Landräte-Konferenz und Landesregierung vom 19. März heißt es, es gehe darum, „illegale Migration zu verhindern, Geflüchtete mit Bleiberecht zu integrieren und ausreisepflichtige Personen schnellstmöglich zurückzuführen“. Als kurzfristige Maßnahmen nennen die Landräte Gesetzesänderungen zur Schaffung von Landesübergangseinrichtungen. Dort sollen Personen mit schlechter oder unklarer Bleibeperspektive zentral untergebracht werden. Zudem soll die maximale Aufenthaltsdauer für Asylbewerber mit geringen Bleibeaussichten in der Erstaufnahme auf 24 Monate erhöht werden. In Ausreisereinrichtungen sollen zudem auf der Grundlage von Wohnsitzauflagen und Aufenthaltsbeschränkungen vollziehbar ausreisepflichtige alleinreisende Männer untergebracht werden. H.M.

● MELDUNGEN

Moskaus
Einfluss wächst

Damaskus – Schon im März hat Russland mit der neuen syrischen Führung um Ahmed al-Scharaa verhandelt, um seine Militärbasen am Mittelmeer zurückzuerhalten. Zwar forderte Syrien die Auslieferung von Ex-Präsident Bashar al-Assad, was Moskau ablehnte, zeigte sich aber dann bereit, Russlands Unterstützung anzunehmen. Man wolle keine Spaltung zwischen Russland und Syrien, sondern strategische Beziehungen. Putin soll bereit sein, Milliarden in Häfen und Gasfelder in Syrien zu investieren. Inzwischen sind sogar wieder russische Streitkräfte in Syrien im Einsatz. Sie haben außerhalb ihrer Militärbasen in Latakia und Heimim die Kontrolle über einige Ortschaften übernommen. Nach Zusammenstößen zwischen der regierungsfreundlichen Gruppe HTS und Alawiten, bei denen gegen Letztere brutale Massaker verübt wurden, gewährte Russland etwa 7000 Alawiten Schutz in seinen Militärstützpunkten. **MRK**

Hohe Geldstrafe
für Greenpeace

Bismarck – Ein Gericht im US-Bundesstaat North Dakota hat Greenpeace zu einer Schadenersatzzahlung von 660 Millionen US-Dollar verurteilt. Greenpeace wird vorgeworfen, die Proteste gegen den Bau der Dakota Access Pipeline (DAP) 2016 und 2017 organisiert zu haben. Dadurch sei dem Betreiber, der Ölfirma Energy Transfer, großer Wirtschafts- und Imageschaden entstanden. Laut Greenpeace haben Angehörige des Standing Rock Sioux Stammes die Proteste gegen den Bau der Pipeline durch ihr Land angeführt. Greenpeace sei von seinen Verbündeten gebeten worden, sich einzubringen, was überwiegend friedlich verlief. Der Greenpeace-Anwalt erhebt den Vorwurf, dass es sich um ein sogenanntes Slapp handelt, also um einen Gerichtsprozess mit dem Ziel, eine NGO einzuschüchtern und vom Aktivismus gegen bestimmte Unternehmen abzubringen. **JES.**

Sind Vorwürfe
berechtigt?

Ankara – Die Korruptionsvorwürfe gegen den Oberbürgermeister von Istanbul, Ekrem İmamoğlu, sind nach Einschätzung der Leiterin des Büros der Konrad-Adenauer-Stiftung in Ankara, Ellinor Zeinor, zumindest in Teilen nachvollziehbar. Es gebe zwei Vorwürfe gegen ihn: Zum Einen der Vorwurf des Terrorismus in Verbindung mit Sympathien für die kurdische PKK. Das wurde mittlerweile entschärft. Zum Anderen die Korruptionsvorwürfe. Und es gebe viele, auch Anhänger von ihm, die sagten, dass an denen etwas dran sein könnte. „Sonst wäre die türkische Justiz nicht so massiv vorgegangen“, behauptet Zeinor. Der Vorsitzende von İmamoğlus oppositioneller Partei CHP, Özgür Özel, forderte unterdessen vorgezogene Neuwahlen in der Türkei. İmamoğlu wurde trotz seiner Inhaftierung zum Präsidentschaftskandidaten seiner Partei gewählt. Er gilt als schärfster Kritiker des Amtsinhabers Recep Tayyip Erdoğan, der eine Verfassungsänderung anstrebt, um noch einmal kandidieren zu können. **P.E.**

EUROPÄISCHE GEBIETSKÖRPERSCHAFT ELSASS

„Jahr der Zweisprachigkeit“

Nach der massiven Französisierung entspannt sich das Verhältnis der Obrigkeit zum Elsässerdeutsch

VON BODO BOST

Immer mehr Ausländer beginnen in Straßburg mit dem Erlernen des Elsässischen, sei es aus Neugier oder um sich besser in eine Region zu integrieren, die sehr an ihren Traditionen hängt. So hat in Schiltigheim, einem Vorort von Straßburg, eine ganze Gruppe von ausländischen Schauspielern die regionale Sprache erlernt, um in der Dialektbearbeitung „Was han m'r em liewe Gott gemacht?“ von Philippe de Chauveron 2021 erschienenen Filmkomödie „Qu'est-ce qu'on a fait au Bon Dieu?“ / „Monsieur Claude und sein großes Fest“ auf der Bühne zu stehen.

Auch steht an der Universität Straßburg der regionale Dialekt seit einigen Jahren wieder auf dem Lehrplan der Wahlsprachen. Unter den neuen Elsässischen Lernenden lassen sich zwei typische Profile ausmachen. Einmal diejenigen, die im Elsass aufgewachsen sind, denen das Elsässische nicht vermittelt wurde und die es sprechen möchten, sowie dann jene, die entweder aus anderen Regionen oder gar anderen Ländern kommen und sich für die regionale Sprache interessieren. Unter den am meisten an-

gezogenen Nationalitäten stehen Japaner an erster Stelle, gefolgt von südamerikanischen Studenten.

Elsässisch beliebt als Fremdsprache

Viele Japaner, die eine Vorliebe für das „typisch Deutsche“ haben, haben entdeckt, dass sie dies eigentlich im Elsass mit den vielen Fachwerkhäusern, mit Brezeln und Gugelhupf viel häufiger finden als in der Bundesrepublik. Deshalb unterstützen gerade diese Japaner regionale Initiativen, die sich für den Erhalt des Elsässischen einsetzen, wie die René-Schickele-Gesellschaft, die Association A.B.C.M.-Zweisprachigkeit, die Association „Heimetsproch un Tradition“ oder die Association Sprochrenner. Der elsässische Schriftsteller Edgar Zeidler aus Colmar hat sogar eine Sammlung von Haikus (japanische Gedichte) zusammengestellt, die auf Elsässisch, Hochdeutsch und Französisch verfasst wurden und ins Japanische übersetzt wurden.

Laut einer von der 2019 geschaffenen Europäischen Gebietskörperschaft Elsass (CeA) mit einer im Jahr 2022 mit 4000 Personen durchgeführten Studie erklärten 46 Prozent der Befragten im Elsass, dass sie Elsässisch beherrschen. Das

sind 15 Prozentpunkte weniger als 20 Jahre zuvor. Nur noch zwölf Prozent aller im Elsass Lebenden gebrauchten Elsässisch im täglichen Alltag. Von Jahr zu Jahr erodiert die intergenerationale Übertragung der Sprache. Jahrhundertlang war das Elsässische die wichtigste Kommunikationssprache im Elsass. Nach dem Zweiten Weltkrieg wurde die Politik der Französisierung im Elsass akzeptiert, das Elsässische wurde bekämpft, weil es ein germanischer (deutscher) Dialekt ist. Die seit Jahrhunderten zwischen Deutschland und Frankreich hin- und hergeworfene Region sollte „entgermanisiert“ werden.

Kaum noch Muttersprache

Nur noch 14 Prozent der Schüler im Elsass erhalten heute Unterricht in Hoch- oder Elsässerdeutsch. Deshalb gibt es seit 2023 einen Pilotversuch mit sogenanntem immersiven, also ein- beziehungsweise untertauchenden Unterricht in sechs Vorschulklassen. Die Politiker können sich in der Sprachförderung nicht zwischen dem Dialekt und der Hochsprache entscheiden. Für die ältere Generation bleibt das Elsässische jedoch die Muttersprache, die übrig bleibt, wenn man alles vergessen hat. In den Alzheimer-Einheiten der Se-

niorenhäuser ist die gelernte Sprache, Französisch, vergessen, und dann bleibt das Elsässische übrig. Die Europäische Gebietskörperschaft Elsass hat 2025 daher zum „Jahr der Zweisprachigkeit“ erklärt. Mit einer Reihe von Initiativen, darunter viel Volkstheater, Konzerte von Liedermachern, Vorträge und Ausstellungen sowie der Vorstellung einer neuen App zum Erlernen von Elsässerdeutsch soll „die sprachliche Identität des Elsass gestärkt“ werden.

Am 24. Juni wird es einen eigenen Fan-Tag für ausländische Freunde des Elsässischen geben. Höhepunkt des Jahres ist im Sommer die Eröffnung des neuen Office Public de la Langue Régionale d'Alsace et de Moselle (Öffentliches Amt für die Regionalsprache des Elsass und von Mosellothringen) in Straßburg.

Bis 2030 will die Europäische Gebietskörperschaft Elsass die Zahl der regelmäßigen Sprecher durch den Ausbau des Elsässischen in Schulen und Erwachsenenbildungseinrichtungen um 30 Prozent erhöhen. Logo des Jahres ist eine Darstellung einer kleinen Elsässerin mit einem traditionellen Kostüm und Flügeln in den Farben der französischen und der deutschen Flagge.



Kleinen Elsässerin im traditionellen Kostüm mit je einem Engelsflügel in den Farben Frankreichs und Deutschlands: Logo des „Jahres der Zweisprachigkeit“

RUSSLAND

Wie die Russen auf drei Jahre Krieg blicken

Meister der Verdrängung – Staatliche Programme helfen den Menschen, ein „normales Leben“ zu führen

Warum ist die Unterstützung der russischen Bevölkerung für Wladimir Putins als „militärische Spezialoperation“ getarnter Krieg so ungebrochen, fragen sich viele im Westen.

Kurzgefasst lautet die Antwort, dass die Mehrheit der Russen gegen den Krieg ist und es auch von Anfang an war, aber die Menschen es aus Angst vor Repressalien nicht zu sagen wagen. Nach drei Jahren Krieg lebten die Russen „im Spannungsfeld zwischen Verdrängung und Widerstand“, sagt die Journalistin Julia Solovieva. Habe man zu Beginn des Krieges noch heftig diskutiert, so wisse heute jeder, wo er steht. Gestritten werde nicht mehr.

Eine längere Analyse von „drei Jahren Feindseligkeit“ hat Denis Wolkow in der online-Zeitschrift „Gorby“ veröffentlicht. Darin wertet er die Befragungen des re-

nommierten Meinungsumfrageinstituts „Levada Zentrum“ seit 2021 bis heute aus.

Ende 2021 glaubten demnach die Befragten der Darstellung der Regierung, dass der Westen über die Ukraine einen Stellvertreterkrieg mit Russland führe. Westliche Sanktionen und die Lieferung von Waffen durch NATO-Länder an die Ukrainer zerstreuten die Zweifel der Mehrheit an dieser Version und verliehen der Regierung, die Russland als Opfer stilisierte, Legitimation für ihre Handlungen. Die Bezeichnung „Spezialoperation“ fassten viele als begrenzten Einsatz auf, und auch Putins Behauptung, dass diese zum Schutz der russischsprachigen Bevölkerung im Donbass erfolge, verfiel.

Zu Beginn des Ukrainekriegs 2022 waren die Russen schockiert. Es gab öffentliche Proteste, Befürworter und Gegner der

„militärischen Spezialoperation“ standen sich unversöhnlich gegenüber. Die Behörden unterdrückten mit der Vertreibung kritischer Journalisten sowie der Blockierung ausländischer sozialer Medien schnell jede Kritikmöglichkeit.

In der Folge passten die Menschen sich an die veränderten Lebensbedingungen an. Eine erste Auswanderungswelle, vor allem junger, gut ausgebildeter Russen, begann. Unter Politikern traten harte nationalistische Positionen in den Vordergrund, die Beliebtheitswerte von Putin stiegen. Oppositionspolitiker verloren dagegen an Bedeutung.

Die Angst der Bevölkerung vor wirtschaftlichem Abstieg befriedigte der Kreml mit Parallelimporten, die zunächst für einen Wirtschaftsaufschwung sorgten, der 2024 einem Rückgang wich. Vor allem

für Menschen mit geringem Einkommen haben sich die Lebensbedingungen aber verbessert. Durch den Weggang der Auswanderer erhielten sie bessere Stellenangebote mit höheren Löhnen sowie attraktive staatliche Sozialleistungen.

Die Angst vor einer Mobilisierung führte 2022 zu einer weiteren Auswanderungswelle. Erst die Einführung einer Freiwilligenarmee 2023 beruhigte die öffentliche Meinung. Für die Unterstützung der Bevölkerung gibt es laut Wolkow eine einfache Erklärung. Es ist die erfolgreiche Politik der russischen Behörden, der Bevölkerung das Gefühl zu geben, an dem Konflikt nicht beteiligt zu sein und ein normales Leben führen zu können. Die Schmutzarbeit erledigen Freiwillige und Vertragspartner, die viel Geld für ihren Einsatz erhalten. **Manuela Rosenthal-Kappi**

VON PETER ENTINGER

Während sich die CDU/CSU, SPD und Grüne kürzlich darauf verständigt haben, ambitionierten Klimazielen Verfassungsrang zu geben, hat sich auf den weltweiten Märkten die Begeisterung für die Energiewende merklich abgekühlt. Ein prominentes Beispiel: Nach einem heftigen Gewinneinbruch im vergangenen Jahr setzt der britische Ölkonzern BP wieder verstärkt auf fossile Brennstoffe. Er erhöht seine Investitionen in Öl und Gas auf zehn Milliarden US-Dollar pro Jahr. Vor fünf Jahren hatte BP das Ziel ausgegeben, die Öl- und Gasproduktion zugunsten der Erneuerbaren Energien bis 2030 um 40 Prozent zu reduzieren. Davon ist man mittlerweile wieder abgerückt. Das Interessante an der Kehrtwende ist der Hintergrund.

Der US-Hedgefonds Elliott Management hält mittlerweile Aktienpakete in der schwindelerregenden Höhe von fünf Milliarden Euro an BP. Und der Investor drängte verstärkt auf Investitionen in Öl und Gas.

Bei Greenpeace sorgte die Kehrtwende für Entsetzen. Die Reaktion auf die Klimakrise dürfe nicht von den Launen der Investoren oder der Märkte bestimmt werden, teilte die Lobby-Organisation mit und fügte hinzu: „Das ist ein eindeutiger Beweis dafür, dass Unternehmen für fossile Brennstoffe nicht Teil der Lösungen für die Klimakrise sein können oder wollen; diese Diskussion ist beendet.“

Amerika, Asien und Arabien

Nun dürften sich vor allem die mächtigen Investoren im amerikanischen, asiatischen und arabischen Raum kaum von den Befindlichkeiten einer Nichtregierungsorganisation stören lassen. Zumal BP beileibe kein Einzelfall ist. Konkurrent Shell hat seine Pläne, ein grünes Unternehmen zu werden, längst über Bord geworfen. Die geplante Milliarde für ambitionierte Windkraftanlagen wurde längst gestrichen. Das hängt auch mit dem Verhalten der US-Ölriesen Exxon und Chevron zusammen, die Milliarden in neue Öl- und Gasprojekte gesteckt haben. Mit ziemlich großem Erfolg an den Finanzmärkten übrigens. Selbst Deutschlands größter Energiekonzern RWE hat mittlerweile erklärt, der Weg zur „Klimaneutralität“ könnte sich verzögern.

Besonders interessant ist das Verhalten der Kreditinstitute und Finanziers. In den acht Jahren nach der Verabschiedung des Pariser Klimaabkommens am 12. Dezember 2015 haben die 60 größten Privatbanken der Welt fossile Brennstoffe mit 6,9 Billionen US-Dollar finanziert. Fast die Hälfte davon, 3,3 Billionen Dollar, flos-



Sagen dem Klima-Hype ade: Die sechs größten Banken der USA, darunter JPMorgan Chase & Co.

ENERGIE

Banken vollziehen Klima-Kehrtwende

Die sechs größten US-Geldhäuser sind aus der sogenannten Net Zero Banking Initiative, dem wichtigsten Klima-Bündnis der Finanzbranche, ausgetreten

sen in den Ausbau fossiler Brennstoffe. Im Jahr 2023 finanzierten die Banken fossile Brennstoffe mit insgesamt 705 Milliarden US-Dollar. Davon flossen allein 347 Milliarden Dollar an Unternehmen, die ihre Geschäfte mit fossilen Brennstoffen weiter ausbauen.

Dies geht aus einem Bericht der US-Organisation „Rainforest Action Network“ hervor, die mit anderen Umwelt-Organisationen den jährlichen Bericht „Banking on Climate Chaos“ veröffentlicht. „Banken müssen sich endlich von Energieunternehmen verabschieden, die nicht bereit sind, ihr zerstörerisches Geschäftsmodell grundlegend zu verändern“, fordert Katrin Ganswindt von der Organisation „urgewald“, die sich selbst als Anwalt für Umwelt- und Menschenrechte bezeichnet. Doch das dürfte nur ein frommer Wunsch sein.

Sonderweg der Europäischen Union

Wie das Nachrichtenmagazin „Focus“ berichtete, sind die sechs größten US-Ban-

ken aus der sogenannten Net Zero Banking Initiative (NZBA) ausgetreten, dem wichtigsten Klima-Bündnis der Finanzbranche. Weitere könnten folgen. Die Mitglieder der NZBA zielen darauf ab, ihre Finanzierung mit dem globalen „Klimaschutz“ in Einklang zu bringen. Analysten führen den Ausstieg der US-Großbanken aus der Klimaallianz maßgeblich auf die veränderte Klimapolitik des US-Präsidenten Donald Trump zurück. Bisher werden die ambitionierten Klimaziele vor allem in den Ländern der Europäischen Union verfolgt.

Auch daher beeilte sich die Deutsche Bank zu erklären, dass sie selbstverständlich Mitglied der NZBA bleiben werde. „Wir als Deutsche Bank bleiben dem NZBA verpflichtet und werden unsere Netto-Null-Verpflichtung weiter umsetzen“, hieß es in einer Mitteilung. Ähnlich äußerten sich Vertreter von Commerzbank und Pro Credit Holding. Doch weltweit droht der EU eine zunehmende Isolierung.

Donald Trump hat mehrfach erklärt, dass er die These vom menschengemachten Klimawandel für Quatsch hält. Entsprechend agiert seine Regierung im Hinblick auf Klimapolitik. Die europäischen Befindlichkeiten in Sachen Klimaneutralität waren bisher in Asien kaum und im arabischen Raum gar kein Thema. Kein Wunder, dass die linke „Tageszeitung“ und die Umwelt-Organisation BUND kürzlich unisono aufheulten. „Schluss mit dem Klima-Kram“, überschrieb die „taz“ sarkastisch Pläne der EU-Kommission, Korrekturen am „Green Deal“ vorzunehmen, der von Unternehmen als massiv wirtschaftsfeindlich eingestuft wird. Besonders das Lieferkettengesetz wurde als Bürokratiemonster eingestuft. Nun soll es reformiert werden. „Es geht hier nicht um den Abbau von Bürokratie. Vielmehr wollen Industrie- und Lobbyverbände Unternehmen aus der Verantwortung für den Schutz der Menschenrechte und die Klimakrise nehmen“, giftete die BUND-Geschäftsführerin Andrea Gleichen.

WIRTSCHAFTSKLIMA

USA auf Crashkurs: Stagflation und totales Risiko

Amerika droht ein Mix aus Teuerung und stagnierendem oder Nullwachstum – Trumps Schuld?

Es sei mehr eine Stagflation im leichten Sinne, sagt die US-Zentralbank Federal Reserve, so schlimm wie damals in den 70er Jahren werde es unter Donald Trump wohl eher nicht. Doch Wirtschaftsexperten aus aller Welt sind sich einig wie selten, was die grundlegend negativen Folgen der aktuellen US-Wirtschaftspolitik anbelangt – sie betreffen die globalisierte Weltwirtschaft. Choi Tae-won, Vorsitzender der Südkoreanischen Industrie- und Handelskammer, fasst es zusammen: „Supersicherheit ist der größte Feind. Alles stellt ein Risiko dar.“

Wenn unternehmerisches Handeln nicht mehr rechtssicher oder überhaupt planbar ist, bleiben Investitionen in der Regel ganz aus, selbst wenn sich Bedingungen in Einzelbereichen verbessern – das versuchen US-Wirtschaftsvertreter

ihrer Regierung derzeit eindringlich klarzumachen. Es wenden sich sogar diejenigen besorgt an Washington, die von Trumps Wirtschaftspolitik am meisten profitieren sollten – die US-Reeder. Große wie kleine der Branche sagen Trump, sie wüssten nach neuen Abgaben auf in China gebaute Schiffe teils nicht einmal, ob sie ihr Geschäft generell fortsetzen könnten.

25.000 Jobs in Gefahr

Ein Importzoll auf Autos in Höhe von 25 Prozent ist nun von Trump bestätigt, das Rad aus Zöllen und Gegenzöllen dreht sich immer schneller. Mit fast 450.000 Autos liegt Deutschlands Anteil an den aus Europa in die USA eingeführten Fahrzeugen deutlich über die Hälfte. Rund jeder dritte Porsche hat die USA zum Ziel – auch bei Herstellern mit „nur“ etwas

über zehn Prozent US-Anteil am Verkauf, wie VW, wäre ein Ein- oder Wegbrechen des US-Marktes ein Riesenverlust, besonders an Arbeitsplätzen. Bis zu 25.000 deutsche Jobs bei Autoherstellern und Zulieferern sowie rund zehn Milliarden Dollar schätzten im Januar deutsche Unternehmensberater den Verlust.

Aber die Verlierer sitzen auf beiden Seiten: Die US-nahe Karibik warnt Washington, gerade wegen dessen Zollpolitik künftig noch mehr in China kaufen zu müssen. Die US-Tax-Foundation, seit 85 Jahren für wirtschaftlich sinnvolle Steuern engagiert, veröffentlichte am 25. März ein Dossier mit dem Fazit, Trumps Politik neuer grundlegender wie länderspezifischer Zölle werde noch vor Gegen- und Vergeltungsmaßnahmen anderer Staaten 309.000 Vollzeitjobs in den

USA vernichten. Außerdem sei ein Rückgang des Bruttoinlandsprodukts um mindestens 0,4 Prozent zu erwarten.

Trifft das eigene Wählerklientel

Die US-Autobauer können ihre meist mit großem Hubraum bestückten, für EU-Verhältnisse überdimensionierten Modelle dank Trumps Zoll jedenfalls nicht besser in Europa verkaufen, wo weniger Verbrauch gefragt ist. Und zu Hause in den USA werden auch die US-Karosserien viel teurer werden. Denn über 60 Prozent der verbauten Teile kommen aus der EU, allen voran aus Deutschland.

Das bedeutet, dass die von Trump verhängten 25 Prozent Zollaufschlag vor allem ein Klientel treffen: die US-Amerikaner selbst und damit Trumps eigenes Wählerklientel. SV

MELDUNGEN

Mehr E-Autos zugelassen

Brüssel – Trotz insgesamt zurückgehender Kfz-Zulassungszahlen in der Europäischen Union scheint sich der Markt für Elektroautos zu erholen. Die Zahl der Neuzulassungen von Autos mit reinem Batterieantrieb stieg seit Jahresbeginn um über ein Viertel auf 255.489, wie der europäische Herstellerverband Acea in Brüssel mitteilte. Damit hatten sie Ende Februar einen Marktanteil von 15,2 Prozent. Deutliche Verluste musste allerdings das Unternehmen Tesla des US-Milliardärs Elon Musk hinnehmen, dessen Absatzzahlen in Europa einbrachen. Bei dem Anstieg der Neuzulassungen muss man allerdings berücksichtigen, dass die Preise in den vergangenen Monaten gesunken sind. Experten haben bereits vor einer Rabatt-Schlacht gewarnt, die langfristig unrentabel sei, weil Hersteller zunehmend unter Druck gerieten, ihre neuen E-Auto-Modelle abzusetzen. Gleichzeitig erneuerten die Hersteller ihre Forderungen an die Politik, den Absatz von E-Autos stärker zu subventionieren. P.E.

Insolvenzzahl steigt weiter

Berlin – Die Zahl der Unternehmensinsolvenzen beträgt nach Angaben des Bundeswirtschaftsministeriums von Januar bis November vergangenen Jahres 20.021. Endgültige amtliche Daten für den Dezember 2024 liegen noch nicht vor. Laut Statistischem Bundesamt gab es 2023 deutschlandweit insgesamt 17.814 Unternehmensinsolvenzen. Als Ursachen für die Zunahme der dieser im Jahr 2024 nennt das Bundeswirtschaftsministerium als Antwort auf eine Kleine Anfrage der AfD-Fraktion „vor allem die gedämpfte gesamtwirtschaftliche Entwicklung sowie Nachwirkungen der vorangegangenen Krisen – unter anderem „Nachholeffekte aus der Zeit der durch Sonderregelungen geprägten Corona-Jahre“. H.M.

Energiewende viel zu teuer

Berlin – Durch eine effizientere Umsetzung der Energiewende könnte Deutschland bis 2035 über 300 Milliarden Euro sparen. So das Ergebnis einer Studie, die von der Boston Consulting Group (BCG) im Auftrag des Bundesverbands der Deutschen Industrie erstellt wurde. In der Studie hat die Beratungsfirma zwanzig konkrete Hebel identifiziert, über welche die Kosten der Energiewende drastisch gesenkt werden könnten. Die Studienautoren empfehlen darin, den geplanten Ausbau von Stromnetzen, Erneuerbaren Energien und Wasserstoff an die erwartete Nachfrage anzupassen. Dies sind im Jahr 2030 allein beim Strom beispielsweise mindestens 100 Terawattstunden weniger als aktuell geplant. BCG empfiehlt auch die Vermeidung teurer Erdkabel und die Verringerung des Anteils teurer Technologien wie Offshore-Windanlagen. Laut der Studie sind die Kosten des deutschen Stromsystems seit 2010 um 70 Prozent gestiegen und Strompreise um bis zu 2,5-mal höher als bei internationalen Wettbewerbern. Gas als wichtigster Energieträger der Industrie ist um den Faktor 5 teurer. H.M.

KOMMENTAR

ARD: Statt Erklärungen sind Reformen gefragt

HERMANN MÜLLER

„Muss das sein?“, fragt man sich als Befürworter eines öffentlich-rechtlichen Rundfunksystems in Deutschland. Beim rbb war der Skandal um Veruntreuung von Gebühren Geldern und Vetterwirtschaft gerade etwas verblasst, da leistet sich der Sender die nächsten Fehlritte: Wenige Wochen vor der Bundestagswahl erhob eine Reporterin des Senders in einem Beitrag schwere Vorwürfe gegen den Grünen Stefan Gelbhaar. Dieser soll eine Parteikollegin sexuell belästigt haben. Später stellt sich heraus: In Kernpunkten waren die Vorwürfe offenbar frei erfunden. Die Recherchen scheinen sich im Wesentlichen auf ein Telefongespräch mit einer Hinweisgeberin beschränkt zu haben. Obendrein hatte der Sender in der „rbb24 Abendschau“ am 31. Dezember 2024 ein Gespräch mit einer Frau ausgestrahlt, die sich als Belästigungsoffer des Politikers ausgab.

Später kam auch heraus, dass der rbb die Aussage der angeblichen Zeugin inszeniert hatte. So, wie das gezeigt wurde, hat das Treffen nie stattgefunden. Der rbb räumte selbst ein, dass bei der Recherche zum Beitrag „grundsätzliche Sorgfaltspflichten verletzt“ worden sind. Als Quittung liegt dem rbb mittlerweile eine saftige Schadensersatzforderung des betroffenen Politikers vor.

Verstörend ist auch die weitere Entwicklung des Falls. David Biesinger, Chefredakteur des rbb, und Programmdirektorin Kathrin Günther haben für die fragwürdige Berichterstattung die Verantwortung übernommen und sind zurückgetreten. Nun wurde aber bekannt, dass Biesinger bereits wieder mit einem verantwortungsvollen Interimsposten versorgt wurde. Laut rbb übernimmt er zunächst einmal die kommissarische Leitung der Hauptabteilung Programmressourcen. Ein Karriereknick sieht anders aus.

Überzogene Honorare

Parallel sorgt der rbb durch kreative Gehaltsgestaltung für Schlagzeilen. Wie zuerst die „Bild“-Zeitung berichtete, hat der Sender einem Berater für den Bereich Transformation und digitaler Wandel einen zweijährigen Vertrag gegeben. Laut „Bild“ erhält der Digital-

experte dafür jährlich insgesamt 167.000 Euro. Das Gehalt verdient er allerdings mit einer Dreitagewoche. Würde man das Gehalt auf eine Vollzeitstellung umrechnen, kämen 280.000 Euro heraus – deutlich mehr, als rbb-Intendantin Ulrike Demmer mit einem Jahreseinkommen von 220.000 Euro erzielt.

Der Sender selbst kommentierte, der Vorgang sei nicht zu beanstanden, allenfalls „erklärungsbedürftig“. Das Finden einer adäquaten Erklärung dürfte schwerfallen: Erst kürzlich hatte der Sender angekündigt, 22 Millionen Euro bei Personalkosten sparen zu wollen – mittels Wegfalls von bis zu 250 Stellen.

Neuer Aufbruchgeist nötig

Als geneigter Gebührenzahler gerät man angesichts solcher Fehlentwicklungen zunehmend in die Lage, dass einem die Argumente zur Verteidigung dieses Systems ausgehen. Ebenso geht die Phantasie aus, wie Reformen der Senderkette ARD aussehen könnte. Merken die Verantwortlichen nicht bald selbst, dass sie Fehlentwicklungen im gebührenfinanzierten System abstellen müssen, wird bei den Gebührenzahlern die Akzeptanz für unkonventionelle Lösungen wachsen. Eine Grundversorgung in der Berichterstattung? Warum soll dies nicht nach dem Beispiel des öffentlichen Regionalverkehrs der Bahn öffentlich ausgeschrieben werden? Warum sollen nicht mal n-tv, RTL, SAT1 oder tv.berlin die Rundfunk-Grundversorgung der Region Berlin-Brandenburg für fünf Jahre übernehmen?

Noch besteht die Chance, dass das finanziell am üppigsten ausgestattete Rundfunksystem der Welt eine Zukunft hat, indem es ein hochwertiges und ausgewogenes Programm liefert. Die ARD begeht in diesem Jahr ihr 75. Gründungsjubiläum. Geburtsmonat war der Juni 1950, als sechs Radiosender eine Arbeitsgemeinschaft gründeten. Zu wünschen ist der ARD, dass sie noch einmal an den Aufbruchgeist von damals anknüpfen kann und selbst Reformen in Angriff nimmt, die diesen Namen auch wirklich verdienen. Mit schlecht recherchierten Beiträgen, Personalrochaden, Gehaltsexzessen und erdrückenden Pensionslasten ist die ARD aber eher ein Auslaufmodell.



Nach dem Skandalurteil: Marine Le Pen verlässt schockiert den Gerichtssaal in Paris

Bild: imago/NurPhoto

LEITARTIKEL

Mit bitterem Geschmäckle

JENS EICHLER

Donald Trump wusste zeitweise gar nicht mehr, welchen Gerichtssaal er zuerst betreten sollte. Die US-Demokraten initiierten einen Prozess nach dem nächsten. Berechtigt oder nicht, sei an dieser Stelle dahingestellt. Zumal die für Trump zuständigen Richter, die in den USA meist ins Amt gewählt werden, ebenfalls der Demokratischen Partei angehören. Zufall? Nein, Kalkül. Und genau das ergibt den bitteren Beigeschmack. Nämlich wenn die Justiz eines Landes politische Schlagseite bekommt. Nicht viel anders verhielt es sich zuletzt in Rumänien, wo einfach eine Wahl samt Ergebnis als „unsauber“ gecancelte wurde und nun wiederholt werden soll. Der Grund liegt nahe: Das Ergebnis passte dem politisch linken Spektrum nicht so richtig in den Kram.

Und jetzt, quasi als Sahnekirsche auf dem Polit-Baiser, kommt die Verurteilung von Marine Le Pen hinzu. Um es deutlich zu sagen: Die Chefin des „Rassemblement national“ (RN) hat ohne Zweifel eine Straftat begangen. Ein Fakt, der immer

wieder gern von Anhängern der jeweils betroffenen Seiten verschwiegen wird. Auch Trump ist alles, aber sicherlich kein unbeschriebenes Blatt und erst recht kein Unschuldslamm. Aber dennoch stellt sich bei Le Pen zuallererst die Frage der Verhältnismäßigkeit. Ein juristischer Grund-

freiheitsstrafe auf Bewährung, zwei Jahre Tragen einer Fußfessel und fünf Jahre Verlust des passiven Wahlrechts – immerhin ein demokratisches Grundrecht. Für Le Pen bedeutet das: Sie darf kein politisches Amt in dieser Zeit bekleiden.

Ob Trump, Rumäniens Georgescu oder nun Le Pen – immer wieder heißt es von gegnerischer Seite, dass man ja nur den Kampf im Sinne der Demokratie und zu ihrem Schutze führen würde. Das ist bestenfalls gut gedacht, aber schlecht gemacht. Denn solche überzogenen Urteile, so ein Missbrauch der Justiz, um sich politischen Gegner zu entledigen, hat nur eine Wirkung: Es schadet jeder Demokratie!

Wie sich das auswirken wird, das ist aktuell in Frankreich zu erkennen. Da Präsident Macron 2027 kein drittes Mal kandidieren darf, war Le Pen die mit Abstand aussichtsreichste Kandidatin auf denkünftigen Einzug in den Élysée-Palast. Das Prozessurteil hat nun ihren ambitionierten Plan brutal durchkreuzt. Aber es wird wahrscheinlich nicht lange dauern, und ihre Anhänger werden lauthals auf die Straße gehen – diesmal im Sinne der Demokratie, und ohne Geschmäckle.

„Heute wurde die französische Demokratie getötet!“

Jordan Bardella
RN-Parteichef

satz, der insbesondere bei den Gerichten in demokratisch geprägten Ländern seine Gültigkeit hat und stets Anwendung sowie Beachtung findet. Muss Betrug, Steuerverhinderung oder wie im Fall von Le Pen Veruntreuung von Steuergeldern bestraft werden? Auf jeden Fall. Doch sicher nicht auf dreifachem Wege. Zwei Jahre

PORTRÄT

Der Anti-Erdoğan

Unliebsame Oppositionelle haben es in diesen Tagen nicht leicht. Sie werden verhaftet, angeklagt, kommen in den Gulag, werden hinter Gitter gebracht. Jüngstes Beispiel ist Marine Le Pen, die nach einem verlorenen Gerichtsprozess vorerst nicht zur französischen Präsidentschaftswahl antreten darf. Mit ihr traf es eine EU-kritische Politikerin von Rechtsaußen.

Genau umgekehrt ist es im Fall des bis vor Kurzem amtierenden Istanbuler Bürgermeisters Ekrem İmamoğlu: Er ist ausgesprochen pro-europäisch und gehört der sozialdemokratisch ausgerichteten kemalistischen CHP-Partei an. Und weil er als möglicher Präsidentschaftskandidat dem türkischen Staatspräsidenten Recep Tayyip Erdoğan gefährlich das Wasser abgraben könnte, machte dieser mit seinem Gegner kurzen Prozess. Wegen angeblicher Korruption und Unterstützung der Arbeiterpartei Kurdistans (PKK) wurde İmamoğlu am 19. März festgenommen

und nach einer richterlichen Anordnung in Untersuchungshaft gebracht. Tatsächlich könnte an den Korruptionsvorwürfen etwas Wahres dran sein (siehe Seite 6), doch haben Erdoğan und andere europäische Staatschefs etwa weniger Dreck am Stecken, ohne dass ihnen deshalb jemand den Strick zu drehen wagt?

Die Verhaftung İmamoğlus könnte für Erdoğan ins Auge gehen. Am 29. März protestierten hunderttausende Istanbuler

gegen die nach der Inhaftierung erfolgte Absetzung ihres beliebten Bürgermeisters. Ein solches starkes Zeichen könnte das Stimmungspendel gegen Erdoğan ausschlagen lassen.

Es war nicht das erste Mal, dass man den aus Trabzon an der Schwarzmeerküste stammenden 54-Jährigen Steine in den politischen Weg gelegt hat. 2019 hat die Wahlbehörde den knappen Sieg bei seiner ersten Bürgermeisterwahl annulliert. Erst nach einer überzeugend gewonnenen Neuwahl konnte er das Amt antreten. Seine Wiederwahl im Jahr 2024 versuchte man vergeblich durch die Annullierung seines an der Universität Istanbul im Fach Betriebswirtschaft erlangten Diploms wegen „offensichtlicher Fehler“ zu verhindern. Nun wird sich zeigen, ob die künftige deutsche Bundesregierung weiter bücklings zu Erdoğan hält oder den Präsidentschaftsgegner İmamoğlu und die Istanbuler unterstützt.



Hinter Gittern: Ekrem İmamoğlu

Preußische Allgemeine

IMPRESSUM

Chefredakteur: René Nehring (V.i.S.d.P.)

Verantwortliche Redakteure: Chef vom Dienst: Jens Eichler; Politik, Wirtschaft, Berlin, Mensch & Zeit: Hans Heckel; Kultur, Lebensstil, Leserbrief: Harald Tews; Geschichte, Preußen: Dr. Manuel Ruff; Buchseite, Ostpreußen heute: Manuela Rosenthal-Kappi; Heimatarbeit: Christiane Rinser-Schurt; Die Pommersche Zeitung: Brigitte Stramm.

Verlag und Herausgeber: Landsmannschaft Ostpreußen e.V.,

Anschrift von Verlag und Redaktion: Buchstraße 4, 22087 Hamburg.

Druck: Schleswig-Holsteinischer Zeitungsverlag GmbH & Co.KG, Fehmarnstr. 1, 24782 Büdelsdorf. ISSN 0947-9597.

Die Preußische Allgemeine Zeitung ist das Organ der Landsmannschaft Ostpreußen (LO) und erscheint wöchentlich zur Information der Mitglieder des Förderkreises der LO.

Die in der Preußischen Allgemeinen Zeitung (PAZ) geäußerten Meinungen geben nicht unbedingt die Meinung der Landsmannschaft Ostpreußen e.V. (LO) wieder. Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben die Meinung der Autoren und nicht unbedingt die der Redaktion oder der LO wieder. Auch die Werbetafeln der von externen Personen und Organisationen geschalteten Anzeigen geben nicht unbedingt die Meinung der LO und der PAZ wieder.

Bezugspreise pro Monat seit 1. Juli 2024:

Inland 18 Euro einschließlich 7 Prozent Mehrwert-

steuer, Ausland 20,50 Euro, Luftpost 24,50 Euro. Abbestellungen sind mit einer Frist von einem Monat zum Quartalsende schriftlich an den Verlag zu richten.

Einzelverkaufspreis: 4,40 Euro.

Anzeigen: Ingrid Stuthmann. Es gilt Preisliste Nr. 34.

Konto: Commerzbank AG, IBAN: DE64 2004 0000 0634 2307 01, BIC: COBADEFFXXX

Für unverlangte Einsendungen wird nicht gehaftet.

Telefon (040) 4140 08-0
Telefon Redaktion (040) 4140 08-32
Fax Redaktion/Anzeigen (040) 4140 08-50
Telefon Anzeigen (040) 4140 08-32
Telefon Vertrieb (040) 4140 08-42
Fax Vertrieb (040) 4140 08-51

Internet: www.paz.de

E-Mail: redaktion@paz.de
anzeigen@paz.de
vertrieb@paz.de

Landsmannschaft Ostpreußen: www.ostpreussen.de
Bundesgeschäftsstelle: info@ostpreussen.de

VON HARALD TEWS

Hildegard Knef ist eine Filmgöttin, eine preußische dazu. Doch haftet ihr kein solcher Kultstatus an wie etwa Marlene Dietrich oder Romy Schneider. Sie war weder eine fesche Lola noch eine Sissi, die sie zum unsterblichen Mythos hätten machen können. Ihre Rollen waren bodenständiger – im Film wie im Leben.

Dass sich das Leben der Knef nicht nur auf eine Rolle reduzieren lässt, will Luzia Schmidts Dokumentarfilm „Ich will alles“ untermauern, der seit diesem Donnerstag in den Kinos läuft. Bedenkt man, dass Hildegard Knef am 28. Dezember dieses Jahres 100 Jahre alt geworden wäre, scheint der Film das Jubiläum um ein Dreivierteljahr zu früh verpasst zu haben. Aber auch verständlich, denn um die Weihnachtszeit herum erwartet das Publikum nun einmal besinnlichere Filme.

Bei „Ich will alles“ geht es aber auch um Themen, die nicht gerade feierlich sind. Krieg, Arbeitslosigkeit, Nacktskandal, Ehescheidung, Krebs sind die Molltöne, die Knefs Leben mit untermalt haben. Vieles war aber auch in Dur geschrieben. Ihr Auftritt im Trümmerfeld von Berlin in dem ersten deutschen Nachkriegsfilm, Wolfgang Staudtes „Die Mörder sind unter uns“ von 1946, machte sie hierzulande zum ersten Nachkriegsstar. Später wurde sie in New York auf der Broadwaybühne gefeiert, als Buchautorin und als Chansonsängerin mit selbstgetexteten Liedern wie „Für mich soll's rote Rosen regnen“.

Mit diesem Erkennungslied der Knef steigt auch die Doku ein, die wie ein Erinnerungsalbum aus Archivmaterial wie Filmausschnitten, privaten Fotoaufnahmen oder TV-Interviews das Leben der Knef chronologisch nachbildet. Mit Knefs einzigem Kind, der Tochter Christina Palastanga aus zweiter Ehe, und ihrem dritten Ehemann, dem österreichisch-ungarischen Aristokraten Paul von Schell, treten zwei Gesprächspartner auf, die Familiäres beitragen. Schauspielerin Nina Kunzendorf wiederum liest aus Briefen und aus Knefs autobiographischem Bestseller „Der geschenkte Gaul“ von 1970.

Darin schrieb Knef: „Ich schmeckte, ahnte, wollte Schönheit.“ Und das, während die Bomben auf Berlin fielen und sie mit Mutter und Stiefvater im Keller verharrte, während in Wilmersdorf das Haus mit der elterlichen Wohnung über ihr „wegrasiert“ wurde. Gegen Kriegsende geriet sie als Soldat verkleidet in russische Gefangenschaft und überlebte nur mit knapper Not.



BILD: PRIVATARCHIV HILDEGARD KNEF

Für sie soll's rote Rosen regnen

Ein Leben zwischen den Extremen – Eine Kino-Doku beleuchtet die Höhen und Tiefen der Hildegard Knef, die in diesem Jahr 100 Jahre alt geworden wäre

Doch auf Regen folgt Sonnenschein. „Ich habe eigentlich nie eine Mittellage gehabt. Ich habe immer entweder sehr großen Erfolg gehabt oder ganz bedeutenden Misserfolg“, sagte Knef. Dieses immer wiederkehrende Motiv des Auf und Ab in ihrem Leben arbeitet Regisseurin Schmid deutlich heraus. Nach dem ersten Höhenflug im Trümmerfilm „Die Mörder sind unter uns“ folgte eine Durststrecke in Hollywood. Zu ihrem Verdruss hieß sie dort Hildegard Neff, wohl auch deshalb, weil ihr Name *Knef* zu sehr ans englische „knife“, Messer, erinnerte. Knapp drei Jahre lang bräunte sie sich unter der kalifornischen Sonne, erhielt aber letztlich keine Filmangebote. Die ehrgeizige Schauspielerin aus dem früheren Feindesland konnte nicht wie die Dietrich darauf hoffen, in den USA Karriere zu machen.

Untätigkeit war die Berlinerin nicht gewohnt. Sie, die von jung auf mit preußischer Disziplin hart für den Erfolg, für Schönheit gearbeitet hat! Arbeit sei ihr Leben, sagt sie. In der Doku erzählt ihre

Tochter, dass ihre Mutter kaum ein privates Leben kannte, in der Familie wurde nur über ihre Arbeit geredet. Und so war Knef froh, dass sie 1950 in den USA das Angebot erhielt, in Deutschland im Film „Die Sünderin“ mitzuspielen. Ihr wenige Sekunden langer Nacktauftritt darin entfachte wochenlang eine solche Empörung, dass Katholiken zum Boykott des Films aufriefen und Stinkbomben in Kinosäle geworfen wurden. „Ich begriff nichts“, liest Kunzendorf in der Doku aus Knefs Autobiographie vor, „hatte die Zeichen eines Wirtschaftswunders und seiner nach Instandsetzung von Ordnung und Moral strebenden Gesellschaft verpasst.“ Wieder einmal lag sie am Boden.

Immer wieder erfindet sie sich neu

Doch die Knef steht jedes Mal wieder auf. Und das in ganz unterschiedlichen Rollen, wie man auch in dieser Doku erfährt. 1955 machte sie einen erneuten Anlauf in den USA: Diesmal als Darstellerin und Sängerin in dem Broadway-Musical „Silk Sto-

ckings“ (Seidenstrümpfe) von Cole Porter. Der Komponist habe sie, die eigentlich gar nicht singen konnte, überhaupt erst zum Gesang gebracht, hört man Knef voller Dankbarkeit sagen. Ihr Auftritt in New York wurde zum Triumph mit 478 Aufführungen in 14 Monaten.

Vorher gab es Ehesorgen mit dem ersten Mann und hinterher nur noch mäßige Filmangebote. Doch wieder erfindet sich Knef neu und wird Chansonsängerin mit dunkler Raucherstimme und mit Liedern, die immer wieder einen autobiographischen Bezug haben. In „Von nun an ging's bergab“ singt sie selbstironisch von ihren Höhen und Tiefen, die schon mit ihrer Geburt in Ulm begann, als sich ihr Vater einen Sohn wünschte. Mit Titeln wie „So oder so ist das Leben“ oder „Eins und eins, das macht zwei“ landete sie wiederum in den Höhen der deutschen Charts.

„Als uneitle Person, ist meine einzige Eitelkeit, Erfolg zu haben“: Das sagt sie, während sie mit einer dicken Mascaraschicht um die Augen und künstlichen

Wimpern zu Hause Interviews gibt. Was man heute „Homestories“ nennt, hat sie schon in den 60ern praktiziert. Offen trägt sie Persönliches nach außen. Als eine der ersten spricht sie über Schönheitsoperationen und ihren Brustkrebs. Einzig die Politik umschiffte sie. Von Adenauer, Ulbricht und der DDR, Brandt und den 68ern erfährt man in der Doku nichts.

Dafür findet sie eine ganz neue Rolle als Buchautorin. Auch damit bewegte sie sich zwischen den Extremen. „Ich habe ja doch zwei Berufe, der eine sehr introvertiert, der andere sehr extrovertiert“, spricht sie über ihr Pendeln zwischen Schreibtisch und Scheinwerferlicht.

Regisseurin Schmidt präsentiert uns einen unverblümt aufrichtigen Star, keine Diva, sondern eine reflektiert durchs Leben gehende Frau – und hellsichtige Aphoristikerin. „Ich glaube, das Leben schuldet uns nichts als das Leben, und alles andere haben wir zu tun“, sagte Knef, die am 1. Februar 2002 in Berlin an den Folgen eines Lungenemphysems starb.

AUSSTELLUNG

Käthe Kollwitz zu Besuch bei Ernst Barlach

Ausstellung in Wedel bei Hamburg mit Plakatkunst der Königsberger Künstlerin, die vor 80 Jahren starb

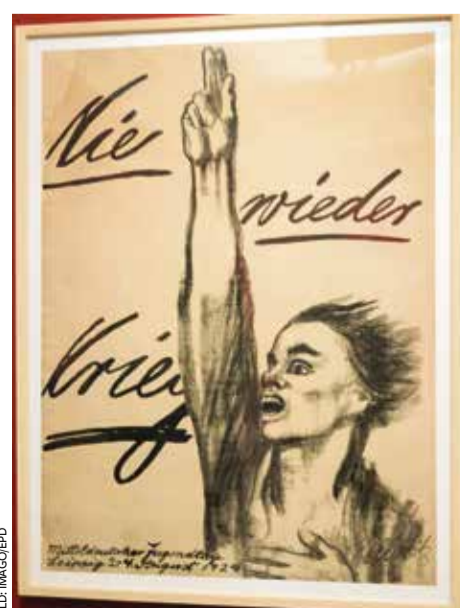
„Nie wieder Krieg!“ Dieses Plakat von Käthe Kollwitz aus dem Jahr 1924 wurde zu einer Ikone der weltweiten Friedensbewegung. Eine traurige Ikone vor dem Hintergrund der fortlaufenden Kriege und humanitären Katastrophen. Das Leid der betroffenen Menschen ist unermesslich. Davon sprechen die Werke der Ausstellung „Ernst Barlach – Käthe Kollwitz. Frieden machen“, die im Barlach Kunstmuseum in Wedel bei Hamburg vom 6. April bis 14. September zu sehen sind.

Der Erste Weltkrieg, das Grauen einer bis dahin unbekannteren technischen und industrialisierten Kriegsführung, waren Anlass, ihre künstlerische Arbeit intensiv dem öffentlichen Dialog für Frieden zu widmen. In den von Krisen gezeichneten 1920er Jahren war Kunst Ausdruck für die

Ängste, Zweifel und Sorgen der Menschen. Schließlich wurden Barlach und Kollwitz zur Zielscheibe demokratiefeindlicher Agitation: Ihre Werke wurden verboten und sie selbst zu diskreditierten Zeugen der NS-Diktatur.

Heute, 100 Jahre später, steht die Gesellschaft vor vergleichbaren Herausforderungen: Klima-, Wirtschafts-, Migrations- und Versorgungskrisen führen zu Verunsicherung und Polarisierung. Weltweit stehen Demokratien unter Druck. Der russische Angriffskrieg in der Ukraine gefährdet die gesamte europäische Sicherheitsarchitektur und hat die Fragilität der internationalen Ordnung in die Mitte Europas geholt.

Die Ausstellung reflektiert die gegenwärtigen Krisen und ist als Denkraum für



Kollwitz-Plakat: „Nie wieder Krieg“

eine friedliche Zukunft konzipiert. Frieden kann nur hergestellt werden, wenn wir, wie Kant es wohl als erster formuliert hat, die Erde als unsere gemeinsame Grenze anerkennen und dafür sorgen, dass sich auf ihr in Recht und Freiheit leben lässt.

Aus historischer Perspektive greift die Ausstellung den aktuellen Diskurs um Krieg und Frieden auf und bietet in thematischen Stationen eine aktive gedankliche Auseinandersetzung zu der Frage an, ob und wie überhaupt eine friedliche Welt möglich ist. *Barlach-Museum/tws*

● Barlach Kunstmuseum, Mühlenstrasse 1, 22880 Wedel, geöffnet: Mittwoch bis Sonntag von 11 bis 18 Uhr, Eintritt: 10 Euro. www.ernst-barlach.de

● MELDUNG

Immanuel Kant an der Oder

Frankfurt (Oder) – Vom 8. April bis 12. Juni präsentiert das Deutsche Kulturforum östliches Europa in der Europa-Universität Viadrina (Gräfin-Dönhoff-Gebäude, 1. Etage, Europa-platz 1) in Frankfurt (Oder) die Ausstellung „Kant & Königsberg“. Die zweisprachige, deutsch-englische Wanderausstellung zeigt Kant in seiner Heimatregion, wobei sich auch eine Tafel dem modernen Königsberg und der dortigen – russischen – Kant-Rezeption widmet. Kant-Figuren der Kinderbuchillustratorin Juliane Pieper bringen das Wirken des Philosophen in einfachen Sätzen nahe und zeigen ihn bei seinen Hobbys Billardspielen und Senfmachen. Der Eintritt ist frei (www.kulturforum.info). *tws*

WALTER MAMAT

Kunstmaler aus Memel im Dienst der DDR

Derzeit präsentiert das Ostpreußische Landesmuseum das Schaffen eines bis vor wenigen Jahren weithin unbekanntes Künstlers

VON JÖRN BARFOD

Über Künstler aus Ostpreußen, die nach dem Krieg in der DDR lebten, ist viel weniger bekannt als über jene, die in der Bundesrepublik weiterarbeiten konnten. Es fehlten dort die Einrichtungen, die eine Identität als aus Ostpreußen stammend unterstützt hätten. Dennoch hat auch Walter Mamat im Laufe seiner Künstlerexistenz in der DDR die Zeit in Ostpreußen nicht vergessen und immer wieder einmal Erinnerungen in Kunstwerken gestaltet.

Seine Herkunft hätte man in DDR-Verhältnissen als „proletarisch“ bezeichnet. Walter Mamat wurde am 21. März 1912 in Memel geboren als siebentes von neun Kindern des Maurers Albert Mamat und der Schneiderin Anna Mamat geborene Doblies. Seine offenbar vorhandene künstlerische Begabung konnte zwar aus finanziellen Gründen nicht auf einer Kunstakademie entwickelt werden, er ging aber in die Lehre bei einem Dekorations- und Kirchenmaler.

Um die freie Malerei weiter zu erlernen, nahm er Unterrichtsstunden bei Carl Knauf in Königsberg, ab 1931 in Nidden. 1934 bis 1936 musste er seinen Militärdienst in der litauischen Armee ableisten. Seine Heimat gehörte seit 1923 zu Litauen. Die Verbindung zu Knauf, seinem Lehrer, blieb jedoch bestehen. Von 1937 bis 1940 war er dessen Assistent. Ab 1940 musste er als Hilfszeichner in einem Rüstungsbetrieb arbeiten. Mit diesem Betrieb wurde er im Oktober 1944 wegen der Kriegslage aus Memel evakuiert und gelangte schließlich nach Mitteldeutschland. Ab Juli 1945 war er dann in Wittenberg ansässig.

Von Memel nach Wittenberg

Diese eher dürftigen Fakten sind bisher für die erste Hälfte des Lebens von Mamat fast alles, was bekannt ist. Die Erforschung von Leben und Werk des Malers steht noch am Anfang. Durch die jetzt im Ostpreußischen Landesmuseum laufende Ausstellung ergibt sich ein weiterer Anstoß, um hierin voranzukommen. Da auch nur sehr wenig von Mamats Arbeiten vor 1945 erhalten geblieben scheint, bedarf es noch weiterer vergleichender Betrachtung, um seinen Stil der ersten Lebenshälfte besser zu erkennen. Mamat hat nur sehr wenige seiner Arbeiten datiert, ähnlich wie sein Lehrer Knauf, was die Einordnung nicht erleichtert.

Bei der Evakuierung aus Memel muss der Maler einige Arbeiten mitgenommen haben. Schon zu Weihnachten 1945 zeigte er in einer Ausstellung in Wittenberg Motive von der Kurischen Nehrung. In einer Zeitung hieß es dazu: „Der aus Ostpreußen stammende Landschaftler W. Mamat hat Bilder seiner Heimat ausgestellt. Seine Arbeiten sind gut und erfreuen durch Farbe und gute Zeichnung.“ Das wäre eine gute Kurzcharakterisierung eines Knauf-Schülers. Knauf selbst war reiner Landschaftsmaler und zumeist auf das Memelland konzentriert.

Mamat muss sich entschieden haben, seinen weiteren Berufsweg als freischaffender Maler zu gehen. Dazu ergab sich nun die Gelegenheit, eine Kunsthochschule zu besuchen. Er studierte von 1946 bis 1948 an der Weimarer Kunsthochschule bei Hermann Kirchberger und Otto Herbig. Hier konnte er auch den bislang fehlenden Teil seiner Ausbildung nachholen: die Figurenmalerei. Dies gelang so sehr, dass es schon 1949 in einer Ausstellungskritik hieß: „Dem Figürlichen, vor allem dem Portrait, scheint seine besondere Liebe zu gehören Al-



Vor seinem Wandbild im Treppenhaus der Betriebsakademie der Gummiwerke in Piesteritz (VEB Gummiwerke Elbe) bei Wittenberg im Jahre 1967: Walter Mamat
Bild: privat

erdings möchten wir den figürlichen Kompositionen den Vorzug geben.“ Dennoch gehörten in der im Februar 1949 in Halle präsentierten Ausstellung von 43 gezeigten Arbeiten 24 der Landschaft an, davon 21 der Kurischen Nehrung. Aber die neue Richtung war bereits vorbereitet. 1948 begann in der Sowjetunion der sogenannte Formalismusstreit, der ab 1949 auch in der DDR aufkam. Es ging um Ablehnung moderner Kunstströmungen, wie der abstrakten Kunst, die im Westen aufkamen. Zugleich wurde gefordert, dass die Kunst nah an der Wirklichkeit sein solle, den sozialistischen Arbeitsalltag möglichst optimistisch darstellen und der Umerziehung im Geist des Sozialismus dienen solle.

Mamat wird diese Auseinandersetzungen mitbekommen haben. Sein Weimarer Lehrer Hermann Kirchberger war davon betroffen. 1950 wurde ein großes Wandbild abgenommen und 1951 musste Kirchberger sein Lehramt aufgeben. Mamat stand mit immerhin schon 37 Jahren am Anfang einer Berufsrichtung als freischaffender Künstler, zudem hatte er eine Familie zu versorgen. So entschied er sich für den staatlich vorgesehenen Weg. „Der Künstler ging auf die Forderungen der All-

gewaltigen ein, denn er wollte auch leben. Die Aufträge waren sowieso nicht dicht gesät, und ein Monatsgehalt stand den Künstlern nicht zur Verfügung“, schrieb er später einmal.

Sein Werk umfasste bald eine Vielzahl von Aufgaben und Motiven: Landschaften, Portraits, Blumenbilder, Tiere und – für die offiziellen Aufträge ganz wichtig – Menschen bei der Arbeit. Auch in vielen Techniken war er zu Hause: Zeichnungen, Aquarelle, Pastelle, Gemälde, Wandmalerei. Letzteres hatte er bei Kirchberger gelernt und konnte es nun für die Großaufträge der staatlichen Betriebe einsetzen. Er schloss mit verschiedenen Betrieben Verträge, um dort zu arbeiten.

Überleben mit Großaufträgen

So war er in der Maschinen-Traktorenstation (MTS) in Straach bei Wittenberg Ende der 1950er Jahre tätig: „In die Betriebe müsste man gehen, und so war ich sehr froh, als der Rat des Kreises und die MTS Straach mit mir einen Vertrag abschlossen und mir die Möglichkeit gaben, mich zwei Monate auf der MTS aufzuhalten. Jetzt konnte ich das Leben der Menschen auf dem Lande studieren und neue Bildinhalte bekommen. So entstand dann

u.a. das Bild des heutigen Mähdescherfahrers Franz Loschtiak.“

Zu den Großaufträgen gehörte 1967 ein Wandbild im Treppenhaus der Betriebsakademie der Gummiwerke in Piesteritz (VEB Gummiwerke Elbe) bei Wittenberg. Mamat hatte seit 1960 einen Vertrag mit dem Betrieb und leitete „den Zirkel für bildnerisches Volksschaffen“. Das Werk in Latexfarben zeigte in der Bildmitte eine überlebensgroße „Gestalt eines Arbeiters, in dessen einer Hand eine Taube ruht, während die andere den Lauf der Waffe umfasst. Diesem Symbol für die Bereitschaft der Werktätigen, den Frieden zu schützen und die Errungenschaften unserer Republik zu verteidigen, sind genrehafte Szenen zugeordnet, deren jede Wesentliches über den Charakter unserer neuen, sozialistischen Ordnung aussagt: Die Dreiergruppe der Chemiker, das Idyll der Mutter mit ihren Kindern, das glückliche junge Paar, das lesende und das malende Mädchen, der Arzt und der von ihm betreute Patient“, so schildert es ein zeitgenössischer Zeitungsbericht. Das Wandbild ist heute mit einer Tapete überklebt und dadurch wohl verloren.

Neben den offiziellen Werken schuf Mamat eine umfangreiche Ansammlung

mit Figurenbildern und Landschaften. Bis heute sind noch nicht alle erhaltenen Nachlassteile aufgearbeitet. Einen großen Bestand von 235 Arbeiten im Haus der Geschichte in Wittenberg bringt museum-digital.de wenigstens als Abbildungen, vieles ist in Privatbesitz. Diese sind im Original leider nicht zugänglich. Eindrucksvoll ist die Präsentation des Ostpreußischen Landesmuseums in Lüneburg, welche die malerische Entwicklung Mamats erkennen lässt.

Seine frühen Arbeiten vor 1945 sind kaum bekannt oder ohne Datierung nicht genau zu bestimmen. Zwei erhaltene Fotos zeigen Aquarelle mit Dünen und mit Kurenkähnen, natürlich ganz im Stil von Knauf. Auch ein (vermutlich) mit 1947 datiertes Aquarell mit Kurenkahn vor Hoher Düne lässt sich noch gut vom impressionistischen Stil Knaufs herleiten. Spätere Arbeiten von der Kurischen Nehrung haben noch die Motive der Knaufschen Werke, doch der Stil ist viel härter und die Farben kräftiger, wie von Eindrücken des Expressionismus geprägt. Dies könnte Mamat von seinem Lehrer Herbig in Weimar mitgenommen haben, der in solcher Farbigeit arbeitete.

Im Herzen ein Landschaftsmaler

Wichtiger für Mamat dürften die Eindrücke des Weimarer Unterrichts bei Kirchberger gewesen sein. Dessen kräftig formende Malweise der Landschaften und die etwas kantigen Figurengestaltungen scheinen ihm weiterhin eine Richtungsweisung gewesen zu sein. Durch diesen Unterricht erhielt Mamat die entscheidenden Impulse, die ihn schließlich die sanftere, impressionistisch geprägte Malweise Knaufs überwinden ließen. Ein weiterer Impuls – wohl noch aus der Zeit nach dem Studium in Weimar – war für seinen Stil der großen Auftragsarbeiten im Sinne des sozialistischen Realismus maßgebend. Dessen genaue Herkunft müsste jedoch noch erforscht werden.

Mamat war durch die Landschaftsmalerei Knaufs grundlegend geprägt und blieb wohl auch im Herzen ein Landschaftsmaler, wie viele Arbeiten seiner Reisen belegen: 1957 nach Albanien, 1958 nach Bulgarien, 1974 nach Moskau und 1975 nochmals nach Bulgarien und zuletzt an die Wolga. Ebenso bearbeitete er viele Motive aus der Region um Wittenberg und aus der Stadt selbst. Dass er noch einmal in seine alte Heimat nach Memel gefahren wäre, ist nicht überliefert.

Mamat starb am 3. Juni 1976 in Wittenberg. 1977 wurde noch eine Gedächtnisausstellung in Wittenberg veranstaltet, danach scheint es allmählich still um sein Andenken und sein Werk geworden zu sein. Spätestens nach 1990 scheint er in Vergessenheit geraten zu sein, bis nun durch private Initiative seit wenigen Jahren eine Wiederentdeckung begann. Zu Anfang mit einer Präsentation einiger weniger Arbeiten 2018 in einer Wittenberger Ausstellung, nun durch die Personalausstellung im Ostpreußischen Landesmuseum. Parallel dazu kommt auch die Erforschung von Leben und Werk dieses Malers aus Memel und Wittenberg allmählich in Gang. Es gibt noch viel zu entdecken in der ostpreußischen Malerei wie auch in der Kunst aus der DDR.

● Die Kabinettausstellung „**Auferstanden aus Ruinen | Der Maler Walter Mamat (1912-1976)**“ ist noch bis zum 24. August im Ostpreußischen Landesmuseum mit Deutschbaltischer Abteilung, Heiligengeiststraße 38, 21335 Lüneburg, Telefon (04131) 759950, E-Mail: info@ol-g.de, Internet: www.ostpreussisches-landesmuseum.de zu sehen.

HUBERTUS VON PREUSSEN

Der Auswanderer unter den Kaiserenkeln

Vor 75 Jahren starb der Großonkel des heutigen Chefs des Hauses Hohenzollern im vormaligen Deutsch-Südwestafrika

VON WOLFGANG REITH

Im Gegensatz zu anderen Mitgliedern des ehemaligen deutschen Kaiserhauses trat Hubertus Prinz von Preußen nach dem Ende der Monarchie kaum in der Öffentlichkeit in Erscheinung. Er war einer jener Hohenzollern-Prinzen, die eher einem geregelten Leben nachgingen, ebenso wie seine drei Brüder, allesamt Enkel des letzten deutschen Kaisers und Söhne des Kronprinzen, der zeitweilig seine Rolle in der Politik sah und damit auf eine Restauration der Monarchie hoffte, ähnlich ihrem Onkel August Wilhelm, der sich gern in der Uniform eines SA-Obergruppenführers zeigte.

Geboren wurde Hubertus Karl Wilhelm Prinz von Preußen – so sein vollständiger Name – am 30. September 1909 im Marmorpalais in Potsdam als dritter Sohn des Kronprinzen des Deutschen Reiches und von Preußen, Wilhelm, und dessen Ehefrau Cecilie geborene Herzogin von Mecklenburg-Schwerin. Als der Vater nach dem Ende des Ersten Weltkrieges ins niederländische Exil gehen musste, zog die Mutter mit Hubertus und dessen drei jüngeren Geschwistern, Friedrich, Alexandrine und Cecilie, auf das Familiengut im schlesischen Oels, während Hubertus' beide ältere Brüder, Wilhelm und Louis Ferdinand, ihre Schulbildung in Potsdam fortsetzten.

Nach erfolgreichem Schulabschluss absolvierte Prinz Hubertus eine Ausbildung zum Landwirt, und 1932/33 unternahm er eine längere Reise durch die vormaligen deutschen Kolonien Ost- und Südwestafrika. Nachdem er bereits in den 1920er Jahren Mitglied des Wehrverbandes „Stahlhelm“ geworden war, meldete er sich 1934 in hohenzollernscher Tradition freiwillig zum Wehrdienst und trat in das in Frankfurt an der Oder stationierte 8. Infanterie-Regiment ein, um sich zum Reserveoffizier ausbilden zu lassen.

Mit Beginn des Zweiten Weltkrieges nahm er im Rahmen der 3. Infanterie-Division am Angriff auf Polen teil. Als sein Bruder Wilhelm 1940 im Frankreichfeldzug fiel und unter großer öffentlicher Anteilnahme in Potsdam beigesetzt wurde, untersagte Adolf Hitler im sogenannten Prinzenenerlass Angehörigen vormaliger regierender Fürstenthäuser künftig den Dienst an der Front. Da Prinz Hubertus jedoch schon als Verkehrspilot ausgebildet worden war, konnte er weiterhin als Offizier der Luftwaffe tätig bleiben, wobei er auf dem Fliegerhorst Brieg in Schlesien stationiert war. 1943 mussten schließlich alle Mitglieder deutscher Fürstenthäuser aus der Wehrmacht ausscheiden, und so zog sich der Hauptmann der Reserve zusammen mit seiner zweiten Ehefrau auf Schloss Wildenbruch östlich von Schwedt an der Oder in der Neumark zurück.

Am 29. Dezember 1941 hatte sich der Prinz in Oels mit Anna Maria Freiin von Humboldt-Dachroeden (1916–2003) vermählt, doch schon am 4. Januar 1943 war die Ehe geschieden worden. Am 5. Juni desselben Jahres heiratete er dann auf Schloss Prillwitz bei Hohenzieritz in Mecklenburg-Strelitz erneut, und zwar Magdalene Prinzessin Reuß (1920–2009), mit der er zwei Kinder hatte, nämlich Anastasia Viktoria Cecile (geboren 1944) und Marie Christine (1947–1966).

Anfang 1945 floh die Familie vor der Roten Armee zunächst nach Potsdam, von dort weiter nach Bad Kissingen und schließlich ins hessische Büdingen, wo sie beim Fürsten Otto Friedrich zu Ysenburg unterkam. Hier wurde Prinz Hubertus von den Amerikanern kurzzeitig in einem Kriegsgefangenenlager interniert. Nach der Geburt der zweiten Tochter 1947 übernahm der Prinz die Verwaltung und Bewirtschaftung des Weinguts Schloss Reinhartshausen bei Erbach im Rheingau.

Um die Jahreswende 1949/50 reiste er nach Südwestafrika, dem heutigen Namibia, wo er die ehemaligen Farmen seines



Im April 1931: Hubertus Karl Wilhelm Prinz von Preußen

Bild: All mauritius images

Großvaters übernehmen wollte, um dort Karakul, eine Steppenschafrasse, zu züchten. Kaiser Wilhelm II. hatte nämlich 1910 die Farmen Dickdorn und Kosis im Bezirk Gibeon südlich von Mariental erworben. Als dort die deutsche Kolonialherrschaft nach dem Ende des Ersten Weltkrieges endete, übernahm die südafrikanische Administration die Farmen, die Emil von Koenen von der Nachbarfarm Satansplatz fortan als Pächter mitverwaltete.

Mit der Hilfe seines Bruders Friedrich, der 1945 die britische Lady Brigid Guinness geheiratet hatte, sowie deren einflussreichem Vater Lord Rupert Guinness, 2. Earl of Iveagh, gelang es nach dem Zweiten Weltkrieg, dass die Hohenzollern ihren alten Farmbesitz zurückerhielten, was für Prinz Hubertus ein Grund war, sich daselbst eine neue Existenz aufzubauen. Im Juli 1950 sollten dann seine Ehefrau und die beiden Töchter aus Deutschland nachkommen. Doch schon am 8. April des Jahres, dem Karsamstag, starb der Prinz in Windhoek an einer Bauchfellentzündung infolge einer verschleppten beziehungsweise zu lange hinausgezögerten Blinddarmoperation.

Seine sterblichen Überreste wurden über Johannesburg nach Deutschland transferiert, wo sein Vater, der Kronprinz, im Mai 1950 in der evangelischen Kapelle der Burg Hohenzollern die Urne mit der Asche seines Sohnes auf dem Altar niedersetzte – demselben Altar, an dem im Jahr zuvor die jüngste Schwester von Hubertus, Prinzessin Cecilie, und der US-amerikanische Architekt Kenneth Harris getraut worden waren. Als der Kronprinz wiederum ein Jahr später, am 20. Juli 1951, starb, wurde der Sarg mit seinen Gebeinen bei der Trauerfeier am 26. Juli des Jahres zusammen mit der auf einem Sockel ruhenden Urne des Prinzen Hubertus auf dem hohenzollernschen Familienfriedhof im ehemaligen Offiziersgärtchen auf der St.-Michaels-Bastei der Burg Hohenzollern-Hechingen beigesetzt.

DISKRIMINIERUNG UND EMANZIPATION

Wie es der Hohenzollernstaat mit den Juden hielt

Der „Erlaß eines Revidierten General-Privilegiums und Reglements vor die Judenschaft ... vom 17ten April 1750“

In Preußen gewann das Judentum seit dem Großen Kurfürsten an Bedeutung. Als Minden und Halberstadt preußisch wurden, mussten sich die dortigen Juden ihr Aufenthaltsrecht durch ein Schutzgeld erkaufen. 1671 warb Friedrich Wilhelm 50 aus Wien vertriebene, wohlhabende jüdische Familien zur Ansiedlung in der Mark an – gegen eine Schutzgeldzahlung. Das verlief nicht ohne Widerstände in der Bevölkerung.

Die jüdischen Gemeinden wuchsen ebenso wie die Steuereinnahmen und Zolleinkünfte, da die jüdischen Familien vor allem vom Handel lebten. Im Jahre 1712 und damit in der Regierungszeit von Friedrich Wilhelms Sohn und Nachfolger Friedrich I. wurde der Bau einer ersten Synagoge in Berlin genehmigt.

Unter Friedrichs I. Sohn und Nachfolger, Friedrich Wilhelm I., verschärfte sich die Situation noch einmal, da ein ausgestellter Schutzbrief nur für den ältesten Sohn gelten sollte, die nachgeborenen Söhne mussten sehr viel höhere Schutzgelder bezahlen. Als diskriminierend galt auch der Leibzoll, den Juden an den Grenzen entrichten mussten.

Als der Sohn und Nachfolger des Soldatenkönigs, Friedrich der Große, vor

275 Jahren das „Revidierte General-Privilegium und Reglement“, erließ, mit dem die aufenthaltsberechtigten Juden in sechs Klassen unterteilt wurden, erhob der König die reichsten Juden zu „Generalprivilegierten“ und stellte sie damit christlichen Kaufleuten gleich. „Von Privilegien konnte keine Rede sein, Diskriminierung wäre die passendere Beschreibung“, wertet der Historiker Michael Wolffsohn den vermeintlichen Durchbruch zur Besserstellung der Juden in Preußen. Die neue Judenordnung habe auch keinen positiven Schub für die jüdische Gemeinschaft in Preußen gegeben. Die Juden seien Friedrich II. „wurscht“ gewesen, zitiert die „Jüdische Allgemeine“ Wolffsohn. Der König sei Pragmatiker gewesen. Tatsächlich trugen die reichsten Juden wie Daniel Witzig und Veitel Ephraim dazu bei, dass der König den Siebenjährigen Krieg finanzieren konnte.

Die zweite Stufe waren die „ordentlichen Schutzjuden“, deren Schutzbrief auf zwei Kinder übertragen werden konnte. In der dritten Stufe, den „außerordentlichen Schutzjuden“, gewährte das neue Recht nur einem Kind den Schutzanspruch. In den Stufen darunter waren Rechtlose in öffentlichen oder privaten Diensten sowie die lediglich „Tolerierten“.

Die Schutzbedingungen hatten es durchaus in sich. So wurden Juden genötigt, in unrentable Manufakturen einzuweichen. Der Kaufzwang für minderwertige Produkte der königlichen Porzellanmanufaktur, dem jeder Schutzjude bei familiären Anlässen unterworfen war, ist heute noch ein dunkler Schatten auf dem Hause KPM. Auch die Gründung neuer Manufakturen übertrug Friedrich der Große jüdischen Investoren.

Mit der Aufklärung setzte sich im 18. Jahrhundert in Preußen allerdings auch zunehmend eine tolerante Sicht auf das Judentum durch. Moses Mendelssohn hatte dabei eine besondere Bedeutung. Der Spiritus Rector der preußischen Juden verwebte jüdische Identität mit europäischer Kultur, begründete die sogenannte Haskala, die jüdische Aufklärung. In Berlin entwickelte sich ein reger Austausch zwischen jüdischen und christlichen Intellektuellen, der letztlich in den nachfolgenden beiden Generationen im 19. Jahrhundert zur Assimilation beziehungsweise Akkulturation der deutschen Juden führte.

Friedrichs des Großen Neffe und Nachfolger Friedrich Wilhelm II. schaffte den Leibzoll sowie den fragwürdigen Porzellankaufzwang ab. Die Durchsetzung der

Judenemanzipation erfolgte allerdings erst unter dessen Sohn und Nachfolger, Friedrich Wilhelm III. Viele Gutsbesitzer, die einen aufwendigen Lebensstil pflegten, ohne sich um auskömmliche Einnahmen aus dem Wirtschaftsbetrieb zu kümmern, hatten sich bei jüdischen Geschäftspartnern verschuldet. Das „Edikt vom 11. März 1812 betreffend die bürgerlichen Verhältnisse der Juden in dem Preussischen Staate“ war ein logischer Schritt, ermöglichte es doch Juden den Erwerb von Land.

Viele Juden schlossen sich den Freiwilligenverbänden gegen Napoleon an, doch Preußen tat sich weiterhin schwer mit der vollen Anerkennung seiner jüdischen Staatsbürger. In den 1815 dazugewonnenen Gebieten Preußens galt das Edikt von 1812 nicht, rund sieben Zehntel der preussischen Juden blieben in der rechtlichen Ungleichstellung verhaftet. Vor allem in Posen und Westpreußen, wo um 1830 die Hälfte aller Juden lebte, blieb deren Rechtlosigkeit bestehen, Ghettozwang inklusive.

Bis zur Durchsetzung der vollständigen bürgerlichen Rechte für Juden blieb vor allem die Religionszugehörigkeit ein Hemmnis. Lehrstühle, Offiziers- und Beamtenlaufbahnen blieben Juden noch lange verwehrt, sodass viele Juden konvertierten.

Innerhalb der jüdischen Gemeinschaft gab es angesichts der Akkulturation nach den napoleonischen Kriegen zwei Denkrichtungen. Während Bankiers und Kaufleute sich weitgehend für den Erhalt der Monarchie einsetzten, präferierten viele jüdische Intellektuelle und Konvertiten die Revolution. Sie schlossen sich im Vormärz der burschenschaftlichen Bewegung an oder befeuerten die revolutionäre Kraft der Arbeiterverbände. Viele zogen als Abgeordnete in die Nationalversammlung ein.

Während die Revolutionäre nach Verfassungsrechten und staatlicher Einheit strebten, förderten die Bankiers wie Gerson Bleichröder, der auch die Politik des preussischen Ministerpräsidenten Otto von Bismarck unterstützte, die industrielle Revolution. Bleichröder und Adolph Hansemann waren 1872 die ersten Juden, die in Preußen in den erblichen Adelsstand erhoben wurden.

Erst mit der Begründung des Norddeutschen Bundes und 1871 des Deutschen Reichs war die Gleichberechtigung nahezu vollständig hergestellt. Doch selbst jetzt noch gab es Einschränkungen im Hochschulwesen, Militär und der Verwaltung. *Bernhard Knapstein*

VON WOLFGANG KAUFMANN

Die Schrift, ohne die es auch keine *Preußische Allgemeine* gäbe, zählt zu den wichtigsten Errungenschaften der Menschheit, da sie eine zuvor undenkbar Überlieferung von Wissen und kulturellen Traditionen über Raum und Zeit hinweg erlaubt. Gleichzeitig ist bis heute unklar, welches Volk die ersten Schriftzeichen entwickelte und nutzte.

Zunächst war unumstritten, dass das Primat entweder den alten Ägyptern mit ihren Hieroglyphen oder den Sumerern mit ihrer Keilschrift zukomme, wobei es sich in beiden Fällen um Erfindungen aus dem 4. Jahrtausend v. Chr. handelte. Dann hieß es zum Ende des 20. Jahrhunderts, die Geschichte der Schrift habe mit den von der prähistorischen Vinča-Kultur im Donau-Raum kreierten Symbolen aus der Zeit um 5500 v. Chr. begonnen. Nachfolgend wiederum geriet die protochinesische Schrift in den Fokus. 2003 entdeckte Schildkrötenpanzer aus Gräbern in Jiahu tragen Markierungen, die späteren chinesischen Schriftzeichen ähneln und etwa 6000 v. Chr. entstanden.

Und neuerdings vertritt nun ein britisches Forscherteam um Bennett Bacon sogar die Ansicht, dass bereits die steinzeitlichen Jäger und Sammler vor 20.000 Jahren ein Schriftsystem nutzten. Das schließen die Wissenschaftler aus den Reihen rätselhafter Linien und Punkte, welche sich in etlichen eiszeitlichen Höhlenbildern in weiten Teilen Europas finden und die möglicherweise kalendarische oder für die Jagd relevante Informationen kodieren.

Viel ältere Zeichen entdeckt

Genauso ungewiss wie die Ursprünge der Schrift insgesamt sind die Wurzeln der Alphabetschrift, durch die das Schreiben und Lesen überhaupt erst zum Allgemeingut wurde. Archaische Schriftsysteme wie die Keilschrift oder die Hieroglyphen basierten auf einem Mix aus Piktogrammen, Logogrammen und Determinativen, weswegen sie mehrere hundert oder gar tausend Zeichen benötigten, für deren Verwendung es zudem noch höchst komplizierte Regeln gab. Das machte die ersten Schriften zu einer Geheimwissenschaft für Auserwählte.

Anders hingegen die Alphabetschrift. Dieser genügen maximal 40 Zeichen für die Verschriftung der bedeutungstragenden Laute aller menschlichen Sprache. Daher kann sie von fast jedermann erlernt beziehungsweise benutzt werden. Insofern stellt die Alphabetschrift letztlich eine noch größere Innovation als die frühen Schriftsysteme dar.

Lange Zeit lautete die Lehrmeinung, die erste echte Alphabetschrift sei die der Phönizier aus dem 11. Jahrhundert v. Chr. gewesen. Darüber hinaus wurde eine Ab-



Frühes Zeugnis der Schriftkultur: Archäologe dokumentiert Hieroglyphen am Tempel Medinet Abou in Luxor im Jahre 1931

Bild: picture alliance/SZ Photo|Scherl

KULTURGESCHICHTE

Noch immer ist der Ursprung der Alphabetschrift nicht völlig geklärt

Die phönizischen Buchstaben galten lange als Mutter unserer Schriftzeichen. Doch Forscher ventilieren auch ganz andere Theorien. Erst vor wenigen Monaten trat eine völlig neue ins Licht

leitung aus der Keilschrift oder den Hieroglyphen angenommen. So meinte der geniale französische Sprachwissenschaftler und Hieroglyphen-Entzifferer Jean-François Champollion bereits im Jahre 1840, die Phönizier hätten einzelne Schriftzeichen der Pharaonen adaptiert und für das Festhalten ihrer Konsonanten verwendet. Bei diesem akrophonischen Vorgehen wäre aus dem ägyptischen Piktogramm für Wasser der phönizische Buchstabe „W“ geworden. Später vermuteten andere Forscher eine derartige Anlehnung an die babylonisch-assyrische Keilschrift oder die hieroglyphischen Schriftsysteme der Kreter.

Dann entdeckte der britische Archäologe Flinders Petrie 1904/05 in den alten Kupfer- und Türkis-Minen von Serabit el-Chadim im Südwesten der Sinai-Halbinsel 3900 Jahre alte Inschriften, welche lediglich 32 unterschiedliche Zeichen aufwiesen. Daraus zog Petries Kollege Alan Gardiner den Schluss, dass es sich hier um

Proben eines Schriftsystems handeln muss, aus dem viele Jahrhunderte später die phönizische Schrift entstand. Damit galt nun die sogenannte Protosinaitische Schrift als die älteste Alphabetschrift der Welt – geschaffen von eingewanderten semitischen Bergarbeitern aus dem biblischen Land Kanaan, welche die Hieroglyphen „abspeckten“, um ebenfalls über eine Schrift zu verfügen und kulturell auf Augenhöhe mit den Ägyptern zu stehen. Allerdings geriet auch diese Theorie mittlerweile wieder ins Wanken.

Überraschung im November 2024

Verantwortlich hierfür waren weitere Funde in Ägypten und Syrien. 1999 stieß ein Archäologen-Team unter John Coleman und Deborah Darnell von der Yale University beim Vermessen der alten Karawanenroute zwischen Theben und Abydos im Wadi el-Hol nordwestlich von Luxor auf zwei Inschriften mit 13 verschiedenen Zeichen aus der Zeit um 1900 v. Chr., wel-

che ebenfalls von einer urtümlichen Alphabetschrift zeugen. Bisherigen Entzifferungsversuchen zufolge handelt es sich um Bittgebete in kanaanitische Sprache, womit als Schreiber semitische Händler oder Söldner im Dienste der Pharaonen in Frage kommen.

Noch größer war die Überraschung, welche der Professor für nahöstliche Archäologie an der Johns-Hopkins-Universität in Baltimore, Glenn Schwartz, der Fachwelt Ende 2024 bereitete. Schwartz gräbt seit 16 Jahren in Umm el-Marra östlich des heutigen Aleppo in Nordsyrien. Dort entstand in der frühen Bronzezeit ein Stadtstaat mit bis zu 5000 Einwohnern.

In Gräbern aus der Epoche um 2400 v. Chr. fand der US-Archäologe neben einigen Skeletten von augenscheinlich hochgestellten Persönlichkeiten sowie reichlich Gold- und Silberschmuck kürzlich vier fingerlange gebrannte Tonzylinder mit bislang völlig unbekanntem, aber ganz

offensichtlich alphabetischen Schriftzeichen. Möglicherweise handelt es sich bei diesen Artefakten um Etiketten für Gefäße mit Inhaltsangaben. Auf jeden Fall entstand die Umm-el-Marra-Schrift rund 500 Jahre eher als die Schriftsysteme auf dem Sinai und im Wadi el-Hol.

Somit lautet die entscheidende Frage seit dem Ende des vorigen Jahres nun: Waren semitische Wanderarbeiter, Kaufleute oder Soldaten aus Kanaan die Erfinder des besten Schriftsystems in der Geschichte der Menschheit? Oder kommt diese Ehre eher den Bewohnern eines mittlerweile fast völlig vergessenen kleinen bronzezeitlichen Stadtstaates auf dem Gebiet des heutigen Syriens zu? Ihre Beantwortung besitzt angesichts der heutigen arabisch-israelischen Konfrontation im Nahen Osten eine nicht ganz unwesentliche politische Relevanz, bietet sie doch die Möglichkeit, eine der beiden Konfliktparteien zum kulturellen Vorreiter hochzustilisieren.

ISOLIERTE VÖLKER

Manche zählen nicht einmal hundert Köpfe

Abgeschottete Mini-Ethnien leiden oft unter der Enge ihres Gen-Pools – Allerdings bringt der bisweilen auch Vorteile

In manchen Regionen der Erde leben heute noch völlig isolierte Völker, die jeglichen Kontakt zur Außenwelt verweigern und ihre eigene Sprache verwenden. Das „größte“ davon ist möglicherweise das der Mashco-Piro im Amazonas-Regenwald von Peru mit 750 Angehörigen. Besonders viele solcher Ethnien, nämlich 67, zählt man derzeit in Brasilien.

Manche sind so klein, dass die Personenzahl nur im zweistelligen Bereich liegt. Typische Beispiele hierfür sind die Avá-Canoero, Katawixi, Kayapó-Kararao und Yakarawakta. Dazu kommen weitere Populationen in Bolivien, Ecuador, Guyana, Surinam, Venezuela und Paraguay.

Außerhalb Südamerikas wurden isolierte Völker zudem noch in Nordkanada, Afrika, Malaysia, Vietnam, Australien, Indonesien und auf etlichen kleineren Eilanden rund um die Welt wie den indischen Andamanen nachgewiesen.

Was all diese Menschengruppen eint, ist neben einer speziellen Sprache der deutlich reduzierte Genpool. Ein solcher bildet sich aber nicht bloß im Fall der räumlichen Isolation heraus. Vielmehr erfolgte die Abspaltung mancher Bevölkerungsgruppen auch aus kulturell-religiösen oder praktischen Gründen. Das gilt unter anderem für die Amischen, Mennoniten und Hutterer in den USA,

die jetzt meist in Indien beheimateten Parsen, die aus Tibet eingewanderten Sherpas in den Bergen Nepals, die Mischlinggemeinschaft der Antioqueos in Nordwestkolumbien sowie die Bewohner des britischen Archipels Tristan da Cunha im Südatlantik.

Die räumliche, soziale und genetische Isolation hat viele Nachteile. Dazu gehört vor allem die geringe Immunität gegenüber Krankheitsregenern aus der übrigen Welt, welche in der Vergangenheit nicht selten dazu führte, dass neun von zehn Angehörige isolierter Völker im Zuge des Erstkontakts mit Menschen von außerhalb starben. Außerdem besteht eine

deutlich größere Anfälligkeit für Erbkrankheiten, weil die geringe genetische Vielfalt auch zu weniger Selektionen zur Ausschaltung schädlichen Erbguts führt.

Beispielsweise leiden die Hutterer überdurchschnittlich oft an der Stoffwechselerkrankung Mukoviszidose, während die Frauen der Parsen sehr verbreitet Brustkrebs bekommen. Die Nunavik-Inuit im Norden Kanadas wiederum sterben auffallend häufig an Gehirn-Aneurysmen. Ebenso tritt bei vielen Antioqueos bereits im Alter von 45 bis 50 Jahren eine Alzheimer-Demenz auf. Und unter den derzeit rund 250 Einwohnern von Tristan da Cunha mehren sich die Fälle der erblich

Augenkrankheit Retinitis pigmentosa, einer Netzhautdegeneration.

Dem stehen allerdings auch einige genetisch bedingte Vorteile gegenüber, welche die Nachteile der Isolation zum Teil wieder ausgleichen. Die Männer der Parsen sind beispielsweise besonders langlebig, wohingegen sich die Sherpas durch ihre extrem gute Anpassung an große Höhen auszeichnen. So stieg Kami Rita Sherpa schon unglaubliche 30 Mal auf den Gipfel des Mount Everest. Dahingegen besitzen die Nunavik-Inuit die genetisch bedingte Fähigkeit, Fette und Proteine besser zu verstoffwechseln als jede andere Menschengruppe weltweit. W.K.



NÖRDLICHES OSTPREUSSEN

Streit um das Weltkulturerbe Kurische Nehrung

Umstrittene Bauvorhaben – Die russische und die litauische Seite überziehen sich gegenseitig mit Vorwürfen

VON CARSTEN KALLWEIT

Im Jahr 2000 wurde die Kurische Nehrung aufgrund ihrer einmaligen Naturlandschaft und ihres kulturellen Wertes in die Liste des UNESCO-Weltkulturerbes aufgenommen. Alle sechs Jahre berichten die litauische und die russische Nationalparkdirektion der Organisation der Vereinten Nationen für Bildung, Wissenschaft und Kultur über den Zustand des Schutzgebietes.

Aufgrund des geplanten Baus eines Hafens samt einer Hotelanlage in Rossitten könnten der russische und der litauische Nationalpark auf der Kurischen Nehrung von der UNESCO-Liste gestrichen werden. Dies befürchtet Lina Dikšaitė, die Leiterin der Direktion des litauischen Nationalparks auf der Kurischen Nehrung. Von den 98 Kilometern der Kurischen Nehrung gehören 52 zu Litauen.

„Das UNESCO-Komitee für Weltkulturerbe hat von russischen Nichtregierungsorganisationen Informationen erhalten, die gewisse Bedenken aufwerfen. Denn egal, von welcher Seite der Nehrung ein schwerer Verstoß gegen die Regeln erfolgt, wird die gesamte Kurische Nehrung von der Weltkulturerbe-Liste gestrichen“, meinte Dikšaitė. Ihrer Ansicht nach könnte der Weltkulturerbestatus aufgrund von geplanten Hochhäusern am Ufer des Kurischen Haffs in Rossitten aberkannt werden. Durch ein diplomatisches Abkommen zwischen den Ländern könne auf die Situation Einfluss genommen werden.

Petition gegen den Neubau

Inzwischen wurde eine Petition für eine epidemiologische Überprüfung des Tourismus-Projekts in Rossitten auf der Kurischen Nehrung von mehr als 9000 Menschen unterzeichnet. Der offene Brief wurde im Juli 2024 auf einer Internet-Plattform veröffentlicht.



Anstoß für Streitigkeiten zwischen der litauischen und der russischen Seite der Kurischen Nehrung: In Rossitten (o.) gibt es eine Projektplanung (u.r.) für den Bau einer Hafenanlage mit zahlreichen Neubauten

Der Urheber der Initiative, der Königsberger Biologe Jewgenij Woltschew, schrieb einen Appell an den russischen Ministerpräsidenten Michail Mischustin. Ohne entsprechende Kontrolle und Forschung könne sich das Naturschutz- und Erholungsgebiet laut dem Wissenschaftler zu einer Brutstätte diverser Infektionskrankheiten entwickeln.

„Jede bauliche oder wirtschaftliche Tätigkeit, die die Zugrouten der Vögel auf der Kurischen Nehrung und ihrer epidemiologischen Struktur beeinflussen kann, wird zur Entstehung einer epidemiologischen Notsituation von nationaler Bedeutung führen und das Leben und die Gesundheit von Millionen Menschen bedrohen“, erklärte der Biologe.

Nach Ansicht Woltschews sollten folgende Punkte untersucht werden: Arten und Anzahl der Vögel, die über die Kurische Nehrung ziehen, auch die Routen jeder Vogelart. Darüber hinaus sei es notwendig, das Blut der Vögel mindestens sieben Jahre lang auf Antikörper gegen humanpathogene Krankheitserreger zu untersuchen.

Heftige Kritik von russischer Seite

Der Direktor des russischen Nationalparks, Anatolij Kalina, äußerte die Meinung, dass Litauen den Bau der Hotelanlage in Rossitten voreilig kritisiere: „Die Erstellung der Planungsdokumentation ist noch nicht abgeschlossen, und es wurden noch keine endgültigen Entscheidungen getroffen. Die Umweltverträglich-

keitsprüfungen werden fortgesetzt.“ Kalina ist dabei überzeugt, dass die Infrastrukturentwicklung auf der litauischen Seite der Nehrung tatsächlich Anlass zur Sorge gibt.

Der in den 1990er Jahren geschlossene Flugplatz von Nidden [Nida] wurde nach dem Umbau im Jahr 2020 wiedereröffnet. Laut Kalina verscheuchen die Litauer beim Betrieb des Flugplatzes Vögel, außerdem verursachten ihre Flugzeuge Lärm und verschmutzten Luft, Wasser und Land. All dies stelle sowohl für die heimische Vogelwelt als auch für Zugvögel eine Gefahr dar. Die Kurische Nehrung sei ein Gebiet mit einer Massenkonzentration von Zugvögeln, und die aktive Nutzung des Flugplatzes könne zu deren Massensterben führen.

Darüber hinaus sei der Hafen von Memel [Klaipėda] wiederholt eine Quelle von Umweltverschmutzungen gewesen: Auf litauischer Seite wurden etliche Einleitungen ungeklärter Abwässer sowie gelegentliche Wasserverschmutzung mit Schadstoffen und Ölprodukten registriert. Hier werden schädliche chemische Verbindungen, Nitrite und Phosphate, in höheren Konzentrationen freigesetzt als im gesamten Kurischen Haff. Somit führt die Erweiterung der Hafenkapazität nach seinem Umbau zu einer Erhöhung bestehender Risiken sowie zur Entstehung neuer Gefahren.

Die nahegelegene Gasregulation sei ebenfalls gefährlich: Zu den potentiellen Risiken zählen Wasser- und Luftverschmutzung durch die Freisetzung von Schwefelwasserstoffverbindungen, die sich in der Umwelt in Verbindung mit Feuchtigkeit in Säuren verwandeln und lebende Organismen schwer schädigen sowie Böden und Gewässer verschmutzen. Der Betrieb der Gasregulation erfordert eine kontinuierliche Umweltüberwachung, um die mit der Speicherung von Erdgas verbundenen Risiken zu reduzieren, insbesondere in einem so sensiblen Ökosystem wie dem Kurischen Haff.

Ein Unfall in einer Gasregulation könne zu einer Umweltkatastrophe internationalen Ausmaßes führen und irreparable Schäden an der Umwelt verursachen. Der Nationalpark Kurische Nehrung hat das russische Ministerium für Naturressourcen, das mit der UNESCO in Kontakt steht, über diese Tatsachen informiert.

Kalina betonte auch, dass die Zusammenarbeit zwischen den beiden Nationalparks auf Initiative der litauischen Seite am 1. März 2022 einseitig beendet wurde.



Bilder: A. Savin/Screenshot Klops.ru

KÖNIGSBERG

Neue Luxus-BMW aus dem Avtotor-Werk

Die Modelle X5 und X6 werden aus Teilen von 2022 zusammengebaut – Produktpiraterie günstiger als Originale aus Parallelimport

Erstmals seit drei Jahren wird in dem 1999 eröffneten und 2022 geschlossenen Avtotor-Werk in Königsberg eine Charge neuer BMWs montiert. Laut Kirill Tschernow, Autoexperte und Autor des Avtorevizorro-Blogs, hat das Werk eine Charge von BMW-Fahrzeugen aus 2022er Bausätzen zusammengebaut. Laut Avtorevizorro, der sich auf Informationen von Händlern beruft, wurden aus Resten von vorhandenen originalen Teilen 117 neue Autos der Marken X5 und X6 hergestellt.

Laut Telegram-Kanal Baza sind diese Modelle juristisch keine Autos, sondern ein zusammengesetzter Satz von Autoteilen. Diese waren nach dem Abzug von BMW in den Lagern verblieben. Komponenten wie Motor und Karosserie sind mit dem Jahr 2022 datiert, während die russischen Papiere besagen, dass es sich bei diesen Autos um Modelle des Jahres 2025 handelt. Alle Fahrzeuge werden mit Karosserien aus der Zeit vor der Umstrukturierung präsentiert. Die Montage der Fahrzeuge erfolgte ohne die Zustimmung und Beteiligung von BMW-Deutschland.

Demnach wird der BMW X5 mit dem M-Paket erhältlich sein. Darin sind alle technischen Feinheiten und Luxusausführungen enthalten, die auch die in Deutschland hergestellten Modelle haben. Kürzlich kündigte ein Unternehmen den Verkauf von „neuen“ X5- und X6-Modellen an, die im Avtotor-Werk in Königsberg zusammengebaut werden. BMW-Fans haben die Nachricht bejubelt – vor allem wegen des Preises, der deutlich unter dem russischen Marktpreis liegt. Was die technischen Merkmale betrifft, so steckt unter der Motorhaube dieser „Bayern“ ein Dreiliter-Dieselmotor mit einer Leistung von 286 PS, gepaart mit einem Achtgang-Automatikgetriebe. Avtotor hat die Abstimmung und den Betrieb der Motoren erfolgreich gemeistert, möglicherweise mithilfe von ehemaligen offiziellen BMW-Händlern in St. Petersburg.

Die BMW Group Deutschland hat sich von den inzwischen veralteten Modellen X5, X6 und X7 distanziert, die bei Avtotor montiert werden. Die deutsche BMW Group hat erklärt, dass sie nicht für die

Autos verantwortlich sei, die bei Avtotor nach dem Ausscheiden des Unternehmens aus der Russischen Föderation montiert werden. „BMW-Fahrzeuge, die in dem Werk montiert werden, das nicht

Teil des einheitlichen Produktionsnetzes unseres Konzerns ist, können die strengen Qualitäts- und Sicherheitsstandards der BMW Group nicht erfüllen. Der Betrieb solcher Autos kann potentielle Risi-

ken für das Leben und die Gesundheit ihrer Fahrer, Passagiere und andere Verkehrsteilnehmer schaffen“, warnte der deutsche Hersteller. Das bedeutet, dass es für die zukünftigen Besitzer keine Firmware-Updates geben wird und keine Ferndiagnosen zur Verfügung stehen werden.

All dies lässt sich jedoch in den Servicestationen, etwa in St. Petersburg, leicht beheben. Das Hauptproblem ist die Wartung der Fahrzeuge im Ausland, was zu Schwierigkeiten mit der Versicherung führen kann. Der Preis der neuen Piraterie-Modelle liegt umgerechnet bei um die 150.000 Euro. Damit liegen sie zwar über den deutschen Preisen, aber wesentlich unter denen, die über Parallelimporte nach Russland eingeführten offiziellen BMW-Modelle.

Es wundert, dass im Werk Königsberg Bauteile aus dem Jahr 2022 herumlagen. War es doch seit vielen Jahren üblich, dass Fahrzeuge „Just in Time“ gebaut werden, also Teile geliefert werden, wenn sie benötigt werden. *Bodo Bost*



Montage von BMW trotz Sanktionen: Avtotor-Werk im Königsberger Gebiet

Wir gratulieren...



Spiess, Georg E., aus Lyck, Lycker Garten 13, am 10. April

ZUM 95. GEBURTSTAG

Barske, Käthe, geb. **Sand**, aus Treuburg, am 10. April

Fries, Hedwig, geb. **Solinski**, aus Kleinkosel, Kreis Neidenburg, am 7. April

Gassewitz, Martin, aus Lyck, Freystraße 10, am 10. April

Junghans, Brigitte, geb. **Pietrzyk**, aus Kölmersdorf, Kreis Lyck, am 4. April

Kaesler, Edith, geb. **Ragnitz**, aus Zeysen, Kreis Lyck, am 5. April

Oppermann, Hans Georg, aus Grünweide, Kreis Ebenrode, am 6. April

Pawelzick, Herbert, aus Grabnick, Kreis Lyck, am 10. April

Wieck, Annemarie, geb. **Brenneisen**, aus Fuchshagen, Kreis Ebenrode, am 10. April

ZUM 94. GEBURTSTAG

Maschlinski, Otto, aus Bobern, Kreis Lyck, am 5. April

Mirkens, Charlotte, geb. **Pohl**, aus Mohrunen, am 8. April

Reiß, Frieda, geb. **Rogowski**, aus Finsterwalde, Kreis Lyck, am 8. April

Ullmann, Christel, geb. **Jaschewski**, aus Treuburg, am 6. April

Urbczat, Hildegard, geb. **Lasarek**, aus Bartendorf, Kreis Lyck, am 5. April

ZUM 93. GEBURTSTAG

Brodoch, Else, geb. **Wilamowski**, aus Nußberg, Kreis Lyck, am 9. April

Danowski, Kurt, aus Langheide, Kreis Lyck, am 8. April

Dost, Paul, aus Jäskendorf, Kreis Mohrunen, am 10. April

Flügel, Waltraut, geb. **Wisch**, aus Metgethen, Kreis Fischhausen, am 9. April

Sach, Heinz, aus Dorntal, Kreis Lyck, am 6. April

Walendy, Werner, aus Schwentainen, Kreis Treuburg, am 5. April

ZUM 92. GEBURTSTAG

Baier, Traute, geb. **Bemba**, aus Fließdorf, Kreis Lyck, am 7. April

Hinweis

Alle auf den Seiten „Glückwünsche“ und „Heimat“ abgedruckten Glückwünsche, Berichte und Ankündigungen werden auch ins Internet gestellt. Der Veröffentlichung können Sie jederzeit widersprechen. Landsmannschaft Ostpreußen e.V., Buchtstraße 4, 22087 Hamburg, E-Mail: info@ostpreussen.de www.ostpreussen.de

Bakalorz, Hanna, geb. **Tomzyk**, aus Rotbach, Kreis Lyck, am 6. April

Brüggemann, Toni, geb. **Rohmann**, aus Bunhausen, Kreis Lyck, am 5. April

Ceranski, Günther, aus Fürstenwalde, Kreis Ortelsburg, und aus Großwalde, Kreis Neidenburg, am 9. April

Fromme, Doris, geb. **Polztal**, aus Seefeld, Kreis Fischhausen, am 8. April

Gambal, Leonhard, aus Legenquell, Kreis Treuburg, am 9. April

Jera, Manfred, aus Treuburg, am 5. April

Kruska, Herbert, aus Groß Schiemanen, Kreis Ortelsburg, am 5. April

Kühnemann, Ursula, geb. **Belusa**, aus Heinrichstal, Kreis Treuburg, am 9. April

Prägl, Emil, aus Koltene, Kreis Mohrunen, am 10. April

Waschull, Siegfried, aus Rosenheide, Kreis Lyck, am 5. April

Wittkowski, Siegfried, aus Neidenburg, am 6. April

Wittkowski, Siegfried, aus Neidenburg, am 6. April

ZUM 91. GEBURTSTAG

Bahnsen, Lucie, geb. **Neubauer**, aus Königshöhe, Kreis Lötzen, am 8. April

Bernert, Irmgard, geb. **Traeger**, aus Soldau, Kreis Neidenburg, am 7. April

Biallas, Helmut, aus Seebrücken, Kreis Lyck, am 6. April

Dreger, Dr. Gerhard, aus Lötzen, am 8. April

Faltin, Inge, geb. **Lüchow**, Kreisgemeinschaft Lyck, am 4. April

Gliemann, Heinz-Joachim, aus Walden, Kreis Lyck, am 9. April

Gruzzynski, Irene, geb. **Kempfert**, aus Eydtkau, Kreis Ebenrode, am 10. April

Helbing, Walter, aus Groß Gottwalde, Kreis Mohrunen, am 8. April

Koloska, Werner, aus Friedrichsheide, Kreis Treuburg, am 8. April

Lech, Irmgard, geb. **Hoffmann**, aus Eichhagen, Kreis Ebenrode, am 10. April

Maier, Edeltraud, geb. **Lask**, aus Kölmersdorf, Kreis Lyck, am 6. April

Penski, Lothar, aus Klein Wronnen, Kreis Lötzen, am 7. April

Pesarra, Ernst, aus Heidig, Kreis Johannisburg, am 7. April

Schmidt, Erwin, aus Kinderfelde, Kreis Ebenrode, am 7. April

Steiner, Günter, aus Guhsen, Kreis Treuburg, am 8. April

Steiner, Günter, aus Guhsen, Kreis Treuburg, am 8. April

ZUM 90. GEBURTSTAG

Ariceus, Ruth, aus Usdau, Kreis Neidenburg, am 5. April

Circel, Helga, geb. **Sontopski**, aus Breitenfelde, Kreis Neidenburg, am 9. April

Fleischhauer, Paul, aus Gerswalde, Kreis Mohrunen, am 8. April

Kerstan, Karl-Heinz, aus Kornau, Kreis Ortelsburg, am 7. April

Kohls, Herta, geb. **Schneider**, aus Sargensee, Kreis Treuburg, am 7. April

Kühn, Brigitte, geb. **Huhmann**, aus Treuburg, am 6. April

Kujawa, Eliza, geb. **Fuss-Pawlowski**, aus Saalfeld, Kreis Mohrunen, am 8. April

Maxin, Ernst, aus Hardichhausen, Kreis Neidenburg, am 9. April

Rüther, Evelin, geb. **Hasse**, aus Neidenburg, am 6. April

Schwittay, Alfred, aus Grammen, Kreis Ortelsburg, am 5. April

Stephan, Ruth, geb. **Olschewski**, aus Gollen, Kreis Lyck, am 7. April

Stoll, Ruth, geb. **Parczanny**, aus Fließdorf, Kreis Lyck, am 7. April

Thamm, Hilde, geb. **Radke**, aus Amalienhof, Kreis Ebenrode, am 8. April

Thamm, Hilde, geb. **Radke**, aus Amalienhof, Kreis Ebenrode, am 8. April

ZUM 85. GEBURTSTAG

Beyer, Heinz-Werner, aus Rhein, Kreis Lötzen, am 10. April

Boiar, Sigrid, geb. **Kiparski**, aus Flammberg, Kreis Ortelsburg, am 8. April

Bose, Karla, geb. **Opalka**, aus Narythen, Kreis Ortelsburg, am 9. April

Herrmann, Ursula, geb. **Schwarz**, aus Königsberg, am 3. April

Herrmann, Ursula, geb. **Schwarz**, aus Königsberg, am 3. April

Ostpreußisches Landesmuseum

Künstlerische Osterferientage zu den Themen „Form und Farbe“, Mittwoch, 9. April, mit Joanna Margner, sowie „Freies Experimentieren“, Mittwoch, 16. April mit Katja Eichhorn, für Kinder von 8 bis 12 Jahren, jeweils von 14 bis 17 Uhr, Kosten 8,- Euro inklusive Material, mit HanseCard 50 Prozent Ermäßigung. Die Teilnehmerzahl ist begrenzt und eine Anmeldung unter Telefon (04131) 759950 oder per E-Mail bildung@ol-ig.de erforderlich.

Die bildende Kunst hat viele Facetten und es gibt viele unterschiedliche Ausdrucksformen bei Künstlerinnen und Künstlern. In der Dauerausstellung und in der Sonderausstellung „Depicting the Future. Variations – Neue Kunst aus Estland“ sowie in der Kabinettausstellung „Auferstanden aus Ruinen. Walter Mamat (1912-1976). Von Memel nach Wittenberg“ bekommen die Kinder vielfältige Eindrücke von historischen und ganz aktuellen künstlerischen Positionen.

Am 9. April werden vor allem Fragen nach der Farbe und der Form thematisiert: Was macht die Farbe mit den Formen? Was ist eigentlich abstraktes Malen und wie geht das? Im praktischen Teil können die Kinder ihrer Kreativität freien Lauf lassen und mit verschiedenen Maltechniken experimentieren. Am 16. April soll die Freiheit der Kunst im Vordergrund stehen. Wie wurde früher gearbeitet und wie heute, mit welchen Techniken? Und welche Gattungen gibt es überhaupt in der Kunst? In der Praxis können sich die Kinder in der Zeichnung, der Malerei, der Bildhauerei, der Textilkunst, der Druckkunst, der Konzeptkunst und in allen anderen Formen ausdrücken, die sie möchten. Dabei ist es möglich, Vorlagen bereits gesehener Kunst zu nutzen oder aber auch ganz frei neue Werke zu schaffen.

Ostpreußisches Landesmuseum mit Deutschbaltischer Abteilung, Heiligengeiststraße 38, 21335 Lüneburg, www.ostpreussisches-landesmuseum.de



Bunter Schmuck: Auswahl an Jostenbändern

Foto: OL

Müller, Hannelore, geb. **Brodde**, aus Wokellen, Kreis Preußisch Eylau, am 4. April

Napierski, Wolfgang, aus Kallenau, Kreis Ortelsburg, am 7. April

Oldevend, Helga, geb. **Paulini**, aus Soffen, Kreis Lyck, am 10. April

Raff, Lothar, aus Wissowatten, Kreis Lötzen, am 9. April

Scherwat, Helga, aus Heydemühle, Kreis Neidenburg, am 9. April

Seidlitz, Joachim, aus Schwentainen, Kreis Treuburg, am 9. April

Strzalla, Walter, aus Andreken, Kreis Lyck, am 4. April

Symanowski, Ute, geb. **Borrek**, aus Nußdorf, Kreis Treuburg, am 7. April

Symanowski, Ute, geb. **Borrek**, aus Nußdorf, Kreis Treuburg, am 7. April

Türmer, Renate, geb. **Frese**, aus Großschmieden, Kreis Lyck, am 5. April

ZUM 80. GEBURTSTAG

Fahrn, Eckhard, aus Gortzen, Kreis Lyck, am 7. April

Losch, Gerhard, aus Wilhelmsthal, Kreis Ortelsburg, am 7. April

ZUM 75. GEBURTSTAG

Monka, Wilfred, aus Hartigswald, Kreis Neidenburg, am 5. April

Peters, Hans-Jürgen, aus Teichwalde, Kreis Treuburg, am 7. April

Zusendungen für die Ausgabe 16/2025

Bitte senden Sie Ihre Texte und Bilder für die Heimat-Seiten der Ausgabe 16/2025 (Erstverkaufstag 18. April) **bis spätestens Dienstag, den 8. April**, an die Redaktion der PAZ: E-Mail: rinser@paz.de, Fax: (040) 41400850 oder postalisch: Preußische Allgemeine Zeitung, Buchtstraße 4, 22087 Hamburg

Glückwünsche an:

Ulrike Grodeck
Telefon (040) 4140080
E-Mail: grodeck@paz.de

Werden Sie persönliches Mitglied der Landsmannschaft Ostpreußen

Ostpreußen benötigt eine **starke Gemeinschaft**, jetzt und auch in Zukunft.

Die persönlichen Mitglieder kommen wenigstens alle drei Jahre zur **Wahl eines Delegierten** zur Ostpreußischen Landesvertretung (OLV), der Mitgliederversammlung der Landsmannschaft Ostpreußen, zusammen. Jedes Mitglied hat das Recht, die **Einrichtungen** der Landsmannschaft und ihre

Unterstützung in Anspruch zu nehmen. Sie werden regelmäßig über die Aktivitäten der Landsmannschaft Ostpreußen e.V. **informiert** und erhalten **Einladungen** zu Veranstaltungen und Seminaren der LO. Ihre Betreuung erfolgt direkt durch die Bundesgeschäftsstelle in Hamburg.

Der Jahresbeitrag beträgt zurzeit 60,- Euro. Den Aufnahmeantrag können Sie bequem auf

der Internetseite der Landsmannschaft – www.ostpreussen.de – heruntergeladen. Bitte schicken Sie diesen per Post an:

Landsmannschaft Ostpreußen
Herrn Bundesgeschäftsführer
Dr. Sebastian Husen
Buchtstraße 4
22087 Hamburg

Auskünfte erhalten Sie unter Telefon (040) 41400826, E-Mail: info@ostpreussen.de

Termine der Landsmannschaft Ostpreußen e.V. 2025

25. bis 27. April: Kulturseminar Helmstedt

26. bis 27. April: Arbeitstagung Deutsche Vereine (geschlossener Teilnehmerkreis) in Sensburg

21. Juni: Ostpreußisches Sommerfest in Wuttrien

19. bis 21. September: Geschichtsseminar in Helmstedt

4. bis 5. Oktober: 15. Kommunalpolitischer Kongress (geschlossener Teilnehmerkreis) in Allenstein

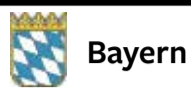
6. bis 12. Oktober: Werkwoche in Helmstedt

7. November: Arbeitstagung der Landesgruppenvorsitzenden (geschlossener Teilnehmerkreis) in Wuppertal

8. bis 9. November: Ostpreußische Landesvertretung (geschlossener Teilnehmerkreis) in Wuppertal

Auskünfte erhalten Sie bei der Bundesgeschäftsstelle der Landsmannschaft Ostpreußen, Buchtstraße 4, 22087 Hamburg, Telefon (040) 41400826, E-Mail: info@ostpreussen.de Internet: www.ostpreussen.de/lo

Aus den Landesgruppen der Landsmannschaft Ostpreußen e.V.



Bayern

Vorsitzender: Christoph Stabe, Ringstraße 51a, App. 315, 85540 Haar, Tel.: (089)23147021 stabe@low-bayern.de, www.low-bayern.de

Westpreußen

Hof – Sonnabend, 12. April, 15 Uhr, Jahnheim, Jahnstraße 5: Treffen der Landsmannschaft der Ost- und Westpreußen, Kreisgruppe Hof zum Thema „Westpreußen“.



Fachforum „Flucht und Vertreibung“

München – Am 26. März waren auf Einladung der Beauftragten der Bayerischen Staatsregierung für Aussiedler und Vertriebene, Dr. Petra Loibl, MdL, über 100 Teilnehmer beim Fachforum „Flucht und Vertreibung“ im Prinz-Carl-Palais in München zu Gast. Für diese zentrale Veranstaltung im Rahmen des Gedenkjahres zu 80 Jahren Flucht und Vertreibung der Deutschen aus dem östlichen Europa hatte Loibl neben namhaften Referenten aus den im Freistaat ansässigen wissenschaftlichen Einrichtungen, die sich vertieft mit der Thematik auseinandersetzen, auch eine Zeitzeugin und Vertreter aus Regierung, Opposition und Verwaltung gewinnen können. In ihren Beiträgen beleuchteten diese die Thematik nicht nur aus spezifischen Perspektiven, sondern gewährten auch einen Blick darauf, wie sich die Sicht auf das Schicksal der deutschen Vertriebenen und ihre Eingliederung in Bayern über Jahrzehnte gewandelt hat.

Auf die Eröffnung des Symposiums durch die Beauftragte folgte das Grußwort des Schirmherrn der Veranstaltung, des Staatsministers für Europa und Internationales,

Eric Beißwenger, MdL, der in seinen Ausführungen die Thematik umriss. In seinen Worten wurde auch deutlich, dass Vertriebenenpolitik heute mehr denn je Europapolitik ist, und die Auseinandersetzung mit den damaligen Ereignissen gar nicht mehr zu trennen ist vom Gedanken einer nachhaltigen Verständigung im Herzen unseres Kontinents. Dieser Einführung folgten die Fachbeiträge und zwei Podiumsgespräche, die nach dem Willen der Beauftragten gerade auch Aspekte beleuchten sollten, die sonst eher seltener im Mittelpunkt der Betrachtung stehen.

Den Anfang machte Dr. Florian Kühner-Wielach vom Institut für deutsche Kultur und Geschichte Südosteuropas in München mit einer „Einführung in das Thema Flucht und Vertreibung“, ehe mit Ria Schneider eine Zeitzeugin der damaligen Ereignisse zu Wort kam. In bewegenden Worten schilderte die gebürtige Donauschwäbin aus der Perspektive einer Betroffenen ihre Erlebnisse bei der Flucht aus ihrer Heimat – zweifellos ein emotionaler Höhepunkt des Fachforums, mit dem auch der auf das Gespräch folgende Tagesordnungspunkt bereits eingeleitet war.

Denn thematisch passend sprach Prof. Dr. Andreas Otto We-

ber vom Haus des Deutschen Ostens in München anschließend über „Kinder als Opfer von Flucht und Vertreibung“, bevor er das Wort an Prof. Dr. Katrin Boeckh vom Leibniz-Institut für Ost- und Südosteuropaforschung Regensburg (IOS) übergab, die über „Unbewusstes Schicksal – Transgenerationale Folgen der Vertreibung“ referierte. Abgeschlossen wurde das Vormittagsprogramm durch den Beitrag „Tabu in Bildern – Flucht und Vertreibung in tschechischer Literatur und Film“, in dem Prof. Dr. Jana Osterkamp vom Bukowina-Institut Augsburg ihre Zuhörer auf eine faszinierende kulturgeschichtliche Reise mitnahm.

Nach der Mittagspause ging es dann darum, wie Politik und Verwaltung in Bayern in den vergangenen achtzig Jahren mit Flucht und Vertreibung umgegangen sind und welche Entwicklungsstränge und Veränderungen dabei sichtbar werden. Während die vertriebenenpolitischen Sprecher der CSU- und der SPD-Fraktion, Josef Zellmeier, MdL, und Volkmar Halbleib, MdL die beiden Fraktionen repräsentierten, die dem Landtag als einzige ununterbrochen angehört haben, sprach Paul Hansel als langjähriger Ministerialdirigent in Staatskanzlei und Sozialministeri-

um – und heutiger Vorsitzender des Kulturwerks Schlesien – aus Sicht der Staatsverwaltung.

Im letzten Vortrag des Fachforums „Flucht und Vertreibung“ skizzierte Dr. Martin Zückert vom Collegium Carolinum in München „Die Erinnerung an die Vertreibung bei unseren östlichen Nachbarn“, ehe die Beauftragte in ihrem Schlusswort die Ereignisse und Ergebnisse des Tages kurz resümierte. Dabei wird das Symposium im Gedenkjahr nicht das letzte Großereignis in Bayern gewesen sein. Bereits am 17. Mai öffnet in Schloss Ellingen eine Ausstellung zur Rolle der Trakehnerpferde bei der Flucht, die Loibl als Schirmherrin eröffnen und begleiten wird.



Bremen

Vorsitzender: Heinrich Lohmann, **Geschäftsstelle:** Parkstraße 4, 28209 Bremen, E-Mail: heinrichlohmann@gmx.de, Telefon (0421) 3469718

Jahreshauptversammlung

Bremen – Am 25. März trafen sich 23 Mitglieder unserer Gruppe im Grollander Krug zur Jahreshaupt-

versammlung. Zu Beginn wurde der seit der letzten Jahreshauptversammlung verstorbenen acht Mitglieder gedacht. Dazu gehörten auch Ruth Sadowski und Erika von Volckamer, die sich über viele Jahre ehrenamtlich um die Gruppe verdient gemacht hatten. Nach einer Gedenkminute folgte die Ehrung langjähriger Mitglieder. Von den vier dazu Eingeladenen (20-jährige Mitgliedschaft: Elsbeth Press, Wilhelm Norra, 30-jährige Mitgliedschaft: Katharina Hummel und 40-jährige Mitgliedschaft: Heinz Troegel) war es allerdings nur Elsbeth Press möglich, persönlich zu erscheinen.

Nach den Berichten des Vorsitzenden Heinrich Lohmann, der Leiterin der Frauengruppe Barbara Richter, der Heimatkreisvertreterin für Elbing Ingeborg Rebischeke und dem Bericht des Kassenverwalters Peter Scharlau empfahlen die Kassenprüfer die Entlastung des Vorstandes, die nach einer lebhaften Diskussion mit großer Stimmenmehrheit beschlossen wurde.

Wahlen brauchten in diesem Jahr nicht zu erfolgen. H. L.



Hamburg

Erster Vorsitzender: Hartmut Klingbeutel, **Geschäftsstelle:** Haus der Heimat, Teilfeld 8, 20459 Hamburg, Telefon (0178) 3272152

Osterbegegnung

Hamburg – Freitag, 4. April, 12 Uhr, Haus der Heimat, Teilfeld 8: Osterbegegnung des Landesverbandes der vertriebenen Deutschen in Hamburg. Landsleute der Landsmannschaft der Deutschen aus Russland, der Oberschlesier, Ost- und Westpreußen, Pommern und des Verbandes der Siebenbürger Sachsen als auch Freunde und Gäste sind herzlich willkommen.



Hessen

Vorsitzender: Gerd-Helmut Schäfer, Rosenweg 28, 61381 Friedrichsdorf, Telefon (0170) 3086700, E-Mail: gerd-helmut.schaefer@t-online.de

Schlesische Landschaften

Kassel – Donnerstag, 3. April, 15 Uhr, Landhaus Meister, Fulda-talstraße 140: „Schlesische Landschaften – insbesondere das Riesengebirge“, Vortrag von Bernd Nörenberg, Alfeld.

„Geburt nicht nachgewiesen“

Wiesbaden – Sonnabend, 12. April 15 Uhr, Haus der Heimat, Wappensaal, Friedrichstraße 35: „Geburt nicht nachgewiesen“. Mitglied Dr. phil. Annelore Werthmann liest aus ihrer Autobiographie. Werthmann lässt aus den Erinnerungen eines Kleinkindes die Welt des ländlichen Nordostpreußens zu Beginn des Zweiten Weltkriegs entstehen. Des Weiteren schildert sie die Erlebnisse der Flucht aus ihrem Geburtsort Georgental bei Insterburg. Weil die Autorin bei ihrer Heirat in 1963 keine Geburtsurkunde vorweisen konnte – die erforderlichen Dokumente gingen auf dem Fluchtweg verloren – hielt der korrekte Standesbeamte schriftlich fest: „Geburt nicht nachgewiesen“.

Gemeinsames Mittagessen

Wiesbaden – Donnerstag, 17. April, 12 Uhr, Gaststätte Haus Waldlust, Ostpreußenstraße 46: Essen à la carte. Wegen der Platzdisposition bitte anmelden bis spätestens 11. April bei Helga Kukwa, Telefon (0611) 373521, oder Ilse Klausen, Telefon (06122) 14808, ESWE-Busverbindung: Linie 16, Haltestelle Ostpreußenstraße.

Fortsetzung auf Seite 16



Über 100 Teilnehmer beim Fachforum im Münchener Prinz-Carl-Palais: Treffen in Bayern zu 80 Jahre nach Flucht und Vertreibung
Bild: GAV / Nötel

ANZEIGE

Preußische Allgemeine

Zeitung für Deutschland · Das Ostpreußenblatt

Ja, ich abonniere mindestens für 1 Jahr die PAZ zum Preis von z. Zt. 216 Euro (inkl. Versand im Inland) und erhalte als Prämie das ostpreußische Schlemmerpaket.

Name: _____
Vorname: _____
Straße/Nr.: _____
PLZ/Ort: _____
Telefon: _____

Die Prämie wird nach Zahlungseingang versandt. Voraussetzung für die Prämie ist, dass im Haushalt des Neu-Abonnenten die PAZ im vergangenen halben Jahr nicht bezogen wurde.

Die Prämie gilt auch für Geschenkabonnements; näheres dazu auf Anfrage oder unter www.paz.de

Lastschrift Rechnung

IBAN: _____
Bank: _____
Datum, Unterschrift: _____

Bitte einsenden an:
Preußische Allgemeine Zeitung
Buchtstraße 4 – 22087 Hamburg

AZ-03-R



Abonnieren Sie die PAZ und sichern Sie sich Ihre Prämie

Unser
ostpreußisches
Schlemmerpaket



Lassen Sie sich in die guten alten Zeiten entführen und genießen Sie unser speziell für Sie angefertigtes Präsent. Verwöhnen Sie Ihre Familie und Freunde mit den traditionsreichen ostpreußischen Speisen aus unserem hochwertigen Kochbuch und bieten Sie Ihnen dazu den typisch ostpreußischen Honiglikör Bärenjäger an. Natürlich fehlt in diesem Schlemmerpaket auch das Königsberger Marzipan nicht.

Gleich unter 040-41 40 08 42 oder per Fax 040-41 40 08 51 anfordern!

Zeitung für Deutschland
www.paz.de

Landesgruppen

Fortsetzung von Seite 15

Mecklenburg-Vorpommern

Vorsitzender: Manfred F. Schukat, Hirtenstraße 7a, 17389 Anklam, Tel.: (03971) 245688

Landestreffen

Anklam – Sonnabend, 10. Mai, 10 bis 17 Uhr, Volkshaus Anklam, Baustraße 48-49: Landestreffen in Mecklenburg-Vorpommern mit großem Wiedersehen aller Ostpreußen 2025.

Die Ostpreußen aus ganz Mecklenburg-Vorpommern und darüber hinaus treffen sich im Volkshaus Anklam in der Stadtmitte. Dort werden 750 Besucher erwartet. Angehörige und Interessenten von nah und fern sind ebenfalls herzlich eingeladen. Alle 40 ostpreußischen Heimatkreise sind wie immer an Extra-Tischen ausgeschildert, denn im Mittelpunkt steht das große Wiedersehen, Suchen, Finden und Gefundenwerden. Eigene Tische gibt es auch für Westpreußen, Pommern, Schlesien und das Sudetenland.

Die Themen sind Flucht und Vertreibung aus der Heimat und das Kriegsende vor 80 Jahren. Für die Besucher ist ein reiches Infor-

Die PAZ zum Probelesen Vier Wochen gratis Telefon (040) 41400842

mations- und Kulturprogramm vorbereitet mit vier Chören aus der Heimat und der Mecklenburg-Pommeraner Folkloregruppe Ribnitz-Damgarten.

Das Landespolizeiorchester Mecklenburg-Vorpommern aus Schwerin gibt ein festliches Benefiz-Konzert. Für das leibliche Wohl, eine große Auswahl Heimatliteratur, ostpreußischen Bärenfang und genügend Parkplätze ist gesorgt. Hotelplätze vermittelt die Stadt-Information Anklam, Telefon (03971) 835154. Das Volkshaus ist vom Bahnhof Anklam zu Fuß gut erreichbar.

Manfred Schukat

Niedersachsen

Vorsitzende: Dr. Barbara Loeffke, Alter Hessenweg 13, 21335 Lüneburg, **Schriftführer** und **Schatzmeister:** Hilde Pottschien, Volgerstraße 38, 21335 Lüneburg, Telefon (04131) 7684391. **Bezirksgruppe Lüneburg:** Helmut E. Papke, Süllweg 7, 29345 Unterlüß, Telefon (05827) 4099850. **Bezirksgruppe Weser-Ems:** Otto v. Below, Neuenkamp 22, 49584 Fürstenau, Telefon (05901) 2968

Herzogtum Preußen

Oldenburg – Mittwoch, 9. April, 15 Uhr, Stadthotel, Hauptstraße 38, Oldenburg-Eversten, Telefon (0441) 50090: 500 Jahre Herzogtum Preußen – Königreich Preußen – Ostpreußen, ein Vortrag von Dr. Gisela Borchers. Denken Sie bitte an Ihren Verzehr am Veranstaltungsort.

Sachsen

Vorsitzender: Alexander Schulz, Willy-Reinl-Straße 2, 09116 Chemnitz, E-Mail: alexander.schulz-agentur@gmx.de, Telefon (0371) 301616

Landesverbandstag

Chemnitz – Sonnabend, 5. April, Sankt Matthäus Kirche, Zinzen-dorfstraße 14: Landesverbandstag, geschlossene Veranstaltung (LVS).

Schlesische Küche

Dresden – Dienstag, 15. April, 13 Uhr, Büro, Großhainer Straße 96: Schmecken und genießen – die schlesische Küche.

Edith Wellnitz

Ostpreußisch behütet

Navyblaue Baseballmütze mit aufgesticktem Elchschaufelwappen Stoffverschluss mit Metallschnalle Preis: 12,- Euro, zuzüglich 7,- Euro Porto und Verpackung.

Bestellung: **Landmannschaft Ostpreußen e.V.** Buchstraße 4, 22087 Hamburg Telefon (040) 4140080 E-Mail: selke@ostpreussen.de

Je 12,- Euro zzgl. 7,- Euro Porto und Verpackung

Kulturzentrum Ostpreußen

Sonntag, 6. April, 10 bis 17 Uhr, 1 Euro Eintritt für Erwachsene: **Frühlingserwachen, der etwas andere Ostermarkt** mit Kunsthandwerk, regionalen Produkten, Kinderprogramm, Kaffee und Kuchen.

Ein Akt der Unterwerfung? 500 Jahre Herzogtum Preußen. Gesucht werden Experten und Nachwuchswissenschaftler unterschiedlicher Disziplinen, die im Rahmen der wissenschaftlichen Tagung vom 24. bis 26. Ok-

tober bereit sind, ihre Forschungsergebnisse zum Themenkomplex rund um den Krakauer Vertrag zu präsentieren. Einsendeschluss ist der 8. Juni.

Wissenschaftliche Tagung zum 500. Jubiläum der Unterzeichnung des Krakauer Vertrags im Rahmen der Landeskulturtagung Ostpreußen, 24. bis 26. Oktober. Organisation: Kulturzentrum Ostpreußen, Ellingen, Ort: Kulturzentrum Ostpreußen im Deutschordensschloss Ellingen.

In diesem Jahr jährt sich die Unterzeichnung des Krakauer Vertrags zum 500. Mal. Damit stellt das Jahr 1525 fraglos eine der größten Zäsuren in der Geschichte des Preußenlands dar. Es bedeutete das Ende der Herrschaft des Deutschordensstaates zwischen Weichsel und Memel und begründete gleichzeitig den ersten protestantischen Staat durch den vormaligen Hochmeister des Deutschen Ordens, Albrecht von Brandenburg-Ansbach. Diese Transformation

schuf zudem die Grundlagen für die Entwicklung des späteren Königreichs Preußen allgemein. Dazu wird es eine Sonderausstellung geben vom 11. Oktober bis 4. Januar 2026.

Kulturzentrum Ostpreußen, Schloßstraße 9, 91792 Ellingen/Bayern, Telefon (09141) 86440, Öffnungszeiten: Dienstag bis Sonntag, 10 bis 12 und 13 bis 17 Uhr, Internet: www.kulturzentrum-ostpreussen.de

Rätsel

Unordnung, wirre Masse, Provinz Kanadas, Abkürzung für Sekunde, Wiedereingliederung Kranker (Kurzwort), indische Hafenstadt, Preisabzug, Fanggerät, Markt-bude, Unter-kante des Daches, Maßein-teilung an Mess-geräten, ein Gesell-schafts-tanz, nordi-scher Hirsch, Eich, Äbtissin, Südasiat, Radio, deutsche Comedian... Engelke, erzit-tern, Fluss zur Wolga, Roman von Anet, Steuer-vorrich-tung im Fahrzeug, etwas nach oben bewegen, altrömi-sche Mond-göttin, ugs. für nein, griechi-sche Sporaden-insel, Name zwei-er Sporaden, abfällig über jeman-den reden, Winter-sport-gerät, Geräte-oder Boden-sportler, Nadel-baum, Taxis, Tages-abschnitt, afrika-nische Wüste, Nahrungs-mittel aus Soja-bohnen, Bruder Jakobs im A. T., veraltet: Brille, Kanton der Schweiz, gepflegte Grün-fläche, griechi-sche Kriegs-gott, An-sprache, Vortrag, oberer Teil des Bettes, griechi-sches Märchen-wesen, afrika-nischer Strom, verbinden, zu-sammen-führen, Ausdehnungs-begriff, Frisier-, Reini-gungs-gerät, kleines Chirur-gen-messer, elektro-techni-scher Begriff, landsch.: Schnur, Bind-faden, An-sprache, Vortrag, nur geistig vor-handen, selbst-süchtiger Mensch, wurzel-lose Sporen-pflanze, Erzgang (Berg-bau), Kassen-zettel; Gut-schein, Bindewort, süd-amerika-nisches Kamel, hasten, Kochsalz enthal-tendes Wasser, chem. Zeichen für Ger-manium, großer Nacht-vogel, Ei der Laus, Hoch-gebirgs-horn-tier, Bundes-staat der USA, chem. Zeichen für Ger-manium, Ein-schnitt, Ver-tiefung, Musik-instru-ment, Stadt in NRW, am Hellweg, End-punkt der Erd-achse, Körner-frucht, Oper von Verdi, von der Zeit an, Material-spalter, nagen-der Kummer, Schwere-athlet, Europ. Weltraum-organi-sation (Abk.), Vor-nahme Debus-sys, Monats-name, Auslese der Besten, AgNO₃, garmelen-ähnliche, essbare Krebse, derb, rau, an-stelle von, Stoß mit dem Fuß, Papier-oder Plastik-beutel, betagt, nicht jung, flüssige pflanz-liche Fettart, persönl. Fürwort (zweite Person), geräumi-ges Auto, Transpor-ter (engl.), benach-bart, nicht weit, Aufgeld, dt. Kompo-nist (Carl), landwirt-schaft-liches Anwesen, ledig-lich, Be-stands-auf-nahme, Rund-tanz, Lasten-heber, lang-schwän-ziger Papagei, kleine Ansied-lung, kurzes Ballett-röckchen, heftiger Schlag, Innen-stoff von Kleidungs-stücken

Schüttelrätsel:
 A C H T E R B I O
 I R R A N P A R T
 L Y O N G U A V
 T A H N M I T

Mittelwörter:
 1. G E T R Ä N K E
 2. S T R A S S E
 3. F E N S T E R
 4. B E S T I Z E R
 5. S C H A N K E L
 6. S T R A S S E
 7. S U N D E N

So ist's richtig:

Schüttelrätsel

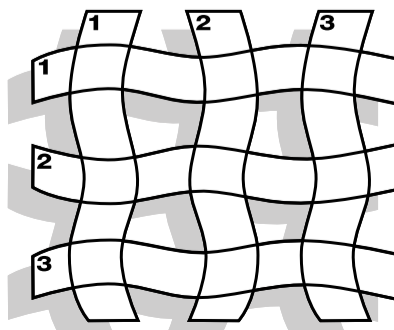
In diesem ungewöhnlichen Kreuzwörterrätsel stehen anstelle der Fragen die Buchstaben der gesuchten Wörter alphabetisch geordnet in den Fragefeldern. Zur Lösung beginnen Sie am besten mit den kurzen Wörtern (Achtung: ORT kann z. B. ORT, TOR oder auch ROT heißen).

ACEH RT	CITY	AHR	ANRT	AGNR	AABMO	IINR	OOTT
					BIO		
IRR			AAPRT				
LNOY	AHN				IMT		
			AGNOU				

Mittelwörterrätsel

Erweitern Sie die linken und rechten Wörter jeweils durch ein gemeinsames Wort im Mittelblock. Auf der Mittelachse ergibt sich als Lösung ein anderes Wort für Distanz.

1	KALT						KARTE
2	NATUR						ROMAN
3	FERN						CAFE
4	HAUS						STOLZ
5	AFFEN						PFERD
6	ZEIT						BANK
7	JUGEND						BOCK



Magisch
 Schreiben Sie waagrecht und senkrecht dieselben Wörter in das Diagramm.
 1 Lobgesang der kath. Messe
 2 ausbilden
 3 leicht betäubt, benommen

Heimatkreisgemeinschaften



Kreisvertreterin: Bärbel Wiesen-see, Diesberg 6a, 41372 Niederkrüchten, Telefon (02163) 898313. Stellv. **Kreisvertreter:** Dieter Czudnochowski, Lärchenweg 23, 37079 Göttingen, Telefon (0551) 61665

Regionaltreffen Nord

Lübeck – Sonntag, 27. April, 11 Uhr Einlass, 11.30 Uhr Beginn, Vereinsheim TSV Kücknitz von 1911 e.V., Taverne Kücknitzer Sportsbar, Tannenbergsstraße 4, 23569 Lübeck: Regionaltreffen Nord. Die Veranstaltung findet in neuen Räumlichkeiten statt. Es ist keine Anmeldung erforderlich. Fragen beantwortet Heidi Mader per E-Mail: heidi-mader@gmx.de oder Telefon (0421) 67329026.



Kreisvertreter: Stephan Grigat, Telefon (05232) 3232, Heidentalstraße 83, 32760 Detmold, **Gst.:** Annelies Trucewitz, Hohenfelde 37, 21720 Mittelkirchen, Telefon (04142) 3552, Fax (04142) 812065, E-Mail: museum@goldap.de, www.goldap.de

Zum 80. Geburtstag

Die Kreisgemeinschaft Goldap Ostpreußen e.V. gratuliert Gerhard Trucewitz herzlich zu seinem 80. Geburtstag, den er am 31. März feiern konnte.

Die Familie Trucewitz stammt aus Ziegenberg, einem kleinen Ort südlich von Duneiken. Gerhard Trucewitz selbst wurde schon im Westen, nämlich in Schenefeld, Schleswig-Holstein, geboren.

Trucewitz und seine Frau Annelies fanden den Weg zur Kreisgemeinschaft über Wolfgang Rothe und die von diesem initiierten Ortsatlanten. Die Eheleute Trucewitz brachten sich intensiv in diese Arbeiten ein und übernahmen für die neueren Ortsatlanten auch die Verantwortung als Herausgeber. 2004 wurde Trucewitz in den Kreistag der Kreisgemeinschaft Goldap Ostpreußen e.V., dem er bis heute angehört, gewählt.

Große Verdienste erwarb er sich um das Fotoarchiv der Kreisgemeinschaft Goldap Ostpreußen e.V. und beim Aufbau und der Gestaltung der Ausstellungen im Patenschaftsmuseum Goldap in Ostpreußen in Stade und im Haus der Heimat in Goldap.

Die Kreisgemeinschaft wünscht Gerhard Trucewitz zum 80. alles Gute, viel Gesundheit und den Erhalt seiner Schaffenskraft.



Kreisvertreter: Uwe Jurgsties, Kirschblütenstraße 13, 68542 Heddeshheim, Telefon (06203) 43229, Mobil: (0174)9508566, E-Mail: uwe.jurgsties@gmx.de.
Gst. für alle Memellandkreise: Uwe Jurgsties, Kirschblütenstraße 13, 68542 Heddeshheim

Berliner Memellandgruppe

Berlin (Mitte) – Mittwoch, 16. April, 13 bis 16 Uhr, Restaurant Ännchen von Tharau, Rolandufer 6, S- und U-Bahnstation Jannowitz-Brücke, Telefon (030) 726202070: Frühlingstreffen.

Neben aktuellen Informationen aus Memel wird im Mittelpunkt des Treffens ein Vortrag zum Thema „150 Jahre Eisenbahnverbindung von Tilsit nach Memel“ stehen. Ab 1875 verband die Königlich Preussische Ostbahn die Reichshauptstadt Berlin mit der damals nördlichsten Stadt Deutschlands. Dieses Jubiläum wird zum Anlass genommen, um auf die Entwicklung der Eisenbahn im Memelland zurückzublicken. Dazu gehören auch die Kleinbahnen und die Straßenbahn in Memel.

Interessierte Gäste sind herzlich willkommen. Aus organisatorischen Gründen ist eine kurze Anmeldung bis Mittwoch, 9. April, unter Telefon (030) 40100473, bitte auf den Anrufbeantworter sprechen, oder per E-Mail an hjm.berlin@t-online.de erforderlich.

Hans-Jürgen Müller



Kreisvertreter: Dieter Neukamm, Am Rosenbaum 48, 51570 Wind-eck, Telefon (02243) 2999, E-Mail: neukamm-herchen@t-online.de
Geschäftsstelle: Hans-Joachim Scheer, Wrister Str.1, 24576 Weddelbrook, Telefon (04192)4374, E-Mail: hans-joachim.scheer@t-online.de

Dreikreise-Treffen

Weimar – Sonnabend, 17. Mai, 9.30 bis 16 Uhr, Einlass: 8.30 Uhr, Kulturzentrum mon ami, Goetheplatz 1: Dreikreise-Treffen der

Deutsches Kulturforum östliches Europa

Görlitz – Donnerstag, 10. April, bis Sonntag, 13. April: **Literaturtage an der Neiße „1945–2025. Zwischen den Worten“.**

80 Jahre nach Kriegsende laden die Literaturtage an der Neiße zur Reflexion über die Folgen des Krieges für Deutschland, Polen und Mitteleuropa ein. Die materiellen Folgen sind bis heute in vielen Städten und Regionen sichtbar, die immateriellen Auswirkungen lassen sich dies- und jenseits der Oder und Neiße in beinahe jeder Familiengeschichte aufspüren.

Die Erinnerungen an den Zweiten Weltkrieg prägten lange das Leben der Überlebenden. Gefühle von Scham und Schuld führten dazu, dass viele von ihnen nach Kriegsende für Jahrzehnte verstummt. Erst die Nachgeborenen konfrontierten sie und sich selbst mit Fragen nach der Vergangenheit. Aus der einstigen Sprachlosigkeit der Eltern und Großeltern entstand Literatur.

Was im Hinblick auf den Zweiten Weltkrieg lange nicht artikulierbar und nicht beschreibbar schien, beschäftigt seitdem deutsche und polnische Autorinnen und Autoren. Für Gespräche und Begegnungen mit ihnen gibt es keinen passenderen Ort als Görlitz-Zgorzelec, eine Stadt, die heute an der deutsch-polnischen Grenze liegt und deren Nachkriegsgeschichte von vielen Mythen geprägt ist.

Die diesjährigen Literaturtage an der Neiße wollen den vielfältigen Erzählungen in Bezug auf das deutsch-deutsche und das deutsch-polnische Verhältnis Raum geben.

Programm

Donnerstag, 10. April, 19 Uhr, Kulturforum Görlitzer Synagoge, Eintritt: frei, Sprachen: Deutsch und Polnisch: **Feierliche Eröffnung der Literaturtage an der Neiße 2025** mit Grußworten von Octavian Ursu, Oberbürgermeister von Görlitz, und Rafał Gronicz, Bürgermeister von Zgorzelec. Anschließend: Bitternis (Gorzko, gorzko) – Lesung und Gespräch mit Joanna Bator und Lisa Palmes, Moderation: Mateusz Hartwich.

Freitag, 11. April, 10 Uhr, Schinesisches Museum zu Görlitz, Veranstaltung für Schülerinnen und Schüler in deutscher Sprache: **Filmvorführung „Schicksal“** (Deutsch/Polnisch 2023, Regie: Joanna Mielewicz, 50 Minuten, anschließend Gespräch mit der Regisseurin und den Zeitzeugen Jürgen Hempel und Jerzy Podlak, Moderation: Carsten Schmidt.

Freitag, 11. April, 17 Uhr, Miejski Dom Kultury Zgorzelec, Eintritt: frei, Sprache: Polnisch: **Pożydowskie. Niewygoda pamięć – Lesung und Gespräch** mit Agnieszka Dobkiewicz, Moderation: Tamara Włodarczyk, in Koopera-

tion mit der Sozio-Kulturellen Vereinigung der Juden in Polen.

Freitag, 11. April, 19 Uhr, Schinesisches Museum zu Görlitz, Eintritt: 8, ermäßigt 5 Euro, Sprachen: Deutsch und Polnisch: **Literatur der Verwurzelung – Lesung und Gespräch** mit Matthias Nawrat und Tomasz Różycki, Moderation: Katarzyna Schieweck.

Sonnabend, 12. April, 16 Uhr, Miejski Dom Kultury Zgorzelec, Kino Poza Nova, Eintritt: frei, Sprachen: Polnisch und Deutsch: **Filmvorführung „Schicksal“**, anschließend Gespräch mit der Regisseurin und den Zeitzeugen Jürgen Hempel und Jerzy Podlak, Moderation: Agnieszka Bormann.

Sonnabend, 12. April, 19 Uhr, Schinesisches Museum zu Görlitz, Eintritt: 8, ermäßigt 5 Euro, in deutscher Sprache: **Die Verwandten – Lesung und Gespräch** mit Ulrike Draesner, Moderation: Monika Wolting.

Sonntag, 13. April, 16 Uhr, Kulturforum Görlitzer Synagoge, Eintritt: 10, ermäßigt 6 Euro, in deutscher Sprache: **Das Narrenschiff – Lesung und Gespräch** mit Christoph Hein, Moderation: Marion Brasch

Sonntag, 13. April, 19 Uhr, Jugendkulturzentrum Rabryka Görlitz, Eintritt: 6, ermäßigt 4 Euro, in deutscher Sprache: **Filmvorführung „Jeder schreibt für**

sich allein. Schriftsteller im Nationalsozialismus“ (Deutschland 2023, Regie: Dominik Graf, 169 Minuten), Einführung: Magdalena Gebala.

Mehr Informationen unter Internet: <https://kulturforum.info/de/termine/veranstaltungen>, Karten erhalten Sie an allen bekannten Görlitzer Vorverkaufsstellen wie DDV-Lokal, Sächsische Zeitung am Obermarkt und Tourist-Information am Obermarkt/Ecke Brüderstraße sowie im Internet unter www.reservix.de. Die Literaturtage an der Neiße sind ein Projekt der Görlitzer Kulturservicegesellschaft mbH, des Kulturreferats für Schlesien am Schlesischen Museum zu Görlitz und des Deutschen Kulturforums östliches Europa in Kooperation mit der Stadtbibliothek Görlitz und der Stadtbibliothek Zgorzelec. Sie werden gefördert aus Mitteln der Beauftragten der Bundesregierung für Kultur und Medien und durch die Stiftung für deutsch-polnische Zusammenarbeit.



Kreisgemeinschaften Tilsit-Ragnit und Elchniederung unter der Federführung der Stadtgemeinschaft Tilsit. Der Eintritt ist frei, um eine Spende wird gebeten.

Es ist ein abwechslungsreiches Programm vorgesehen bei einer Mittagspause von 11.30 bis 13 Uhr. Zum Mittagessen werden drei verschiedene Gerichte angeboten, am Nachmittag Kaffee und Kuchen. Das gastronomische Angebot ist kostenpflichtig.

Parkmöglichkeit: Gegenüber dem Kulturzentrum mon ami befindet sich die Post, dahinter das Parkhaus An der Hauptpost, Gerhart-Hauptmann-Straße 3.

Eine nahe Unterkunft ist zum Beispiel das Leonardo Hotel Weimar, Belvederer Allee 25, Telefon (03643) 7220, Internet: www.leonardo-hotels.de. Dieter Neukamm



PAZ-Abo
vertrieb@paz.de

Ostpreußisches Landesmuseum

Sonntag, 6. April, 14 Uhr, 1,50 Euro zuzüglich Museumseintritt: **Das Gold der Ostsee – Eine Kulturgeschichte des Bernsteins, öffentliche Sonntagsführung** mit Petra Vollmer.

In diesem Rundgang führt Vollmer mit einem Schwerpunkt auf die Kulturgeschichte des Bernsteins durch die Dauerausstellung des Ostpreußischen Landesmuseums. In vielen Ausstellungs-bereichen kann Bernstein entdeckt werden. Von ganz ein-

fachen bis hin zu extrem wertvollen und besonderen Stücken kann die ganze Bandbreite der Bernsteinverarbeitung und dessen Bedeutung erfahren werden. Die Plätze sind begrenzt und eine Anmeldung unter Telefon (04131) 759950 oder per E-Mail: bildung@ol-ig.de erforderlich.

Ostpreußisches Landesmuseum mit Deutschbaltischer Abteilung, Heiligengeiststraße 38, 21335 Lüneburg



Gratulation zum 80. Geburtstag: Gerhard Trucewitz gehört seit 2004 dem Kreistag der KG Goldap Ostpreußen e.V. an Bild: KG Goldap

ANZEIGEN

Renate Fellner

geb. Hoffmann

* 20. März 1928 † 16. Februar 2025
in Königsberg in Kassel

Es denken an sie

6 Kinder · 20 Enkel · 25 Urenkel

In Memoriam

Prof. Reinhold Hoffmann

Prof. Johannes Thienemann

Karl-Otto Hoffmann

vermisst in den Abwehrkämpfen in Ostpreußen.

Johannes Fellner

Ederhöhe 6, 57319 Bad Berleburg



In großer Trauer, Liebe und Dankbarkeit nehmen wir Abschied von

Friedrich-Karl Meller

* 27. 8. 1935 † 17. 3. 2025
in Königsberg in Steinheim

Du fehlst uns.

Niklas und Sebastian Meller

Die Trauerfeier mit anschließender Beisetzung fand am Mittwoch, 26.3. 2025, in Detmold statt.

Kondolenzanschrift:
wegezumbabschied, Plantagenweg 51, 32758 Detmold

OSTERODE

Bruno Poelke – der Gleiter aus Ostpreußen

Als Wegbereiter des Segelflugs und ehrgeiziger Flugpionier wurde er zum Himmelstürmer

VON WOLFGANG KAUFMANN

Ostpreußen bildete nie ein Zentrum des Flugwesens im Deutschen Reich, dennoch brachte es zwei wahre Pioniere der Luftfahrt hervor. Das war zum einen Ferdinand Schulz aus Pissau im Landkreis Rößel, der 1927 alle Segelflugweltrekorde brach, weswegen er den Beinamen „Ikarus von Ostpreußen“ erhielt. In seiner Fliegerschule nahmen spätere Prominente wie der Raketenkonstrukteur Wernher von Braun, die Pilotin Hanna Reitsch und der Generalluftzeugmeister Ernst Udet Unterricht. Schulz stürzte jedoch bereits am 16. Juni 1929 unweit von Marienburg im Alter von nur 36 Jahren ab.

Sehr viel weniger Aufsehen erregten die Leistungen von Bruno Poelke, der immerhin zu den Begründern des Segelfluges zählte. Er kam am 25. Juli 1883 in Osterode zur Welt und absolvierte später die Maschinenbauschule in Allenstein. Noch vor dem Abschluss seiner Ausbildung versuchte er im Jahr 1900 vergeblich, sich mittels einer Gerätschaft, deren Schlagflügel während der Aufwärtsbewegung jalousieartig aufklappten, in die Luft zu erheben.

Exklusive Kundschaft in Übersee

1902 wechselte Poelke nach Frankfurt am Main, wo er zunächst in einer Maschinenfabrik arbeitete und dann 1906 seine eigene Werkstatt in der Kronprinzenstraße eröffnete. Hier konstruierte er weitere Flugapparate und fertigte zugleich auch Flugzeugbauteile, die er in alle Welt verkaufte. Zu seinen Kunden gehörten sogar die Gebrüder Wilbur und Orville Wright, denen am 17. Dezember 1903 der erste bemannte Motorflug der Geschichte gelungen war.

Ab 1908 unternahm Poelke Flugversuche mit einem selbst gebauten Gleiter, der jenem Apparat glich, mit dem Otto Lilienthal ab Mitte 1891 im Umkreis von Berlin



Die Fliegerei ließ den gebürtigen Ostpreußen Bruno Poelke niemals los, auch nicht in seiner Zeit als Rentner, als er sich schließlich mit Hingabe dem Modellflugzeugbau widmete

Bild: mauritius images/Keystone Press/Alamy

Strecken von bis zu 250 Metern bewältigt hatte. Dabei wurde Poelke von dem Ingenieur Carl Oskar Ursinus unterstützt, dem Gründer und Herausgeber der Zeitschrift „Flugsport“, der dann im Ersten Weltkrieg den Bomber Gotha G.I konstruierte. Im Oktober 1908 sprang Poelke mit seinem Gleiter vom vier Meter hohen Bahndamm im Frankfurter Kuhwald, prallte allerdings schon nach zehn Metern hart auf. Deswegen erhielt der Erfinder den spöttischen Spitznamen „Adler vom Kuhwald“.

Zwischen Juli und Oktober 1909 fand in Frankfurt die erste Internationale Luftschiffahrt-Ausstellung statt, welche damals das größte und bedeutendste Ereignis

dieser Art war, bei dem Fluggeräte aller Art gezeigt wurden. Am Tag vor der offiziellen Eröffnung absolvierte Poelke einen Gleitflug, in dessen Verlauf er sich bis zu sechs Meter über den Startpunkt erhob. Bei den nachfolgenden Wettbewerben in dieser Disziplin war Poelke neben August Euler der einzige Teilnehmer. Sein Konkurrent erwarb im Folgejahr das deutsche Flugzeugführerzeugnis Nummer 1 und katapultierte sich 1919 sogar zum Leiter des Reichsamtes für das Luft- und Kraftfahrwesen.

Abgelehnt, weil er zu schnell war

Poelke seinerseits konstruierte 1910/11 zwei verschiedene Flugzeuge, die er beide

mit einem siebenzylindrigen Rotationsmotor ausstattete, der Geschwindigkeiten von 120 Stundenkilometern erlaubte. Genau deswegen lehnte die Heeresverwaltung den Kauf der beiden Maschinen ab: Diese seien viel zu schnell! Angesichts solcher Misserfolge bei der Vermarktung eigener Flugzeuge gab Poelke die Selbstständigkeit 1912 auf und testete künftig die Modelle anderer Hersteller.

1917 wurde er eingezogen und diente als Fluglehrer in Darmstadt, dann erfolgte seine Versetzung an die Westfront. Nach vier Monaten Einsatz traf ein feindliches Artilleriegeschoss die Maschine Poelkes, die daraufhin abstürzte. Dennoch gelang es ihm, mit einem Splitter im Arm die ei-

genen Linien zu erreichen und so der Gefangenschaft zu entgehen.

Erster Segelflug mit Thermiknutzung

Infolge des Versailler Diktats bestanden bis Mai 1926 starke Restriktionen im Hinblick auf den Einsatz deutscher Motorflugzeuge, weswegen vielen Flugenthusiasten in der Weimarer Republik nur der Umstieg auf die Segelfliegerei blieb. Eine maßgebliche Rolle spielte dabei Poelkes erster Mentor Ursinus, der diese Art des Fliegens in seinem Blatt „Flugsport“ populär zu machen versuchte und 1920 den ersten großen Segelflugwettbewerb auf der Wasserkuppe in der Rhön initiierte. Dabei waren lukrative Preise für die weiteste Flugstrecke und ebenso für die längste Flugdauer ausgeschrieben.

Poelke nahm mit seinem selbst gebauten „Rhönvogel“ teil und absolvierte den allerersten Segelflug unter gezielter Ausnutzung der Thermik am Hang des Berges. Zum Sieg reichte diese ausgeklügelte Technik allerdings nicht, auch wenn sich seine Konstruktion nur wenig später zunehmend durchsetzte – eben genau wegen der Nutzung der Thermik. Den Sieg aber errang der Dresdner Wolfgang Klemperer mit der Konstruktion FVA-1 „Schwatz Düvel“, die 1,83 Kilometer weit flog und 142 Sekunden in der Luft blieb.

Den Mann vom Mond getroffen

1922 gehörte Poelke zu den Gründern des Frankfurter Aeroclubs und organisierte mehrere Flugtage. Dann musste er aufgrund der Weltwirtschaftskrise eine Tätigkeit als Handelsvertreter aufnehmen.

Später arbeitete der Flugpionier bis zur Rente in einem Darmstädter Unternehmen. Seine letzten Lebensjahre verbrachte der gebürtige Ostpreuße in Frankfurt-Bockenheim, wo er dann am 9. August 1975 starb. Fünf Jahre zuvor war ihm noch die Ehre einer persönlichen Begegnung mit Neil Armstrong, dem ersten Menschen auf dem Mond, widerfahren.

ÖSTLICH VON ODER UND NEISSE

„Protestantisch gehen lernen“

In der Breslauer Innenstadt wurde ein Platz nach Dietrich Bonhoeffer benannt

Am 9. April jährt sich der Märtyrertod Dietrich Bonhoeffers, der im KZ Flossenbürg hingerichtet wurde, zum 80. Mal. Dem Widerstandskämpfer zu Ehren wurde am 15. März im Zentrum von Breslau eine Grünanlage benannt. Diese Bonhoeffer-Grünfläche [skwer Bonhoeffera] befindet sich neben der St.-Christophori-Kirche, die den Deutschen Protestanten in Breslau als Gotteshaus dient.

Die besagte Anlage ist nicht der einzige Ort in Breslau, an dem die Erinnerung an den 1906 in Breslau geborenen evangelischen Theologen wachgehalten wird. An seinem Geburtshaus erinnert eine Tafel an den Sohn der Stadt, seine Büste steht in der Galerie berühmter Bürger im Breslauer Rathaus, und an der Elisabethkirche steht ein ihm zu Ehren 1999 gewidmetes Denkmal. „Diese Skulptur ist die Kopie von Karl Biedermanns Bronzetorso, der neben der Berliner Zionskirche steht“, berichtet Schlesien-Autor Thomas Maruck. Seine Ehefrau Magdalena die ebenfalls Touristen durch Breslau führt, lächelt, denn ihr Mann erzählt gern, wie ihn der Zufall Ende der 90er Jahre zur Einweihungsfeier in die Elisabethkirche führte.

„Ich war zufällig mit einer Reisegruppe unterwegs und sah auf einmal polni-

sche Soldaten, die im Gleichschritt in die Kirche einmarschierten. Aber so laut, dass ich dachte, hier wird die Kirche überfallen“, berichtet Maruck. Er sei neugierig geworden, was in dieser Garnisonskirche, „die bis heute selbst als Kathedrale des Warschauer Militärbischofs fungiert, passiert“. Im Gottesdienst erkannte Maruck unter den Ehrengästen den damaligen katholischen Bischof von Oppeln [Opole] Alfons Nossol und den gebürtigen Breslauer SPD-Politiker Wolfgang Thierse. „Da wusste ich, ja, hier ist etwas Großes los. Das war der große Auftakt, dass Dietrich Bonhoeffer in Breslau regelrecht festgemacht wurde.“ Er glaubt, dass die Wahl des Platzes für eine Bonhoeffer-Büste an der Elisabethkirche nicht besser hätte gewählt werden können, denn „die Touristen kommen dort alle vorbei“. Dabei sei es im heutigen Schlesien, im katholischen Polen, kein leichtes Unterfangen einen Protestanten zu etablieren. „Es ist ein mentaler Sprung für einen klassischen polnischen Katholiken. Da braucht man schon zündende Gedanken, um dem Polen einen Protestanten schmackhaft zu machen“.

Dennoch gibt es seit Mitte der 90er Jahre einen Aufbruch zur Thematik Diet-



Bringen Breslau-Touristen Deutsche näher: Eheleute Magdalena und Thomas Maruck

rich Bonhoeffer, „weil sich in Breslau eine polnische Gruppe als Verein gefunden hat, die den Theologen in den Mittelpunkt stellen wollte. Janusz Witt war der große Initiator. Er lebt noch, hochbetagt, hinter der evangelischen Hofkirche, also in Schlossnähe und ist einer der Großen, der die Leute zusammenholte und die Polen auf Dietrich Bonhoeffer in zahlreichen internationalen Symposien aufmerksam machte“, so Maruck.

Witt ist 1934 in Welun [Wielun] geboren. Der Germanist und Philologe engagierte sich stets für den deutsch-polnischen Dialog. Der Gründer der polnischen Sektion des Bonhoeffer-Vereins und Vorstandsmitglied des Kreisauer Stiftungsrates (Fundacja Krzyżowa) ist evangelisch-augsburgischen Bekenntnisses. Wenn die Autorin Maruck polnische Gruppen durch Breslau führt, kommt sie immer auch zur Christophori-Kirche. Vom 16. Jahrhun-

dert bis 1829 wurde in dieser der lutherische Katechismus auf Polnisch gelehrt, seit 1993 ist sie die Pfarrkirche der deutschsprachigen evangelischen Christophorigemeinde. Diese Kirche ist für Maruck ein geeigneter Ort, den Polen über deutsche Persönlichkeiten wie Bonhoeffer zu berichten: „Weil Bonhoeffer ein Märtyrer war, verstehen das die Polen. Sie wundern sich zwar oft, dass es in Deutschland einen Widerstand gab, sind dann aber offen“, sagt sie.

Noch interessierter werden ihre polnischen Breslau-Besucher, wenn sie erklärt, dass selbst der berühmte polnische Dichter Tadeusz Różewicz sein Gedichtband „Gehen lernen“ [Nauka chodzenia] Bonhoeffer widmete. Darüber wurde im Festgottesdienst am 15. März in der St.-Christophorie-Kirche ebenfalls ausführlich gesprochen. Neben Bonhoeffer sei auch dem polnisch-protestantischen Bischof Juliusz Bursche gedacht worden: „Beide Opfer des Naziregimes sind in den Glasfenstern hinter dem Altar der St. Christophorus-Kirche dargestellt, übrigens neben zwei weiteren Märtyrern des Zweiten Weltkriegs, den katholischen Heiligen Edith Stein und Maximilian Kolbe.“

Chris W. Wagner

KULTURERBE

Historisches Kleinod in Vorpommern

Die Geschichte einer Familie, ihres Schlosses Karlsburg und seiner illustren Gäste – einst und jetzt

VON PEER SCHMIDT-WALTHER

Und 2000 gibt es im nordöstlichen Bundesland-Mecklenburg-Vorpommern: Schlösser, Guts- und Herrenhäuser. Alle haben sie ihre eigene Geschichte, manche mehr, manche weniger.

Mit der Familie von Bismarck verbunden ist allerdings nur eins: Schloss Karlsburg im gleichnamigen Ort an der B 109 zwischen Greifswald und Anklam. Bis 1945 gehörte es der Grafenfamilie von Bismarck-Bohlen. Zu DDR-Zeiten war es bekannt als Zentralinstitut für Diabetes. Nach der Wende ging es in Landeseigentum über und wurde verwaltungstechnisch zur Universität Greifswald geschlagen. In den während der DDR errichteten Nebengebäuden, die zu einer hochmodernen renommierten Spezialklinik mit Lehrkrankenhaus-Funktion der Universität Greifswald umgewandelt wurden, werden heutzutage Herz- und Diabeteskranke behandelt.

Abgebrannt im Pommerland

Alles begann auf dem Gut Gnatzkow, dem heutigen Karlsburg. Das gehörte bis zum Ende des 16. Jahrhunderts der Adelsfamilie von Normann, die auf der Insel Rügen und dem Festland heimisch war. 1679 gab es allerdings nur noch eine Erbin, die einen in der Nachbarschaft ansässigen von Bohlen-Spross ehelichte. Damit war die Keimzelle der späteren „Doppeldynastie“ von Bismarck-Bohlen begründet.

Der spätere Reichsgraf Carl Heinrich Behrend von Bohlen (1705–1757) war schließlich der Initiator der Schloss-Idee. Begonnen wurde 1731 ein dreigeschossiger barocker Backsteinbau, der jedoch unvollendet blieb, weil ihn ein Feuer bereits 1732 vernichtete. Aber dabei blieb es nicht. Auferstanden aus Ruinen hieß es schon 1733, bis man sechs Jahre später schließlich Einzug feiern konnte, zumindest in wesentlichen Teilen.

1750 wurde sogar ein Park in französischem Stil mit See, Insel und Göttin-Flora-Statue angelegt. Die hohen Kosten führten zum Konkurs von Graf Carl Hein-



Schloss Karlsburg: Den wundervollen Park schuf Peter Joseph Lenné

rich. Sohn Carl Julius Bernhard (1738–1813) kaufte allerdings nach dem Tod seines Vaters 1757 den Familiensitz und ließ ihn bis 1773 ohne den vorher geplanten Westflügel zu Ende bauen.

Schwedisch-Pommern an Preußen

Im Laufe der Zeit logierten dort bekannte Persönlichkeiten: Prinzessin Luise Ulrike von Preußen 1744, Schwester Friedrichs des Großen, und ihr Sohn Carl Gustav III., späterer König von Schweden (1746–1792). Zur Erinnerung an dessen Besuch 1771 wurden Ort und Schloss nach dem Taufnamen seines Besitzers fortan in Karlsburg umbenannt.

Das Anwesen verkam nun wegen häufiger Abwesenheit seines Besitzers. Die Umgestaltung ab 1800 in einen englischen Landschaftspark nach Plänen von Peter Joseph Lenné stürzten auch Carl Julius in Schulden. 1809 rettete der letzte männliche Nachkomme Friedrich Ludwig Wilhelm (1760–1828) das Gut, indem er es von den Gläubigern kaufte und es langsam auf einen grünen Zweig brachte.

1817 fiel Schwedisch-Pommern an Preußen zurück. Für den preußischen Offizier Theodor Alexander von Bismarck

war es ein Glücksjahr, denn am 16. September heirateten er und die Gräfin Caroline von Bohlen, Friedrich Ludwigs ältere Tochter. Das brachte ihm auch eine Standeserhöhung durch König Friedrich Wilhelm III. ein, der ihm 1818 den Grafentitel verlieh. Nach dem Tod seines Schwiegervaters übernahm er das Gut, das infolge der napoleonischen Kriege erneut ins finanzielle Schlingengieriet.

Schicksalhafte Entwicklungen

Möglicherweise half ihm Fürst Otto von Bismarck aus der Patsche. Der spätere Reichskanzler diente 1838/39 beim Pommerschen Jägerbataillon in Greifswald und besuchte in der Zeit oft seine Verwandtschaft auf Karlsburg, wo 1843 sogar König Friedrich Wilhelm IV. eine Reisepause einlegte. 1853 logierten dort der Forscher und Weltreisende Alexander von Humboldt aus Berlin-Tegel und der preußische Baumeister Friedrich August Stüler. Letzterer entwarf die Grabkapelle der Familie von Bismarck-Bohlen im Ortsteil Steinfurth. Deren Geschichte verlief weiterhin wechselhaft und betraf sowohl das Schicksal des Gutes als auch der Familienmitglieder.

Graf Fritz Ulrich (1884–1945) war der letzte in der langen Reihe seines Geschlechts, studierte Jura, promovierte, war Krankenpfleger in einem Feldlazarett, wurde 1924 zum Reichsritter ernannt und engagierte sich kirchlich. Zu Beginn der NS-Zeit legte er seine Ehrenämter nieder und kümmerte sich, sparsam und zurückgezogen lebend, nur noch um die Landwirtschaft, deren Situation sich allmählich, nicht zuletzt durch Waldverkauf, verbesserte. Stolz 2230 Hektar Land konnte Graf Fritz Ulrich zuletzt bewirtschaften lassen.

Vielfältig genutztes Haus

Während des Zweiten Weltkrieges, in dem sein ältester Sohn Theodor als Major fiel, wurde ab 1942 das Schloss zur Auslagerung von Kunstschätzen der Universität Greifswald genutzt, darunter auch der berühmte Croy-Teppich. Seitdem durfte Karlsburg nur noch mit K statt dem französischen C geschrieben werden. Der Westflügel wurde jetzt zur Kinderklinik der Universität umfunktioniert.

Am 28. April 1945 nahm sich Fritz Ulrich von Bismarck-Bohlen das Leben. Seine Familie floh in den Westen, als der Besitz durch die sowjetische Besatzungsmacht entschädigungslos enteignet wurde. Der jüngste Sohn Achaz kam als Offizier in sowjetische Gefangenschaft und starb dort 1945.

In der Folgezeit musste das Schloss zum Umsiedlerlager, Seuchenkrankenhaus und Magazin der Universitätsbibliothek erhalten. Ab 1947 benötigten die neuen Herren das Anwesen für die sozialmedizinische Betreuung von Diabetikern, woraus sich 1950 das Institut für Diabetes-Forschung und -Behandlung entwickelte.

Das eigentliche Schloss wird heutzutage von Zeit zu Zeit für Vorträge und Ausstellungen genutzt und wartet darauf, von seinem neuen Besitzer restauriert und renoviert zu werden. Klinikpatienten hingegen genießen den Park mit seinem uralten Baumbestand und Teich während erholsamer Spaziergänge, das imposante Schloss dabei immer im Blick.

OFFENER BRIEF

Historische Zeugnisse in Gefahr

Windenergie trifft auf Denkmalschutz – „Preußische Landesverschönerung“ muss erhalten bleiben

„Die verstärkte Erzeugung Erneuerbarer Energien ist ein großes politisches Ziel. Nach einer aktuellen dpa-Meldung erwartet der Umweltminister Till Backhaus in diesem Jahr einen neuen Aufschwung beim Bau von Windparks. Derzeit befinden sich 291 Genehmigungsverfahren für 1157 Windenergieanlagen in der Bearbeitung. Es gibt bereits 1840 arbeitende Windenergieanlagen im Land.

Im Bundesdurchschnitt sollen bis 2027 zwei Prozent der Fläche Deutschlands für Windenergieanlagen verfügbar sein, in Mecklenburg-Vorpommern 2,1 Prozent. Dabei scheint der gesetzlich verankerte Denkmalschutz als ‚störend‘ empfunden zu werden. Am 27. Juni 2023 erließ deshalb das Ministerium für Wirtschaft, Infrastruktur, Tourismus und Arbeit Mecklenburg-Vorpommern eine fachaufsichtliche, vermutlich verfassungswidrige Verfügung, in der es heißt: ‚Im Rahmen der vorsorgenden Planung soll für die Festlegung von Vorranggebieten Windenergie (Windenergiegebiete) in Bezug auf die räumliche Wirkung der

landesweit 29 relevanten Bau- sowie zwei Bodendenkmale gemäß Anlagen 1a und 1b ermittelt werden, ob diese der Ausweisung entgegenstehen.‘ Das heißt aber auch, dass die übrigen zirka 30.000 Baudenkmäler im Land keine Berücksichtigung bei der Abwägung finden.

Nun sollen dennoch in nur zwei Kilometern Entfernung eines der 29 relevanten Baudenkmale, der Gutsanlage Brook, zwölf 250 Meter hohe Windenergieanlagen der neuesten Generation errichtet werden. Die Belange des Denkmalschutzes wurden dabei nicht angemessen berücksichtigt. Das ist nicht akzeptabel.

Bei der betroffenen Gutslandschaft handelt es sich um ein herausragendes, bisher unerkannt gebliebenes Beispiel der preußischen Landesverschönerung. Innerhalb einer Fläche von etwa 13 mal 13 Kilometern hat der berühmte preußische Gartenkünstler Peter Joseph Lenné in nur wenigen Jahren nach 1840 acht Gutsparke gestaltet. Das ist in Deutschland außerhalb Potsdams absolut einmalig! Und vor allem hat Lenné mit den

Gutsbesitzern auch die Landschaft zwischen den Parkanlagen im Sinne der preußischen Landesverschönerung gestaltet und so das pommersche Pendant zur Potsdamer Schlösserlandschaft geschaffen. Folgerichtig wurden auch alle Herrenhäuser zeitgemäß umgestaltet oder neu gebaut, die bedeutenden Architekten Friedrich August Stüler und Friedrich Hitzig waren beteiligt.“

In diesem außergewöhnlichen und bis heute erhaltenen Beispiel der preußischen Landesverschönerung sollen nun ohne ausreichende Schutzgüterabwägung mit den Belangen des Denkmalschutzes zwölf gigantische Windenergieanlagen errichtet werden.

Als Historische Kommission für Pommern sind wir primär der Wissenschaft verpflichtet, doch wenn ein historisches Zeugnis des Landes in Gefahr ist, sind auch wir davon betroffen und müssen unsere Stimme erheben.

Wir fordern deshalb die zuständigen Stellen auf, auch angesichts des im ‚Gesetz für den Ausbau erneuerbarer Ener-

gien‘ festgeschriebenen ‚überragenden öffentlichen Interesses‘, durch das die erneuerbaren Energien als vorrangiger Belang in die jeweils durchzuführenden Schutzgüterabwägungen einzubringen sind, die Belange des Denkmalschutzes zumindest bei den 29 relevanten Baudenkmalen verantwortungsvoll zu berücksichtigen.“

PD Dr. Jana Olschewski, Vorsitzende

Die Historische Kommission für

Pommern kann auf eine mehr als einhundertjährige Geschichte zurückblicken. Am 13. Mai 1911 trat die Kommission zu ihrer konstituierenden Sitzung im Uhrturm des Stettiner Schlosses zusammen. Einer der zentralen Tagesordnungspunkte war der Beschluss einer Satzung und die „endgültige Bildung der historischen Kommission“. Nun entschied man über den Sitz der Kommission, die Gestaltung des Vorstandes und beschloss erste Arbeitsvorhaben. Sitz der Kommission war Stettin.

www.hiko-pommern.de

MELDUNGEN

Marktplatz, Museum und „Vor 80 Jahren“

Stettin – Am 29. März fand im Grenzdorf Rosow im Kreis Pölitz eine Demonstration gegen illegale Einwanderung mit 200 Teilnehmern, darunter PiS-Politikern, statt. Deutschland stand dabei in der Kritik, diese nach Polen abzuschicken. Die polnische Präsidentschaftswahl findet am 18. Mai statt. TS

Greifswald – Die neue Ausgabe 1/25 der Zeitschrift „Pommern“ widmet sich dem Waffenhandel über Mukran sowie dem Schloss Filehne im Wartheland. Auch lesenswert: Beiträge zu Rudolf Baier (1818–1907), Leonard Landois (1837–1902) und Peter Jancke (1927–2023). TS

Naugard – Naugard ist mit zirka drei Millionen Euro der größte Empfänger von EU-Mitteln in der Region, die hauptsächlich zur Neugestaltung des ehemaligen Marktplatzes eingesetzt werden sollen. Für Unmut der Bürger sorgt derzeit Vandalismus. Es wurden Sitzbänke zerstört und beschmiert. TS

Pasewalk – Überraschung: Bei der Kontrolle eines polnischen Pkw entdeckten Bundespolizisten Kaffee, Lebensmittel und Kosmetik im Wert von 4000 Euro. Die polizeibekanntesten Weißrussen wurden wegen des Verdachts der Hehlerei festgesetzt, außerdem lag ein Einreise-Delikt vor. TS

Köslin – Wie sahen die Anfänge des Sammelns von Zeugnissen und die Gründung eines regionalen Museums vor 1945 in Köslin aus? Dieser Frage widmeten sich am 30. März im Rahmen einer Vortragsreihe und einer temporären Klein-Ausstellung Museologen aus Stettin und Köslin. TS

Stolp – Ehrung: Die Schauspielerinnen Anna Rau und Professor Daniel Kalinowski wurden am 26. März für ihr Wirken ausgezeichnet. Während Rau einen pommerschen Sonderpreis erhielt, bekam Kalinowski die Stolem-Medaille für seine Verdienste um die kaschubische Kultur. TS

Demmin – Die Demminer Museumschätze ziehen um: Der Umzug in das ehemalige Landratsamt an der Adolf-Pompe-Straße betrifft 37.000 Objekte, von der Urkunde bis zum historischen Möbelstück. Nach dem Umzug soll ein Lesesaal Recherchen in alten Zeitungen verbessern. TS

Lauenburg – Die Schnellstraße S6 (Stettin–Danzig), von der 220 Kilometer bereits fertig gestellt sind, erhält ab Stolp den Titel „Kaschubische Route/Kaszëbskô Darga“ und ist damit ein zweisprachiger Teil der internationalen „Via Hanseatica“, die Lübeck und Riga verbindet. TS

Anklam – Zum Pommerntreffen am 15. März konnten Manfred Schukat und Friedhelm Schülke zirka 600 Teilnehmer begrüßen. Diesjähriges Motto: 80 Jahre Kriegsende. BS

Vor 80 Jahren: Swinemünde 1945 Der schwere Kreuzer „Lützow“ liegt seit dem 8. April in der Kaiserfahrt vor Anker. Dort erhielt er schwere Treffer und sank im flachen Wasser. Es gelang, ihn wieder auf ebenen Kiel zu legen. Ab 22. April konnte er die schweren Abwehrkämpfe entlang der Dievenow – bis Cammin und Berg-Dievenow – unterstützen. TS

„Deutschland wird üblen Zeiten entgegengehen“

Leserstimmen zu den zurückliegenden Ausgaben

„

„Licht am Ende des Tunnels? Ihr Beitrag ‚Wo die PAZ von Anfang an richtig lag‘ ist so zutreffend und leider wahr“

Gisela Löffelmacher, Flensburg
zum Thema: Wo die PAZ von Anfang an richtig lag (Nr. 12)



Ausgabe Nr. 12

Leserbriefe an: PAZ-Leserforum,
Buchtstraße 4, 22087 Hamburg,
Fax (040) 41400850
oder per E-Mail an redaktion@
preussische-allgemeine.de

Leserbriefe geben die Meinung der Verfasser wieder, die sich nicht mit der Redaktion decken muss. Von den an uns gerichteten Briefen können wir nicht alle, und viele nur in Auszügen, veröffentlichen. Alle abgedruckten Leserbriefe werden auch ins Internet gestellt.

FATALES STAATSZIEL
ZU: DER POLITIKWECHSEL BLEIBT VORERST AUS (NR. 12)

Liebe PAZ, mit Verlaub, es ist doch sehr erstaunlich, dass Sie das noch viel Schlimmere dieser Grundgesetzänderung nicht erwähnen, nämlich die Aufnahme der sogenannten Klimaneutralität bis 2045 als Staatsziel in das Grundgesetz. Damit haben die Grünen, egal wie sich die Mehrheitsverhältnisse entwickeln, jederzeit die Möglichkeit, jedes Vorhaben mit der Behauptung, hier liege eine Missachtung des Staatsziels vor, zu blockieren, gegebenenfalls mithilfe des Bundesverfassungsgerichts.

Die grüne Partei kann also ihr Zerstörungswerk an Deutschlands Wohlstand auch dann noch fortsetzen, wenn ihre Stärke an der Fünf-Prozent-Hürde kratzt, wie es übrigens sein müsste, wenn die Wähler mehr politischen Verstand hätten, als es sinngemäß dem Abstand zwischen Wand und Tapete entspricht. Dieses irr- und größtenwahnsinnige Staatsziel könnte bekanntlich nur mit einer Zweidrittelmehrheit aufgehoben werden, was natürlich sehr schwierig zu erreichen ist.

Das, liebe PAZ, hätten Sie vorrangig thematisieren müssen, zumal die Aufhebung der Schuldenbremse als solche erstmal keinen einzigen Euro Mehrverschuldung bedeutet. Richtig?

Werner Philipzik, Lehrte

DAS ENDE DER DEMOKRATIE
ZU: DER POLITIKWECHSEL BLEIBT VORERST AUS (NR. 12)

In der Türkei schafft Staatspräsident Recep Tayyip Erdoğan gerade die Demokratie komplett ab und entwickelt seinen Staat hin zu einem türkischen Nordkorea. Zeitgleich wird auch in Deutschland der Wählerwille weitgehend ignoriert.

Staatsstreichs gehen in der Regel immer mit brutalster Gewalt über die Bühne. In Anbetracht der Blödsinnigkeit und der Passivität der Deutschen ist dieser in seiner klassischen Form hier nicht erforder-

lich. Aber ein so sanfter Staatsstreich wie jetzt in Deutschland ist in der Geschichte wohl nahezu einmalig. Auch wenn wohl dank der Klugheit anderer Präsidenten, wie Donald Trump in den USA oder Viktor Orbán in Ungarn, keine Atompilze über Deutschland aufgehen werden, heißt es nun unwiederbringlich 80 Jahre nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges endgültig: Finis Germania!

Carsten Zöllner, Berlin

MIT FÜSSEN GETRETEN
ZU: BEIM SCHUTZ DER BEVÖLKERUNG IST DEUTSCHLAND EIN ENTWICKLUNGSLAND (NR. 12)

Schutzräume gab es, wenn auch im relativ bescheidenen Rahmen, bis zirka 1990. Dazu kamen zahlreiche militärische Anlagen plus die Regierungsbunker.

Alles das ist noch vorhanden, aber veraltet und zum Teil nicht mehr nutzbar. Der beste Schutz wäre jedoch, wenn es erst gar nicht zu einem Angriff auf Deutschland käme. Dafür bräuhete es eine langfristige Außen- und Sicherheitspolitik, die sich unbedingt auch an den Sicherheitsinteressen unserer Nachbarn inner- und außerhalb Europas orientiert.

Peter Wendt, Hamburg

DIE SHOW GEHT WEITER
ZU: SCHWARZ-ROTES WEITER-SO STATT VERSPROCHENEN POLITIKWECHSELS (NR. 11)

Irgendwie fühlt sich das so an, als wäre ich im falschen Film, aber dieser falsche Film scheint nicht mehr enden zu wollen. Die Verlierer der Bundestagswahl 2025 werden nachträglich zu Siegern und auf das Siegereck gestiegen. Ob wir, die Wähler, das wirklich alles so gewollt haben, was da gerade jetzt vor unseren Augen abläuft?

Gut, ich könnte mit der Rockgruppe „Queen“ oder mit Leo Sayer (falls den britischen Sänger noch einer kennen sollte) mitzusingen versuchen: „The show must

go on“! (zwei unterschiedliche Lieder, aber mit gleicher Titelzeile); die Show muss weitergehen! Und diese Show dürfte auch bis zum endgültigen „Showdown“ gnadenlos so weiterlaufen.

Klaus P. Jaworek, Büchenbach

KLIMA KANN JEDE PARTEI
ZU: SCHWARZ-ROTES WEITER-SO STATT VERSPROCHENEN POLITIKWECHSELS (NR. 11)

Deutschland hat so gewählt. Ein Gezeter ist also völlig unangebracht. Alle Skeptiker, die vor der Wahl schon gehaut haben, was geschehen würde, haben recht behalten. Die möglicherweise neuen Regierungsparteien und auch die Grünen, die uns das Dilemma in Deutschland eingebrockt haben, mischen wieder mit, und damit bleibt alles beim Alten. Schlimm ist, dass CDU/CSU und SPD gegenüber den Grünen einknicken. Das Hauptthema der Grünen, nämlich das Thema Klima, ist ein Witz. Klima kann jede Partei. Aber die möglichen zukünftigen Regierungsparteien haben es aus der Hand gegeben. Hinzu kommt, dass die Grünen von Klimapolitik keine Ahnung haben.

Der Inneren Sicherheit wird kaum Raum gegeben. Es kommen weiterhin kriminelle aus aller Welt nach Deutschland. Nichts geschieht. Bereits lange etablierte Clans, wie diverse Mafiabanden, die zum Teil schon seit Jahrzehnten in Deutschland tätig sind, dürfen ja auch so weiter machen wie bisher. Alle freuen sich, dass sie in Deutschland leben dürfen. Weiterhin leben hier Migranten/Flüchtlinge teilweise schon seit Generationen in Deutschland, ohne je gearbeitet zu haben und bekommen alle Leistungen. Zahlen tut der deutsche Staatsbürger.

Dann haben wir noch die Menschen in unserem Land, die weder Migranten noch Flüchtlinge sind. Sie sind einfach nur da, weil es sich hier so gut leben lässt. Denn auch da gibt es sehr viele Menschen, die seit Generationen nicht arbeiten. Es ist gefährlich, in Deutschland zu leben, zumindest für einen deutschen Bürger.

Die Politik der letzten zehn Jahre ist auf die Verbreitung von Angst ausgerichtet. Damit kann man Menschen gefügig machen. Dazu gehört das Thema Corona. Hier haben Regierungen die Bürger zu Bespitzelungen aufgefordert. Und es gibt viele, die dem nachkommen.

In der ehemaligen DDR gab es dafür eine andere Bezeichnung. Das hatte zur Folge, dass sich Generationen zerstritten haben. So wird öffentlich darüber gesprochen, dass sich die Bevölkerung auf kriegsähnliche Zustände einrichten soll. Wenn wir das Gesundheitswesen als Beispiel nehmen, muss festgestellt werden, dass Deutschland sich schon lange in einem derartigen Zustand befindet.

Alle jetzigen und künftigen Regierungsparteien haben ein gigantisches Schuldenpaket auf den Weg gebracht. Hier sollen jetzt plötzlich Dinge auf den Weg gebracht und repariert werden, die seit über einem Jahrzehnt kaputtgespart worden sind. Hieran war die CDU/CSU maßgeblich beteiligt.

Weiterhin wird die Ukraine mit gewaltigen Summen unterstützt, damit sie gegen die Russen bestehen kann. Auch hier wird wieder Angst verbreitet. Der Einmarsch der Russen in die Ukraine ist nichts, was mal einfach über Nacht geschehen ist. Das hat eine Geschichte. Statt immer wieder gewaltige Summen an die Ukraine zu geben, wäre es wichtiger, damit die EU-Außengrenzen abzusichern.

Deutschland wird üblen Zeiten entgegengehen. Heinz-Peter Kröske, Hameln

EIN GLATTER HOCHVERRAT?
ZUM LEITARTIKEL: SCHON GESCHEITERT (NR. 11)

Das was wir hier gerade als politisches Schauspiel erleben, ist für mich glatter Hochverrat. Hier wird jedes Versprechen, selbst das eigene Wahlprogramm, gebrochen, nur um irgendwie an die Macht zu kommen und das deutsche Volk in jeder Hinsicht zu schädigen. Es ist mir schleierhaft, wie man dabei noch ruhig bleiben kann. Herbert Schinkel, Lengede

ANZEIGE

Jetzt bestellen!
Versandkostenfreie Lieferung
innerhalb Europas

Wir befinden uns mitten in einem verheerenden weltweiten Umsturz, bei dem unsere bisherige Gesellschaft durch ein neues System ersetzt werden soll.

Der globale Staatsstreich zeigt, wie und warum dies geschieht, wer die Hintermänner sind – und was wir tun können, um sie zu stoppen.

■ Das Jahr 2020 wird als das Jahr in die Geschichte eingehen, in dem der globale Staatsstreich eingeleitet wurde. Im historischen Kontext erscheinen die dramatischen Krisen der vergangenen Jahre als Teile eines wohlinszenierten Schachspiels – mit der vollständigen Kontrolle über den gesamten Planeten als ultimatives Ziel.

Während dieser Krisen traten die Kräfte hinter dem Staatsstreich erstmals offen in Erscheinung.

Es gibt viele »existenzielle Bedrohungen« (Klimakrise, Kriege, Flüchtlingskrisen, Terrorismus, Pandemien usw.), die als Vorwand genutzt werden können, um zunächst eine stärker zentralisierte und dann eine totalitäre Regierungsführung durchzusetzen. Dieser Prozess kann

schleichend verlaufen, kaum wahrnehmbar – bis es vollendete Tatsachen sind.

In *Der globale Staatsstreich* zeichnet der Autor und Forscher Dr. Jacob Nordangård die Geschichte dieser Entwicklung nach, beschreibt den Prozess, enthüllt die Methoden und benennt die Akteure hinter dieser weltweiten Machtübernahme – damit wir handeln können, bevor es zu spät ist.

Dieses Buch wird Ihre Sicht auf die Welt verändern!

Jacob Nordangård: Der globale Staatsstreich • gebunden • 431 Seiten • Best.-Nr. 991 390 • 23,- €

www.kopp-verlag.de

VON ANNE MARTIN

W er dabei war, hörte ihn förmlich rauschen, den Mantel der Geschichte. Zu Weihnachten 1952, also zwei Jahre nach Beginn der Testphase im Jahr 1950, ging das Erste Deutsche Fernsehen auf Sendung. Zunächst noch in Schwarz-Weiß, die Mattscheibe in verschließbaren Schränken versteckt, die sich unauffällig in die Wohnzimmer fügten. Zur Premiere wurde Heiteres gesendet: „Eine nette Bescherung“ mit Peter Frankenfeld. Der Ein- und Ausschaltknopf musste per Hand gedrückt werden, denn Fernbedienungen gab es noch nicht.

Der Zusammenschluss von neun Landesrundfunkanstalten sollte Vielfalt und Ausgewogenheit garantieren, wollte sieben Jahre nach Kriegsende ein Bollwerk sein gegen einseitige Propaganda und gleichgeschaltete Medien. 75 Jahre später allerdings regen sich Zweifel: Ist ein aufgeblähter Apparat mit rund 23.000 Festangestellten wirklich nötig? Berichten die Journalisten der „Arbeitsgemeinschaft der öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten der Bundesrepublik Deutschland“ (ARD) wirklich neutral?

Bei der Jubelfeier wird Kritik selbstredend ausgeblendet. Kai Pflaume präsentiert am 5. April um 20.15 Uhr „75 Jahre ARD – die große Jubiläumsshow“, in der prominente Gäste auf ihre persönlichen TV-Hits zurückblicken. Klar, dass niemand die kleinen und großen Skandale erwähnt, die das Medium erschütterten: Als etwa die Intendantin des RBB ihren Sender zum eigenen Nutzen ausnahm wie eine Weihnachtsgans. Oder die NDR-Fernsehspielchefin unter dem Namen ihres Mannes Drehbücher einreichte und das zusätzliche Honorar einstrich. Oder der ehemalige Chef der Filmeinkaufsgesellschaft DEGETO seinen Produktionsrahmen maßlos überzog und prompt seinen Stuhl räumen musste. Stattdessen: Jubel und allseitiges Schulterklappen.

Der smarte Nachrichtenmann Ingo Zamperoni erinnert sich, wie er als Kind frisch gebadet und im Schlafanzug bei seinen Großeltern „Zum Blauen Bock“, „EWG“ und „Am laufenden Band“ sehen durfte, auf dem Wohnzimmertisch ein Teller mit Schnittchen. Iris Berben wuchs mit der „Augsburger Puppenkiste“ auf, entwickelte Mitte der 70er Jahre ihre komödiantische Ader in „Zwei himmlische Töchter“ und zehn Jahre später in „Sketchup“ mit Diether Krebs.

Schnell erweist sich das neue Medium als Fenster zur Welt. Unvergessen die Bilder, als 1953 Elizabeth II. zur Königin gekrönt und Deutschland ein Jahr später in Bern als Fußballweltmeister wurde. Eine TV-Sternstunde war 1963 der Besuch des US-Präsidenten John F. Kennedy in der geteilten Hauptstadt. „Ich bin ein Berliner“, versprach er vor dem Schöneberger



Bequemer öffentlich-rechtlicher Arbeitsplatz: ARD-Moderator Kai Pflaume blickt auf TV-Momente zurück, die Fernsehgeschichte geschrieben haben

Rathaus, und ganz Deutschland wischte sich ergriffen die Augen. Vier Jahre später drückte Vizekanzler Willy Brandt auf der Internationalen Funkausstellung symbolisch den Knopf, der alles so schön bunt machte: Das Farbfernsehen war geboren. Gerade rechtzeitig, um live und in Farbe eine Sensation zu protokollieren. Am 20. Juli 1969 landete die Raumkapsel Apollo 11 auf dem Mond, die Fernseher dröhnten nachts bei sommerlicher Hitze und weit geöffneten Fenstern bis in die Straßen und Vorgärten hinaus, 600 Millionen Menschen weltweit verfolgten das Spektakel. Das Große neben dem Kleinen, das Relevante neben dem Banalen – genauso funktioniert das Füllhorn der Bilder und Töne bis heute. 1970 startete der erste „Tatort“ und legte die Spur für eine Lawine von Krimis, die heute einen Großteil des Programms dominieren, seit 1992 ergänzt durch den „Polizeiruf 110“, ein Relikt der ehemaligen DDR.

1972 startete mit „Die Sendung mit der Maus“ ein Dauerbrenner des Kinderprogramms, ein Jahr später ging die erste Talkshow „Je später der Abend“ mit Dietmar Schönherr auf Sendung. Ein Format, das sich die Fernsehmacher aus den USA abgeguckt hatten, wie vieles, was noch folgen wird. Was es mit dem englischen Wort „Talkshow“ auf sich hat, wird in der Premierensendung noch erklärt, heute

quellen ungezählte Plauderrunden durch die Kanäle und bieten ihren Gästen die willkommene Gelegenheit, neue Bücher, Filme, CDs oder imagefördernde Ehrenämter anzupreisen. Eigentlich ist Werbung in den öffentlich-rechtlichen Anstalten limitiert und an Feiertagen sowie nach 20 Uhr ganz verboten, aber Schleichwerbung oder Produktplatzierung wird locker durchgewinkt.

Lange galt die Flimmerkiste als Lagerfeuer der Nation, das die Familien im heimischen Wohnzimmer zusammenführt und wärmt. Nichts verbindet so sehr wie die gemeinsame Erinnerung. Wisst ihr noch, damals? Als Nicole mit „Ein bisschen Frieden“ 1982 den „Grand Prix Eurovision“ gewann und Lena Meyer-Landrut 2010 mit „Satellite“ gleich nochmal?

Was im Fernsehen passiert, spiegelt auch gesellschaftliche Entwicklungen wider, etwa die Emanzipation der Frauen. Im Reich der grau melierten Welterklärer von Werner Höfer bis Tagesschausprecher Karl-Heinz Köpcke geschah 1976 Ungeheuerliches: Die gelernte Schauspielerin Dagmar Berghoff sprach die heilige „Tagesschau“. Damit nicht genug: 1998 startet die Moderatorin Sabine Christiansen eine politische Talkshow, die auch noch ihren Namen trägt. Für viele, vor allem männliche Kollegen, war es schiere Provokation. „Die Sendung mit der

Maus“, ätzte der „Spiegel“. Es half alles nichts: Ein Jahr später moderierte Anne Will als erste Frau die „Sportschau“, seither gab es mehrere Intendantinnen, und die Programmleiterin der ARD heißt Christine Strobl. Wer heute „Tagesschau“ oder „Tagesthemen“ einschaltet, könnte den Eindruck gewinnen, männliche Reporter seien in der Minderzahl. Eine Entwicklung, die die Entertainerin Barbara Schöneberger ausdrücklich begrüßt: „Früher durften Frauen Schecks und andere

Dinge anreichen und sollten nur nett aussehen. Heute führen sie das große Wort.“

Die Zukunft des Mediums sehen die ARD-Granden vor allem in der Mediathek, wo rund um die Uhr Programme für jede Zielgruppe und jedes Alter online abgerufen werden können. Mit innovativen Serien wie „Babylon Berlin“ sollen vor allem die zusehends abtrünnigen jüngeren Zuschauer erreicht werden. Wenn nicht mehr am Lagerfeuer, dann wenigstens am Smartphone oder Laptop.



Ein legendärer „Straßenfeger“ der 60er Jahre: Die von Hans-Joachim „Kuli“ Kulenkampff moderierte ARD-Sendung „Einer Wird Gewinnen“ (EWG)

OLDTIMER

Universal motorisierter Geistlicher

Eine Leidenschaft für Unimogs – Pfarrer Markus Lettner hat zwei solcher Gefährte aus den 80ern und setzt sie für die Pfarrarbeit ein

Ein nicht alltägliches Hobby leistet sich der Pfarrer von Hohenfels in der Oberpfalz: Markus Lettner besitzt eine Leidenschaft für Unimogs. Konkret sind das ein Unimog 421 (Baujahr 1981, 52 PS) und ein Unimog 406 (Baujahr 1983, 84 PS). „Bei Waldarbeiten sind beide im Einsatz. Der 421er ist mit einem Frontlader ausgestattet, der 406er mit einer Zehn-Tonnen-Seilwinde. Beide können mit einem Anhänger ergänzt werden“, beschreibt der Seelsorger die technische Ausrüstung.

Aber wie kam es zum Unimog-Faible? Lettner stammt aus Kappelrodeck im Ortenaukreis in Baden-Württemberg und ist auf einem Weingut aufgewachsen. „Mein Vater war nach dem Krieg der erste Win-

zer mit einem Unimog“, erläutert der Priester. Auch die Nähe zu Gaggenau spielte eine Rolle. Denn im dortigen Mercedes-Werk wurde von 1951 bis 2002 der Unimog produziert. „Ich bin mit den Unimogs von Kindesbeinen an aufgewachsen. Sobald die Füße lang genug waren, um die Kupplung zu treten, bin ich mit dem Unimog gefahren“, bekennt der Unimog-Fan. Vor allem der universelle und flexible Einsatz – „Unimog“ steht ja für „Universal-Motor-Gerät“ – begeistert ihn bis heute.

In der Seelsorge in der Pfarrei St. Ägidius Hainsacker erwachte sein Interesse wieder, als er um 2015 herum einen schrottreifen Unimog billig erwerben konnte. Diesen zerlegte er mit Freunden

in alle Einzelteile, sodass das Fahrzeug in drei Jahren komplett restauriert wurde. Der erst schrottreife und dann komplett restaurierte Unimog wurde für ein Land-



Im Dienste der Kirche: Lettners Unimog

kinder-Projekt in Südafrika, das Lettner seit 15 Jahren unterstützt, versteigert. In Hainsacker war die Pflege des dortigen Besinnungsweges ein Einsatzbereich für den Unimog. Viele Flurdenkmäler, Feld- und Wegkreuze, Kunstwerke, Skulpturen und Grenzsteine bedürfen der Pflege.

In Hainsacker wie jetzt in Hohenfels sind auch die Pflege des Pfarrgartens und die Arbeiten im Kirchenwald prädestinierte Bereiche für die Unimogs. „Ich bin fast jede Woche draußen“, betont Lettner. Dann gilt es, Stämme aus dem Wald zu schaffen – vor allem in Steillagen, Brennholz zu machen oder Schadholz herauszunehmen. Mit der Försterin ist er ebenso in Kontakt wie mit der Waldbesitzervereini-

gung. „Wir unterstützen uns gegenseitig. Mir geht es auch darum, den Forst im Sinne einer ökologischen und nachhaltigen Weise zu unterstützen“, sagt der Pfarrer.

Aber auch die Müllentsorgung gehört zu den Aufgaben, bei denen ihn die Ministranten tatkräftig unterstützen. Gerne stellt er die Unimogs für Transporte in der Pfarrei, also für Vereine und Gruppen, zur Verfügung. Auch der Kommune bietet er seine Fahrzeuge etwa für den Transport von Ruhebänken an. Natürlich nimmt Pfarrer Lettner an Oldtimer-Treffen teil oder besucht Unimog-Freunde. Und bei schönem Wetter fährt er schon mal mit dem 421er-Cabrio-Unimog zu pastoralen Terminen. Markus Bauer

● FÜR SIE GELESEN

Erschütternde Erlebnisse

Eine Mutter macht sich gegen Ende des Zweiten Weltkriegs mit vier Kindern auf den Weg in die benachbarte Republik Litauen. Schon in den ersten Tagen der Flucht erfriert das jüngste Kind, und nachdem die Mutter an Entkräftung stirbt, müssen sich die drei übrigen Kinder allein durchschlagen. Die 13-jährige Gerlinde übernimmt die Verantwortung für ihre jüngeren Brüder.

Im Memelland angekommen, fristen sie als Wolfskinder, die sich mit Almosen und Diebstählen am Leben erhalten, ihr Dasein. Hans Paul erzählt in „Wolfskinder in Ostpreußen“ in erster Linie das Schicksal Gerlindes, deren Wiederbegegnung mit einem Russen, der einst sie und die Mutter vor einer Vergewaltigung bewahrt hat, schicksalhaft für ihr weiteres Leben wird. Seinen Bruder Gunther konnte das Mädchen bei litauischen Bauern unterbringen, von dem mittleren Roland wurde es getrennt. Erst spät finden die Geschwister wieder zueinander. Nur allmählich gelingt es ihnen, über die erschütternden Erlebnisse, die sie während der jahrzehntelangen Trennung durchlitten haben, zu sprechen.

Paul gelingt es, ein oft verschwiegenes Kapitel der deutschen Vertreibungsgeschichte spannend und bildlich wiederzubeleben.



Hans Paul: „Wolfskinder in Ostpreußen. Historischer Roman“, Lindendruck Verlag, Beltz-Verlag, 2024, kartoniert, 208 Seiten, 19,80 Euro

Traum von der großen Liebe

Stellas Zukunft sieht düster aus. Vor sechs Monaten hat ihre große Liebe ihr den Laufpass gegeben. Der millionenschwere Vater hat ihre Kreditkarte gesperrt, und eine Arbeit ist nicht in Aussicht. So verbringt Stella die meiste Zeit in dem Pub in der Nähe ihrer Londoner Wohnung in Notting Hill. Morgens wacht sie oft verkatert in fremden Betten auf. Dabei wünscht sie sich eine dauerhafte Beziehung.

Als sie eines Abends im Pub sitzt, taucht der äußerst attraktive Fitz auf. Auch beruflich hat sich etwas getan. Sie arbeitet bei der schrulligen Marjorie, die eine Detektei führt. Das ausgezahlte Bargeld macht sie unabhängig von ihren gefühlkalten Eltern. Und auch Fitz meldet sich bei ihr und schlägt ein Treffen vor. Das hatte Stella gehofft, und mit Kribbeln im Bauch macht sie sich auf, um in Fitz vielleicht endlich den Mann für den Rest ihres Lebens zu finden.

Der Autorin und Expertin für Adelsthemen Sophia Money-Coutts, die bereits vier Liebesromane geschrieben hat, ist mit „Wo bitte geht's zur großen Liebe“ ein unterhaltsamer und humorvoller Frauenroman gelungen.

Angela Selke



Sophia Money-Coutts: „Wo bitte geht's zur großen Liebe?“, Penguin Verlag, München 2024, Taschenbuch, 505 Seiten, 13 Euro

RATGEBER DER WOCHE



Für Leib und Seele

Mit der Verwendung von Kräutern in der Küche lässt sich viel Gutes für die Gesundheit bewirken

Zehn Kräuter und ihre Wirkung auf die Gesundheit stellt die Ernährungsberaterin und Reiki-Lehrerin Barbara Simonsohn in ihrem neuen Ratgeber „Heilsame Küchenkräuter“ vor. In Pflanzenporträts zur Geschichte

und Botanik erklärt sie die wichtigsten Inhaltsstoffe sowie die Verwendung in Nahrung und Kosmetik. Das Buch ist reich bebildert und übersichtlich gegliedert, sodass es für jedermann hilfreich sein kann. **MRK**



Barbara Simonsohn: „Heilsame Küchenkräuter“, Mankau Verlag, Oberammergau 2025, broschiert, 160 Seiten, 12 Euro

WISSENSCHAFT

Weder künstlich noch intelligent

Die US-amerikanische Expertin Kate Crawford liefert mit „Atlas der KI“ einen umfassenden Überblick über das Wesen und den Einsatz dieser Technologie

VON WOLFGANG KAUFMANN

Die „Künstliche Intelligenz“ (KI) ist „weder künstlich noch intelligent“. So lautet die Kernthese des Buches „Atlas der KI. Die materielle Wahrheit hinter den neuen Datenimperium“ von Kate Crawford. Die Autorin zählt zu den international führenden KI-Experten und lehrt an der University of Southern California in Los Angeles, der University of New South Wales in Sydney sowie an der École normale supérieure in Paris.

Ihre Aussage begründet Crawford damit, dass die KI kein virtuelles Phänomen darstelle, wie es auf den ersten Blick scheinen mag. Vielmehr beruhe sie auf materiellen Faktoren, vor allem Bodenschätzen und Infrastrukturen aller Art. Darüber hinaus basiere die KI auch auf der intensiven Nutzung der menschlichen Intelligenz. Ohne ein vorheriges Training anhand unzähliger Produkte der Schöpferkraft unserer Spezies sei die KI „weder autonom noch rational oder auch nur in der Lage, irgendetwas wahrzunehmen“.

Außerdem schreibt Crawford, die zugleich als Forschungsleiterin bei Microsoft Research tätig ist, dass das ressourcenfressende Monstrum KI soziale Ungleichheiten vertiefe und demokratische Prinzipien bedrohe. Details hierzu liefert sie in sechs Hauptkapiteln, die ein Gesamtbild der KI bieten sollen. Dabei geht es zunächst um den enormen Bedarf der KI-Industrie an Rohstoffen und Energie, der auch zu einer gigantischen Umwelt-

verschmutzung führt. Crawford schildert, wie man Künstliche Intelligenz aus menschlicher Arbeit gewinnt – Arbeit, die oft von digitalen Tagelöhnern in der Dritten Welt geleistet wird, „damit Datensysteme intelligenter wirken können, als sie tatsächlich sind“.

Im dritten Kapitel steht die Ausbeutung der Daten im Mittelpunkt. Das Konzept KI beruhe auf der Aneignung von öffentlich zugänglichen Daten, wobei grundlegende ethische und juristische Normen über weite Strecken außer Acht blieben. In den nächsten beiden Abschnitten befasst sich Crawford mit konkreten Anwendungsproblemen der KI. Diese erwachsen etwa aus dem Agieren in vorgegebenen Schablonen und der Unfähigkeit zur sicheren Emotionserkennung.

Abschließend folgen die Kapitel über den Einsatz von KI-Systemen als Werkzeuge der Staatsgewalt sowie des Überwachungskapitalismus. Laut Crawford wird die KI auf eine militärische Logik trainiert, welche die Machtasymmetrie zwischen dem Staat mit seinen Repressionsorganen sowie der Wirtschaft auf der einen und der Mehrheit der Bevölkerung auf der anderen Seite extrem verstärkt.



Kate Crawford: „Atlas der KI. Die materielle Wirklichkeit hinter den neuen Datenimperium“, C.H. Beck Verlag, München 2024, gebunden, 336 Seiten, 32 Euro

POLITIK

Überraschend andere Ansichten

Die NATO, ein geopolitisches Instrument der USA – Der Volkswirt Jeffrey Sachs hält die NATO-Erweiterung als ursächlich für den Ukrainekrieg

VON KARLHEINZ LAU

Jeffrey Sachs, Jahrgang 1954, ist amerikanischer Staatsbürger, studierter Volkswirt und hat bis heute verschiedene Funktionen in zahlreichen Ländern ausgeübt – etwa in Polen in Zeiten des politischen Umbruchs. In Deutschland ist er relativ unbekannt. Seine politischen Ansichten sind, wie das Buch „Diplomatie und Desaster“ zeigt, überraschend: „Der Ukrainekrieg wurde durch die NATO-Erweiterung und die Rolle der USA beim gewaltsamen Sturz des ukrainischen Präsidenten Janukowitsch ausgelöst.“ Diese Aussage zeigt in der weiteren Darstellung die grundsätzliche Position des Autors zur aktuellen politischen Situation, aber auch, wie sie sich entwickelt hat.

Die Außenpolitik der USA diene nicht dem Wohl des amerikanischen Volkes, sondern der führenden Elite. Seit Jahren hätten die USA die NATO-Erweiterung durch die Ukraine und auch Georgiens vorangetrieben, wobei der Aufstand gegen den regierenden Präsidenten Janukowitsch diesem Ziel gedient habe. Diese Strategie habe den russischen Interessen widersprochen, eine unmittelbare Nachbarschaft mit NATO-Staaten gefährde die Sicherheit Russlands.

Das ist nach Auffassung des Autors ein Vertragsbruch der USA und auch Deutschlands. Beide Staaten hätten im Zuge der deutschen Vereinigung der Nach-Sowjetunion zugesagt, dass sich die NATO mit keinem Zoll nach Osten erweitern werde.

Inzwischen sind die NATO-Mitglieder Finnland, Schweden und die baltischen Staaten unmittelbare Nachbarn der Russischen Föderation.

Sachs sieht Putin nicht unbedingt als Gegner der USA, wenn er in den fünf Kapiteln des Buches Verhandlungen zwischen Russland und der Ukraine vorschlägt, aber mit Anerkennung der durch den Krieg geschaffenen Fakten. Ein Scheitern würde ein Desaster bedeuten.

Es ist eine spannende Lektüre, wie Sachs seine Thesen entwickelt. Seine Darstellungen enden mit der Ära Biden, also vor Trump und der neuen deutschen Regierung. Das anschließende Gespräch mit Oskar Lafontaine brachte volle Zustimmung des Deutschen zu den Thesen des Autors: „Heute ist die NATO definitiv ein geopolitisches Instrument der USA.“

Allerdings werden die Leser bei 135 Anmerkungen daran gehindert, die Quellen zu erfahren, die der Autor benutzt hat. Es wird nur auf eine Webseite hingewiesen, ein ungewöhnliches Verfahren, das die Lesbarkeit einschränkt.

Jeffrey Sachs: „Diplomatie oder Desaster“ – Zeitenwende in den USA – ist Frieden möglich? Mit einem Gespräch zur politischen Lage mit Oskar Lafontaine“, Westend Verlag, Neu-Isenburg 2024, kartoniert, 172 Seiten, 20 Euro

MEINE GESCHICHTE

Als Wolfskind zählt nur eins: überleben!

Der Königsberger Junge versteckt sich in Sowjet-Litauen und geht einen Leidensweg durch die Hölle in die Freiheit – 2. Teil

VON WOLFGANG TOERNER

Von 1948 bis 1951 habe ich bei einer Bauernfamilie auf dem Lande gelebt, nicht weit von der Stadt Schaulen [Shiauliai] entfernt, und das sind vielleicht die dunkelsten Jahre in meinem Leben gewesen. Zu dieser Zeit war das Zusammentreiben der litauischen Landbevölkerung in Kolchosen und Sowchosen noch nicht abgeschlossen. In den Sommermonaten hatte ich hier das Vieh zu hüten und im Winter den anfallenden Besorgungen um Haus und Hof nachzugehen.

An dieser Familie, in der ich nebenbei mitlebte, denn mehr war es nicht, waren auch all die politischen und sozialen Lasten und Widersprüche zu sehen, die dem Land durch die beiden Weltkriege aufgebürdet wurden. Einer der Söhne dieser Bauernfamilie hatte sich mit der sich zurückziehenden Wehrmacht in den Westen abgesetzt, und die Mutter wusste jahrelang nicht, ob er am Leben geblieben war. Ein zweiter Sohn wiederum hatte sich – wohl mehr aus der Not heraus – von den sowjetischen Okkupanten für die Organisation „Kämpfer gegen die Volksfeinde“ anwerben lassen („Narodnye istrebiteli“, die Litauer hatten den russischen Begriff in das verächtlich klingende Attribut „Skribukai“ umgewandelt). Diese besagte Organisation war gezielt für die Verfolgung und Vernichtung der sogenannten „Waldbrüder“ [Mishkiniai] gegründet worden, die sich dem engagierten unbittlichen Partisanenkampf gegen die sowjetischen Besetzer der baltischen Staaten verschrieben hatten.

Verborgen bei sich Verbergenden

Der Bauernhof wurde unterdessen allmählich durch immer höhere Steuern dermaßen stranguliert, dass die Bäuerin – der Familienvater lebte nicht mehr – sich 1951 gezwungen sah, bei den zuständigen Behörden einen Antrag zu stellen, damit das Land mit dem Hof in „gesellschaftliches Eigentum“ überführt werden könnte, was in der Praxis die entschädigungslose Enteignung des ganzen Landes, an die 15 Hektar, und des kompletten Hofes bedeutete. Also wurde auch ich jetzt sozusagen „arbeitslos“, und kehrte wieder in die Stadt Schaulen zurück. So kam ich wieder zu den Leuten, die mich bereits vom Frühsommer 1947 bis Frühjahr 1948 beherbergt hatten.

Nun wurde es für mich mehr und mehr akut, endlich auch irgendeinen Schulabschluss zu bekommen, wenn ich noch eine Zukunft haben wollte. Meine sogenannten Pflegeleute konnten mir in dieser Hinsicht aber nicht behilflich sein. Denn sie lebten in der Stadt Schaulen selbst mehr oder weniger im Verborgenen. Waren sie doch seinerzeit aus Kaunas, der „provisorischen Hauptstadt“ von Litauen zwischen den Weltkriegen, geflüchtet, um dem Zugriff der nach Litauen eingedrungenen sowjetischen Okkupanten zu entgehen. Und da sie in Kaunas ein Restaurant für eher reicheres Klientel besaßen hatten, gehörten sie somit also zu der von der Sowjetmacht abgestempelten Ausbeuterklasse.

Wenn der Eistod in Sibirien droht

Außerdem lebte bei ihnen im Versteck auch noch ein Bruder meines „Pflegevaters“, der zeitweise zu den „Waldbrüdern“, den litauischen Partisanen, gehörte, die aus den Wäldern heraus gegen die sowjetischen Okkupanten kämpften, auch durch die amerikanischen Rundfunksendungen aus München angestachelt. Das allein hätte schon ausgereicht, um meine Pflegeleute, wie tausende ande-



Wolfskinder: Traurige Kinderaugen blicken in eine ungewisse Zukunft voller Angst und Bitterkeit

Bild: Wikipedia Commons

re Litauer, als „Feinde des Volkes“ abgestempelt irgendwo in die unwirtlichen Weiten von Sibirien zu deportieren, was einem Todesurteil auf eisigen Raten gleichgekommen wäre. Auch die Eltern meines Pflegevaters waren bereits als „Großbauern-Kulaken“ (Kulak = Russisch: die Faust, also Ausbeuter der arbeitenden

Kenntnisse, auch von der Litauischen Sprache, mir erarbeitet hatte, kam ich ad hoc in die zweite Schulklasse.

Also war ich nun plötzlich in einer litauischen Grundschule, bei der meine tatsächliche Herkunft geheim gehalten werden musste. Zugleich drohten meine Deutschkenntnisse, die ich als Neunjähri-

gung ich einer geregelten Arbeit nach, um etwas Geld zu verdienen, auch um überhaupt leben oder besser gesagt überleben zu können, – zuerst als Hilfsarbeiter in einer Druckerei, später in der Verpackungsabteilung einer vor Ort exklusiven Textilfabrik, „Verpstatas“ – und abends drückte ich dann die Schulbank, um mein nächstes Klassenziel zu erreichen. Nein, das war keine Jugend, die ich als ehemaliges Wolfskind hier erleben konnte, sondern hartes Überlebenstraining.

Mittlerweile hatte ich meinen ganzen Mut zusammengefasst und riskierte es sogar, bei der Milizbehörde einen Personalausweis zu beantragen – und das auch noch auf meinen richtigen Namen. Daraufhin erhielt ich ein Dokument mit der Benennung „Kurzfristiger Ausweis“, in dem unter dem Vermerk Nationalität tatsächlich „deutsch“ eingetragen stand. Und damit war ich auch wiederum zum „weißen Raben“ abgestempelt, im schlechten, aber wie sich später herausstellen sollte, auch im guten Sinne. Der gute Sinn lag darin, dass mich, als ich meinem Alter entsprechend zur Sowjetarmee hätte eingezogen werden sollen, dieser „kurzfristige Ausweis“, der alle sechs Monate von der Milizbehörde verlängert werden musste, nämlich genau vor diesem Einzug zum Militär bewahrte.

Als ich später bei der Milizbehörde den Antrag stellte, nach der Bundesrepublik Deutschland ausreisen zu wollen, wurde ich verpflichtet, dies auch meiner Arbeitsstelle zu melden.

Als ich später bei der Milizbehörde den Antrag stellte, nach der Bundesrepublik Deutschland ausreisen zu wollen, wurde ich verpflichtet, dies auch meiner Arbeitsstelle zu melden.

Ausreise in die Bundesrepublik

Ich machte mein Abitur und hatte nun vor, mich für ein Philologiestudium an der Universität in Wilna zu bewerben. Die Macht des Schicksals wollte es, dass ich an der Hochschule die Aufnahmeprüfung schaffte und zum Studium an der Historisch-Philologischen Fakultät zugelassen wurde, an der ich dann zwei Semester lang, vom September 1961 bis Oktober 1962, einem Studium der Germanistik und vergleichender Sprachwissenschaft nachging. Nach meinen nun fünfzehn verbrachten Jahren im damaligen Sowjet-Litauen erhielt ich kurz darauf endlich die ersehnte Erlaubnis zur Übersiedlung in die Bundesrepublik Deutschland.

Und das in einer Zeit, als die Welt bereits am dünnen, seidenen, zerreißenbaren Faden eines Atomkriegs baumelte, von dem aber die Milizbehörde in Schaulen nichts wusste oder nichts mitbekommen hatte, sonst hätten sie mir das bei ihnen bereits im Sicherheitsschrank befindliche Ausreisevisum wahrscheinlich eher nicht ausgehändigt.

Im Oktober 1962 war es dann soweit: Ich überquerte im Alter von 24 Jahren mit dem Zug die Grenze zu Westdeutschland, – es war der Eintritt in ein Land, das mir bis dahin völlig fremd war, von den Menschen, von der Mentalität und auch ein Stück weit von der Sprache her. Und dennoch war ich angekommen – ein ehemaliges Wolfskind auf der anderen Seite des Eisernen Vorhangs im Westen.



Waldbrüder: Sie schlugen sich durch die Weiten des Baltikums, schliefen und überlebten in den Wäldern und kämpften als Partisanen mit entschlossener Härte für ihre Freiheit und gegen die brutalen Sowjetbesetzer in ihrem Land

Bild: unbekannt

Bevölkerung, den man mit der geballten Faust droht) nach Sibirien deportiert worden.

Eine neue Identität per Stempel

Neben meinen „Pflegeeltern“ hatte es in der Nachbarschaft auch andere gegeben, die ihre schützende Hand über mich hielten, sei es auch nur, dass sie als frisch getaufte Sowjetbürger eigentlich nicht hätten übersehen dürfen, dass ich als deutsches Flüchtlingskind im Verborgenen unter ihnen lebte. Nun nahm mich eines Tages eine Nachbarin an die Hand und meldete mich unter fremder Identität und unter fremdem Namen bei der litauischen Schulbehörde an. Und da ich mich bereits im 13. Lebensjahr befand und über die Zeit hinweg gezwungenermaßen gewisse Vor-

ger nach Litauen mitgebracht hatte, allmählich zu versanden. Mit Dankbarkeit erinnere ich mich auch heute noch an meine erste Lehrerin in dieser Grundschule. Auch sie tat so, als wüsste sie nicht Bescheid, auf welche Weise ich bei der Schule angemeldet worden war. Sie hatte ein feines Gespür und ahnte daher, dass es so, wie es erzählt wurde, nicht stimmte. Immer wieder war sie verpflichtet, mich daran zu erinnern, dass ich meine Geburtsurkunde vorbeibringen sollte, und immer wieder übersah sie es, wenn ich es angeblich „vergessen“ hatte.

In Sowjet-Litauen bestand eine staatliche Schulpflicht für einen Jugendlichen bis zur siebten Schulklasse, an der sich dann, wenn man es wollte, die Mittelschule bis zum elften Schuljahr mit einem

wie ein harmloser Streich anhört, war jedoch in Wirklichkeit eine dauernde Gefahr und eine ebenso permanente Angst erwischt zu werden.

Tagsüber Textilfabrik – danach Abendschule

Nun kehrten nach Stalins Tod am 5. März 1953, nach dem XX. Parteitag der Kommunistischen Partei der UdSSR vom 14. bis zum 25. Februar 1956 in Moskau, leicht humanere Zeiten ein, die als „Taufwetter-Periode“ bezeichnet wurden.

Nach der recht erfolgreich absolvierten Hauptschule, also der Beendigung der 7. Schulklasse, wechselte ich anschließend zur weiterführenden Abend-Oberschule. Das war für mich gleichbedeutend mit einer doppelten Belastung. Denn tagsüber

● **Wolfgang Toerner**, geboren 1938 in Königsberg, studierte in Wilna, Münster und Kiel slawische Philologie, osteuropäische sowie Mittlere und Neuere Geschichte. Von 1971 bis 1998 war er Leiter Fachbereich Fremdsprachen an der Volkshochschule Kiel. Er leitete dort unter anderem Kurse in Russisch und Litauisch. Zudem veranstaltete er Vortragsreihen zur Geschichte Osteuropas, Ostpreußens, Litauens und Russlands sowie über russische und russisch-sowjetische Literaturgeschichte.

● AUFGESCHNAPPT

Seit einem Jahr ist der Konsum von Cannabis legal. Gespannt blickt die Fachwelt nun darauf, ob die Ziele der Legalisierung erreicht werden: Austrocknen des Schwarzmarkts und weniger abhängig machende Zusatzstoffe, welche illegale Hersteller beimischen, um den Markt zu „stabilisieren“. Gegenüber der „Welt“ sagt der Berliner Suchtmediziner Stefan Gutwinski, dass der Effekt eingetreten sei, den er befürchtet habe: Bisher schon Abhängige hätten ihren Verbrauch abermals gesteigert, weil sie die Legalisierung als Freibrief verstanden hätten, noch mehr zu konsumieren. Ein weiteres Problem: Trotz der Legalisierung des Konsums wurden die Möglichkeiten des Anbaus stark bürokratisch eingengt, sodass es offenbar weiterhin vor allem die illegalen Anbieter sind, die den nunmehr stark wachsenden Markt beherrschen – das wäre das Gegenteil dessen, was man sich erhofft hatte. Nicht umsonst breitet sich die niederländisch-marokkanische „Mocro“-Drogenmafia seit der Legalisierung verstärkt in Deutschland aus. H.H.



● STIMMEN ZUR ZEIT

Ulf Poschardt, seit diesem Januar Herausgeber der „Welt“, verkündet in seiner Zeitung (27. März) nichts weniger als die Zerstörung seines Bildes von unserem Staat:

„Ich gucke tief in diesen Tank rein, der mal voll war mit Zutrauen in die Politik, in die Bundesrepublik, in die Gewaltenteilung, in die soziale Marktwirtschaft – dieser Tank ist leer. Merz hat mir mein politisches Herz gebrochen.“

Gabor Steingart kann über die Koalitionsverhandlungen nur noch den Kopf schütteln. Im „Focus“ (27. März) schreibt er:

„Nachdem die CDU ohne Gegenleistung einer Reform der Schuldenbremse und damit einer Neuverschuldung von mindestens einer Billion Euro zugestimmt hat, bewegt sich nichts mehr. Die SPD kommt vor Lachen kaum in den Schlaf ... Wer die Selbstgewissheit in den Gesichtern der SPD-Delegation sieht, könnte meinen, die Sozialdemokraten haben mit einem Erdrutschsieg die Bundestagswahl gewonnen.“

Alexander Kissler spricht im Online-Magazin „Nius“ (27. März) ein hartes Urteil über die Unionsspitze:

„Kampflos räumen Friedrich Merz und Markus Söder das Feld. Sie geben sich vermeintlich der Illusion hin, eine nicht-linke Politik ließe sich, wie rudimentär auch immer, in einer Gesellschaft der linken Lobbygruppen und der linken Diskursmacht durchsetzen. Weil das nicht sein kann, bleibt nur ein Schluss: Friedrich Merz und Markus Söder haben mit linker Politik ihren Frieden gemacht.“

Gerhard Papke, Ex-Chef der FDP-Landtagsfraktion in NRW, empfiehlt seiner Partei bei „Tichys Einblick“ (27. März):

„Die FDP müsste sich in bester Tradition des deutschen Nationalliberalismus wieder zum eigenen Land bekennen und dazu, die Interessen der deutschen Bürger nach vorne zu stellen. Und: die FDP müsste augenblicklich der ‚Brandmauer‘, dem von den Linken erfundenen Kontakt- und Kooperationsverbot mit der AfD, eine klare Absage erteilen. Denn die Brandmauer ist zutiefst undemokratisch.“

Dem Verfall unserer Infrastruktur sei ein Verfall unserer Mentalität vorausgegangen, meint Matthias Iken im „Hamburger Abendblatt“ (29. März):

„Jetzt haben wir mancherorts in Ex-Preußen italienische Verhältnisse. Allerdings solche, wie sie viele Italiener längst nicht mehr tolerieren würden ... Wir müssen wieder preußischer werden.“

● WORT DER WOCHE

„Die Menschen haben ein feines Gespür dafür, wenn die Politik ihnen verbieten möchte, ihre Meinung zu sagen. Und sie reagieren sehr allergisch darauf.“

Filipp Piatov in der „Bild“-Zeitung vom 28. März zu den Plänen von Union und SPD, vermeintliche „Lügen“ zu verbieten

DER WOCHENRÜCKBLICK

Das können wir besser!

Warum Le Pen so eine Dilettantin ist, und wo Schwarz und Gelb wieder zueinanderfinden

VON HANS HECKEL

Was sind das auch für Schuselchen, diese Franzosen! Sie haben es mitbekommen, die Medien sind voll von der Schockmeldung: Marine Le Pen, die beliebteste Politikerin unseres größten Nachbarlandes, soll nicht zur Präsidentschaftswahl 2027 antreten dürfen. Man hat ihr „vorläufig“ das passive Wahlrecht aberkannt, weil sie vor Urzeiten EU-Steuermitteln zu Parteizwecken umgeleitet haben soll. Es geht, zusammen mit einigen ihrer damaligen Fraktionskollegen in dem Hohen Haus, um einen niedrigen einstelligen Millionenbetrag.

Wie kann man nur so dämlich sein? Das linke Lager in Deutschland hat zwecks Umleitung von Steuermitteln zu parteipolitisch nützlichen Zwecken längst eine viel elegantere Lösung gefunden. Und hier geht es nicht um ein paar lumpige Milliöchen, sondern um Hunderte von Millionen Euro.

Das geht so: Man setzt ein Programm auf mit dem ganz unverfänglichen Namen „Demokratie leben!“ und lässt darinnen einen ganzen Dschungel an linksgeneigten Organisationen sprießen. Die nennt man dann „Organisationen und Verbände der Zivilgesellschaft“, damit alle glauben, die seien alle irgendwie von selbst gewachsen. Daher darf man die traute Einigkeit mit den Organisationen auch nicht allzu offen zelebrieren. Aber wenn's drauf ankommt, kann man sich auf sein steuergeldfinanziertes Gezücht hundertprozentig verlassen, wie wir alle im vergangenen Februar live und in Farbe bewundern konnten, als die „Zivilgesellschaft“ in geschlossener Front zur heißen Phase des Wahlkampfs auf die Union losging.

So macht man das, Madame Le Pen! Das ist auch viel effizienter. Wie saftig diese „Sonderverwendung“ von Steuergeld im politischen Kampf einschlägt, konnten wir im Nachgang der Februar-Mobilisierung studieren. Obwohl die CDU das Spiel komplett durchschaut hatte, traut sie sich nicht mehr, dagegen irgendetwas zu unternehmen.

Anfangs taten die Schwarzen zumindest so, als wollten sie wenigstens wissen, wofür die „Zivilgesellschaft“ die Abermillionen von unserem Geld genau ausgibt. Diese dreiste Neugier hat man ihnen allerdings sofort ausgeprügelt! Die 551 Fragen zu diesem Rätsel musste Friedrich Merz zerknirscht wieder einsammeln, indem er sich unter-

würfig mit deren faktischer Nichtbeantwortung zufriedengab.

Der Kotau war den Sozialdemokraten jedoch nicht tief genug. Nun steht im Entwurf für den Koalitionsvertrag als weitere Demütigung der Union, dass man „Demokratie leben!“ sogar noch ausweiten wolle. Außerdem soll es den finanzierten Gruppen einfacher gemacht werden, ihrer wertvollen parteinützlichen Arbeit noch ungestörter nachzugehen, indem man ihren Aufgabenbereich erweitert. Sie sehen: Es läuft richtig rund, und keiner fragt mehr, was das mit den unparteilichen Interessen der Allgemeinheit und den Aufgaben des Staates zu tun haben soll. Merz und seine Truppe schon mal gar nicht.

Eine wichtige Rolle kommt der „Zivilgesellschaft“ nicht allein im Parteienkampf und bei der linken Erziehung eines Volkes zu, das nachweislich – zuletzt am 23. Februar – in seiner Mehrheit immer wieder falsch wählt. Nein, die zahllosen Gruppen dieser „Gesellschaft“ erfüllen auch eine wichtige soziale Funktion, denn sie bieten eine prachttolle Palette an gut dotierten Posten für Menschen mit der richtigen Gesinnung. Mal sehen, wie viele Ex-Regierungsmitarbeiter aus dem Personalschatz der abgewählten Grünen wir demnächst wiedersehen werden auf wichtigen Posten bei jenen „zivilgesellschaftlichen Organisationen“.

Das grüne Programm vom Dachboden

Als politisches Vorfeld ist bekanntlich auch der Kulturbetrieb von immenser Bedeutung, seit das Heer der Kulturschaffenden mehr oder weniger komplett auf grünlinks gebürstet wurde (die Ausnahmen erkennen Sie am Etikett „umstritten“). Allerdings ist hier ebenfalls nie genug Geld parat, zumal, da so gut wie kein Bürger freiwillig welches ausgeben will für die ideologietriefenden Darbietungen jener Szene. Daher tropfte aus dem Arbeitskreis „Kultur und Medien“ der schwarz-roten Verhandler die geniale Idee heraus, die Kultur kurzerhand zur „Kritischen Infrastruktur“ zu erklären. Dann kann nämlich aus den neuen Milliarden-schulden für eben diese Infrastruktur auch einiges an den Kulturbetrieb durchgereicht werden.

Ja, da haben wir wohl zu kurz gedacht, als wir bei Infrastruktur nur Straßen, Schienenwege, Brücken oder Schulen vor Augen hatten. Dass beispielsweise bei Straßen und Brücken einiges getan werden muss, wird nicht nur mit den Erfordernissen der Wirtschaft

—
Steuergeld für parteinützliche Zwecke umleiten? Das machen wir in Deutschland im ganz großen Stil



Alle Beiträge von Hans Heckel finden Sie auch auf unserer Webseite unter www.paz.de